



**CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO-ALTO ADIGE
REGIONALRAT TRENINO-SÜDTIROL**

Atti Consiliari
Sitzungsberichte des Regionalrates

X Legislatura - X Gesetzgebungsperiode
1988 - 1993

SEDUTA 87 SITZUNG
19.2.1992

Ufficio resoconti consiliari - Amt für Sitzungsberichte

10

11

12

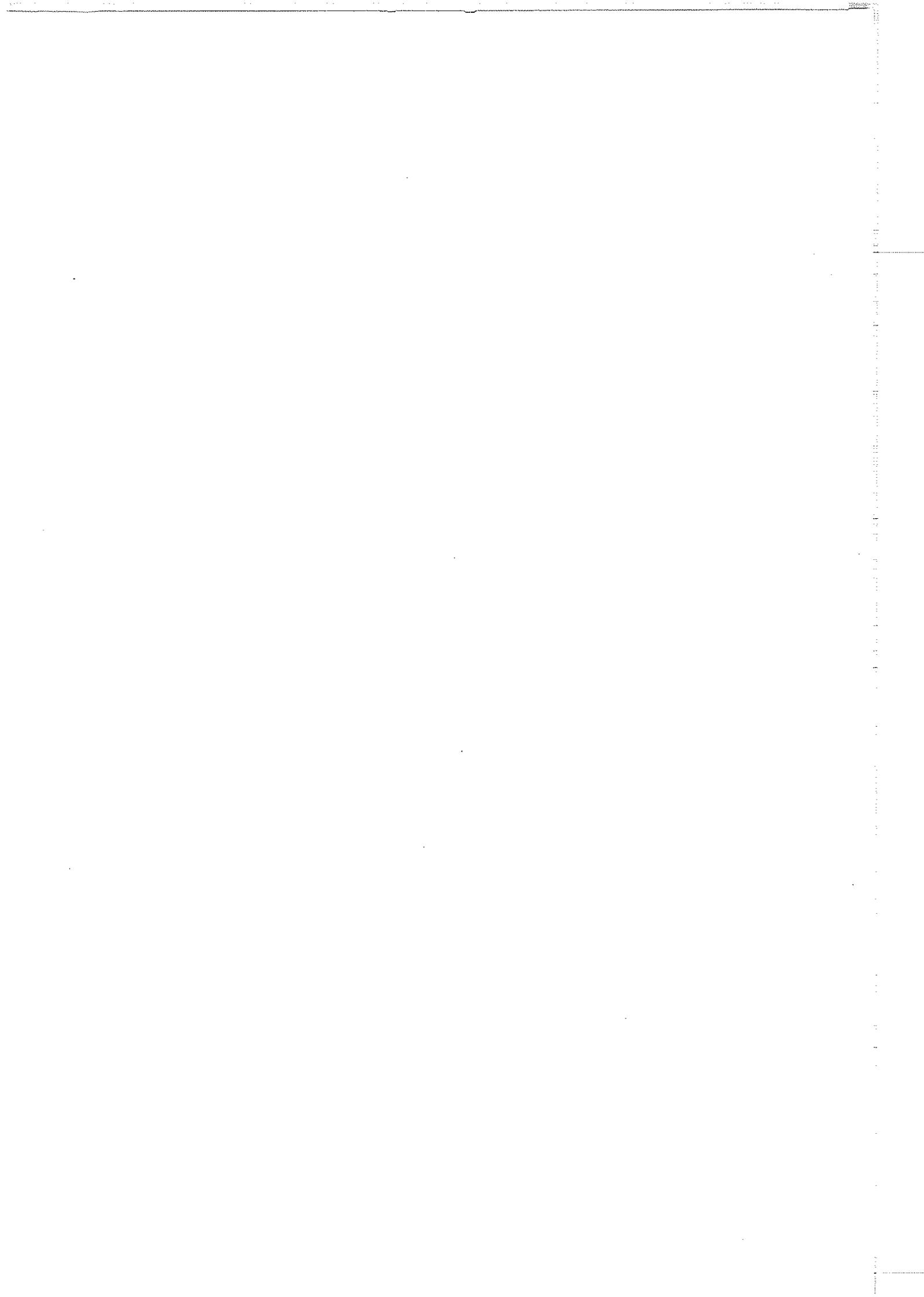
13

14

15

**INDICE DEGLI ORATORI INTERVENUTI
VERZEICHNIS DER REDNER**

MERANER Gerold <i>(Gemischte Fraktion)</i>	pag.	2-26-28
BERGER Franca <i>(Gruppo Misto)</i>	"	5-6-8-10-11-24-29-49-55
TAVERNA Claudio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Desta Nazionale)</i>	"	7-8-19-23-35
HOLZMANN Giorgio <i>(Gruppo Movimento Sociale Italiano-Destra Nazionale)</i>	"	11
BENEDIKTER Alfons <i>(Gruppo Union für Südtirol)</i>	"	13-14-41-56
RELLA Alberto <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	18-24-30-60
CHIODI WINKLER Wanda <i>(Partito Democratico della Sinistra)</i>	"	18-33
BRUGGER Siegfried <i>(Gruppo Südtiroler Volkspartei)</i>	"	23
FERRETTI Remo <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	27
MORANDINI Pino <i>(Gruppo Democrazia Cristiana)</i>	"	28-33
TONELLI Paolo <i>(Gruppo Misto)</i>	"	51
ZENDRON Alessandra <i>(Gruppo Lista Verde - Grüne Fraktion - Grupa Vërc)</i>	"	61



INDICE

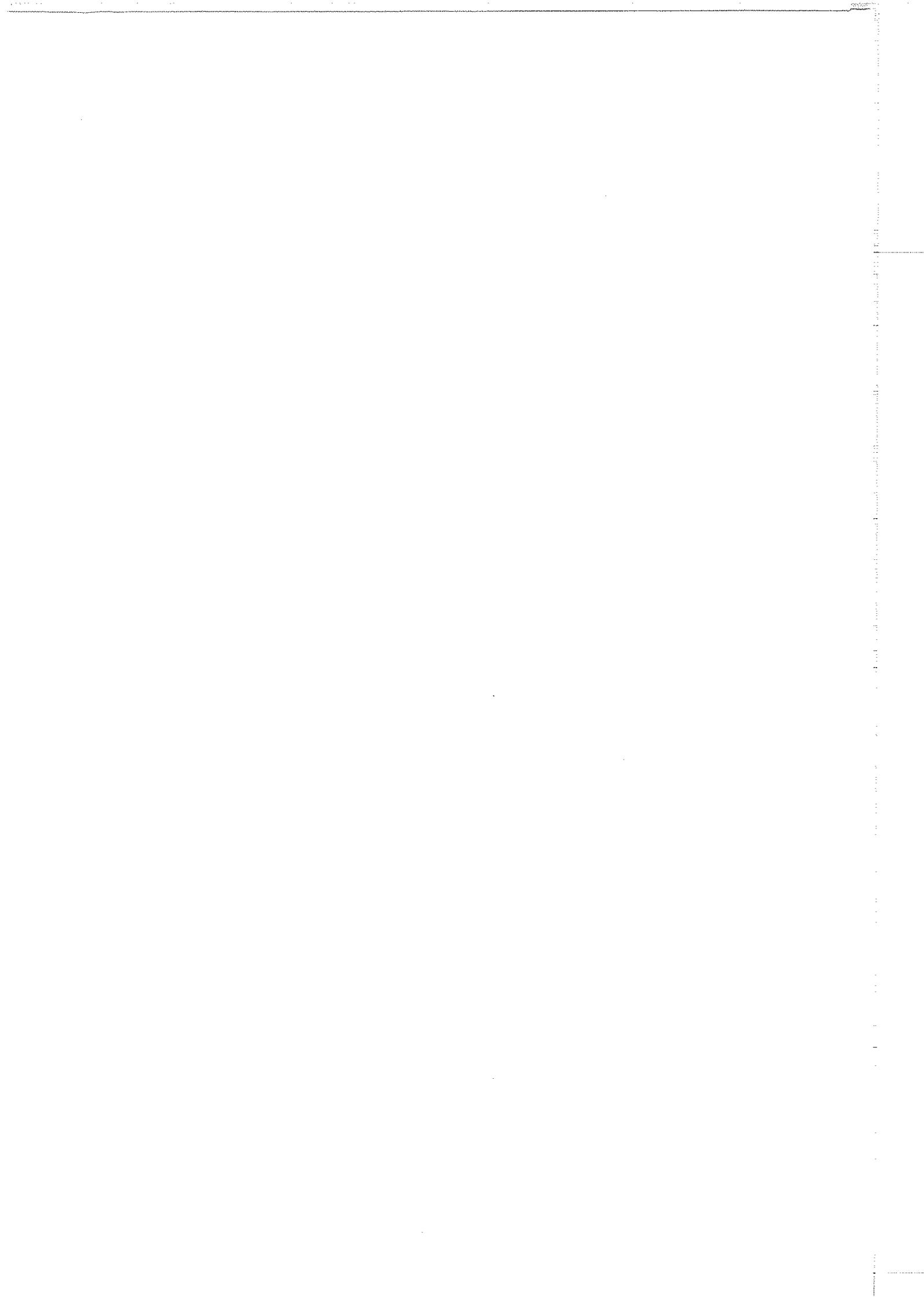
Disegno di legge n. 68:
Interventi in materia di previdenza
integrativa (presentato dalla Giunta
regionale)

pag. 1

INHALTSANGABE

Gesetzentwurf Nr. 68:
Maßnahmen auf dem Sachgebiet der
Ergänzungsfürsorge (eingebracht vom
Regionalausschuß)

Seite 1



Vorsitzender: Präsident Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

Ore 10.05

PRÄSIDENT: Wir beginnen mit dem Namensaufruf.

PRESIDENTE: Iniziamo con l'appello nominale.

PAHL: (segretario):(fa l'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet.

Ich darf die Entschuldigungen bekanntgeben: Frasnelli, Jori, Degaudenz, Ricci, Boato, Klotz, Angeli, Franceschini, Casagrande und Tarolli. Abg. Degaudenz hat sich entschuldigt, ist jetzt aber hier.

PRESIDENTE: La seduta è aperta.

Per la seduta odierna hanno giustificato la loro assenza i cons. Frasnelli, Jori, Degaudenz, Ricci, Boato, Klotz, Angeli, Franceschini, Casagrande e Tarolli. Il cons. Degaudenz ha giustificato la sua assenza, ma adesso è presente in aula.

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verlesung des Protokolles der letzten Sitzung.

PRESIDENTE: Prego dare lettura del processo verbale dell'ultima seduta.

PAHL: (Sekretär):(verliest das Protokoll)
(segretario):(legge il processo verbale)

PRÄSIDENT: Gibt es Einwände zum Protokoll? Keine. Dann gilt das Protokoll als genehmigt.

PRESIDENTE: Ci sono osservazioni al processo verbale? Nessuna. In tal caso il processo verbale si considera approvato.

PRÄSIDENT: Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Wir wiederholen die Abstimmung über den Abänderungsantrag Berger.

PRESIDENTE: Prego distribuire le schede per ripetere la votazione dell'emendamento della cons. Berger.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen.
Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	58
mit Ja haben gestimmt:	11
mit Nein:	41
weiße Stimmzettel:	6

Der Regionalrat lehnt somit den Abänderungsantrag ab.

PRESIDENTE: la votazione è conclusa e ne comunico l'esito:

Votanti:	58
Schede favorevoli:	11
Schede contrarie:	41
Schede bianche	6

Il Consiglio non approva.

PRÄSIDENT: Ich verlese den nächsten Abänderungsantrag, immer von der Abg. Franca Berger:

PRESIDENTE: Darò lettura di un altro emendamento sempre a firma della cons. Franca Berger:

Art. 1 – Absatz 1

Die Worte "und des Schutzes der im Haushalt geleisteten Arbeit" werden gestrichen.

Art. 1 – Comma 1

Le parole "e tutela del lavoro casalingo" sono abrogate.

PRÄSIDENT: Wer meldet sich zu Wort?

Der Erste auf der Rednerliste ist der Abg. Meraner.
Bitte, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Chi chiede la parola?

Il primo iscritto a parlare è il cons. Meraner.
Prego Consigliere.

MERANER: Herr Präsident! Ich möchte ankündigen, daß ich gegen diesen Abänderungsantrag stimmen werde und zwar aus folgenden Gründen: Wenn wir diese Worte streichen, wie es die Kollegin Berger vorgesehen hat, dann gehen wir ja am eigentlichen Sinn des Gesetzes vorbei. Denn wir wollen ja hier ein Familienpaket verabschieden. Wenn wir ausdrücklich den "Schutz der im Haushalt geleisteten Arbeit" streichen und nur die anderen Tätigkeiten außerhalb der Arbeit im Hause aufrecht erhalten würden, dann könnte dies zwar auch ein Sozialgesetz sein, das andere bereits bestehende Bestimmungen ergänzt, aber auf keinen Fall würde es sich dann mehr um den spezifischen und ergänzenden Schutz der im Haushalt geleisteten Arbeit handeln.

Ich glaube, daß wenn wir wirklich dem Abänderungsantrag der Kollegin Berger zustimmen würden, dann könnten wir das Gesetz gleich fallen lassen, weil wir dann ja überhaupt nicht mehr in die Richtung gehen, wie wir es uns gemeinsam vorgenommen haben. Mehrheit und Minderheit – das möchte ich einmal betonen – haben eine, so scheint mir, gemeinsame Zielsetzung. Wir haben nur unterschiedliche Meinungen über den Iter und unterschiedliche Meinungen teilweise auch über den Inhalt, wie wir zu diesem besseren Schutz kommen sollen.

Die Arbeit im Haushalt soll also besonders geschützt werden. Dem stimme ich

zu, deshalb bin ich gegen diesen Abänderungsantrag. Aber ich möchte hier auch sehr deutlich sagen, daß der Gesetzestext, so wie er in Deutsch vorliegt, unverständlich ist. Er kann so nicht bleiben, Herr Assessor. Ich lese Ihnen einmal vor, wie der Gesetzestext in Deutsch lautet: "...wobei sie Formen der Vorsorge auf dem Sachgebiet des Schutzes der im Haushalt geleisteten Arbeit einführt." Ich habe die Zwischenworte ausgelassen. Das ist einfach nicht deutsch, das ist total unverständlich. Es ginge nur dann, wenn wir die beiden Worte in der vorletzten Zeile "des Schutzes" streichen würden. Dann würde es lauten: "...wobei sie Formen der Vorsorge auf dem Sachgebiet des Schutzes der im Haushalt geleisteten Arbeit einführt." Dann wäre das Deutsch, würde das dem italienischen Text entsprechen und wir könnten mit diesem Text auch etwas anfangen. Ich würde, soweit es nur diese Bestimmung betrifft, diesem Artikel auch zustimmen können, wenn ich nicht die großen Vorbehalte über die Kompetenz der Region überhaupt hätte, wie Sie wissen, Herr Assessor.

Ich möchte in diesem Zusammenhang – und da wende ich mich hier in besonderer Weise an die Präsidenten des Regionalrates und auch des Regionalausschusses – auf die Art. 100 des Statutes und 121 der Geschäftsordnung des Regionalrates hinweisen. Mit Bedauern und Protest muß ich feststellen, daß dies wieder einmal ein eklatanter Fall dafür ist, daß beide Artikel meines Erachtens schwerstens verletzt worden sind. Man könnte darüber hinweggehen, wenn es sich hier um einen Einzelfall handeln würde. Aber nachdem Sie, Herr Präsident Peterlini, so wie wir alle wissen daß es sich um keinen Einzelfall handelt, sondern daß es einfach die Regel ist, daß die deutschen Texte durch die Bank nicht in Ordnung sind, möchte ich meinen ganz offiziellen Protest dagegen erheben, daß der deutsche Text so irgendwie am Rande behandelt wird. Denn das widerspricht dem wichtigen Grundprinzip der Gleichstellung der deutschen und italienischen Sprache bei der Tätigkeit des Regionalrates und darüberhinaus. Es ist dies eine kontinuierliche bewußte oder unbewußte Diskriminierung der deutschen Sprache, die so nicht hingenommen werden kann. Es stimmt, Sie werden sagen: Warum regt sich der Meraner auf, wir brauchen ja nur zwei Worte zu streichen. Da könnte sich einer, der zum Tode verurteilt wird, auch aufregen, weil der Richter gesagt hat, er wird nicht zum Tod verurteilt und er hat stattdessen gesagt, er wird zum Tode verurteilt.

Ich bitte Sie deshalb dafür Sorge zu tragen, daß die Gesetzestexte in der Form vorgelegt werden, daß sie für die Abgeordneten deutscher und italienischer Muttersprache gleich verstanden werden können. Es ist überhaupt anzustreben, daß wir nicht nur gleichlautende, sondern auch gleichwertige Texte vorgelegt bekommen. Ich weiß, hier rütteln wir an den Grundfesten des Pakets: Aber dies muß auch einmal gesagt werden. Es geht nicht an und es ist nicht zumutbar, daß das Gesetz nach wie vor lautet: Die deutsche und die italienische Sprache sind gleichberechtigt. Bei einer eventuellen Interpretation ist aber der italienische Text ausschlaggebend. Das ist nicht zumutbar, meine Damen und Herren. Ich möchte einmal die Kollegen italienischer Muttersprache fragen, ob sie eine solche Bestimmung hinnehmen würden. Sie verstehen beispielsweise die deutsche Sprache nicht, behandeln ihren Text folgerichtig in ihrer italienischen Muttersprache und nachher heißt es, ausschlaggebend ist aber der deutsche Text. Würdet ihr das hinnehmen? Wenn nicht, dann bitte habt Verständnis, daß wir genau in derselben schlimmen Lage sind. Wir wollen nicht mehr hinnehmen, daß wir in unserer Muttersprache Gesetzestexte abhandeln und dann am Ende feststellen müssen: Das war ja alles umsonst, denn im italienischen Text steht etwas ganz anderes und maßgebend ist dieser. So, meine Damen und Herren, geht es nicht.

Ich möchte aber doch zum Schluß kommen und die Kollegin Berger fragen, ob sie einverstanden wäre, daß ihr Abänderungsantrag in dem Sinne abgeändert wird, daß nicht die Worte "und des Schutzes der im Haushalt geleisteten Arbeit" gestrichen werden, sondern eben nur die Worte in der vorletzten Zeile "des Schutzes". Wenn sie damit einverstanden wäre, würde

ich ihrem Abänderungsantrag zustimmen, ansonsten würde ich mich leider gezwungen sehen, dagegen zu stimmen. Danke schön!

(Signor Presidente! Annuncio il mio voto contrario a questo emendamento per le seguenti ragioni: se noi abrogiamo queste parole, come propone la collega Berger, allora non teniamo conto del senso vero e proprio della legge. Perché noi vogliamo approvare un pacchetto per la famiglia e se abrogiamo espressamente le parole "tutela del lavoro casalingo", mantenendo però tutte le altre attività al di fuori dell'ambito familiare, allora potremmo sempre parlare di una legge sociale che integra le disposizioni vigenti, ma in nessun caso potremmo più parlare della specifica tutela integrativa del lavoro casalingo.

Credo che se accettassimo l'emendamento della collega Berger, potremmo lasciar perdere tutta la legge, Perché non ci muoveremmo più nella direzione che tutti noi ci siamo proposti, vale a dire maggioranza e minoranza, mi preme sottolinearlo. L'obiettivo è comune a entrambi, solo che abbiamo opinioni diverse sull'iter della legge e in parte sul suo contenuto, su come potremmo giungere ad una tutela migliore.

Quindi il lavoro casalingo deve godere di una tutela particolare. A mio avviso questo è giusto, per cui io voterò contro l'emendamento. Ma vorrei anche dire chiaramente che il testo della legge in lingua tedesca è del tutto incomprensibile. Non può rimanere così com'è, signor Assessore. Le leggo la versione tedesca: "...wobei sie Formen der Vorsorge auf dem Sachgebiet des Schutzes der im Haushalt geleisteten Arbeit einführt." Ho tralasciato il capoverso intermedio. Ma questo non è tedesco, è totalmente incomprensibile. Potrebbe essere accettabile, se nella penultima riga cancellassimo le parole "des Schutzes", e in tal caso il testo risulterebbe come segue: "...wobei sie Formen der Vorsorge auf dem Sachgebiet des Schutzes der im Haushalt geleisteten Arbeit einführt." Questo è tedesco. Il testo verrebbe poi a corrispondere alla versione italiana, e con un testo del genere si potrebbe anche fare qualcosa. Per quanto concerne questa disposizione, io darei la mia approvazione a questo articolo, se non sussistessero le grandi riserve sulla competenza regionale, come Lei ben sa, signor Assessore.

In questo contesto – e qui mi rivolgo in modo particolare al presidente del Consiglio regionale e della Giunta regionale – mi richiamo agli articoli 100 dello Statuto e 121 del Regolamento e protesto – anche se con rammarico – per il fatto che a mio avviso, siamo in presenza di altro eclatante caso di grave violazione di questi due articoli. Ci si potrebbe passare sopra, se fosse un caso isolato. Ma dal momento che Lei, Presidente Peterlini, come tutti noi, sa benissimo che non si tratta di un caso isolato ma che è ormai prassi che tutti i testi tedeschi non siano a posto, protesto ufficialmente Perché il testo tedesco viene sempre considerato quasi come un fatto marginale, e che questo contrasta con il fondamentale principio della parificazione delle due lingue, quella italiana e tedesca, nell'attività del Consiglio regionale e anche altrove. Siamo in presenza di una discriminazione continua, più o meno consapevole, della lingua tedesca, che non può essere accettata. E' vero, Lei potrebbe dire: ma Perché Meraner si agita tanto, in fondo dobbiamo abrogare solo due parole. Ma allora anche un condannato a morte potrebbe agitarsi, Perché il giudice ha detto che non verrà condannato a morte ma invece ha stabilito che lo sarà.

Pertanto La prego di provvedere affinché i testi vengano presentati in modo che tutti i consiglieri, sia di lingua italiana che tedesca, possano comprenderli allo stesso modo. Bisognerebbe ottenere che i testi non solo fossero identici, ma avessero anche lo stesso valore. So di scuotere le fondamenta del pacchetto, ma anche questo va detto. Non è ammissibile che la legge continui a contenere questo principio: la lingua italiana e tedesca sono parificate. In caso di eventuale interpretazione fa testo la versione italiana. Questo non è ammissibile, signore e signori. Mi piacerebbe chiedere ai colleghi di lingua italiana: Accettereste una disposizione del genere? Supponiamo che i colleghi italiani non conoscano la lingua tedesca, di conseguenza siano costretti

ad esaminare il testo nella loro madrelingua, l'italiano, e poi alla fine viene fuori che è determinate il testo tedesco. Lo accettereste? No, e allora cercate di capire che noi ci troviamo proprio in questa situazione. Non vogliamo più accettare che si discutano i testi nella nostra madrelingua, per poi alla fine dover constatare che tutto è stato inutile in quanto nel testo italiano forse c'è qualcosa di completamente diverso che però è determinante. Signore e signori, così non va.

Ma vorrei concludere questo mio intervento e chiedere alla collega Berger se è d'accordo nel modificare il suo emendamento e abrogare non già le parole "la tutela del lavoro casalingo" ma solo le parole "la tutela" nella penultima riga. Se fosse d'accordo allora voterei a favore dell'emendamento, in caso contrario mi vedrei costretto a votare contro.)

PRÄSIDENT: Ich wollte dem Kollegen Meraner sagen: Was die Übersetzungen betrifft, daß ich sein Anliegen der Gleichstellung der Sprache voll teile und in diesem Fall allerdings sagen muß, daß die Gesetzestexte vom jeweiligen Einbringer, in diesem Falle vom Ausschuß, so vorgelegt worden sind und dann oft in der Kommission ein bißchen verbessert werden. Aber leider ist es ein Problem, sei es in der Region aber auch im Land, daß die Übersetzungen nicht immer perfekt sind. Aber in diesem Falle war nicht das Übersetzungsamt des Regionalrates, das das gemacht hat, sondern des Ausschusses. Es stimmt, daß man die Worte "des Schutzes" weglassen kann. Das ist eine sprachliche Korrektur, die wir auch von Amts wegen vornehmen können, wenn diesbezüglich kein Widerspruch vorhanden ist. Es ist nicht falsch, aber es ist eine Wiederholung. Im italienischen Text sind zwei verschiedene Ausdrücke dafür verwendet worden, einmal "protezione" und einmal "tutela". Dann klingt es ein bißchen flüssiger. Im deutschen Text ist tatsächlich das gleiche Wort und somit überflüssig. Ich würde sagen, es sind keine Einwände und somit streichen wir das Wort "des Schutzes" in der vorletzten Zeile.

Die nächste Rednerin ist die Abg. Berger.
Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Vorrei dire al collega Meraner che, per quanto concerne la traduzione e l'equiparazione delle due lingue, condivido pienamente la sua preoccupazione. In questo caso va comunque specificato che la traduzione è stata fornita in questa versione dal firmatario, ovvero dalla Giunta regionale stessa. Talvolta capita che in Commissione vengano fatte delle correzioni, ma purtroppo il problema esiste: sia in Regione che in Provincia spesso le traduzioni non sono all'altezza. Comunque questa volta non è colpa dell'ufficio traduzioni del Consiglio regionale, ma della Giunta che ha fatto la traduzione. E' vero: si possono omettere le parole "des Schutzes". Poiché si tratta di una correzione tecnica, potremmo procedere d'ufficio, se non ci sono obiezioni. Non è sbagliato, ma si tratta di una ripetizione. Nel testo italiano sono state adottate due parole diverse, una volta "protezione" e l'altra volta "tutela" e quindi non ci si fa caso. Nel testo tedesco è stata usata due volte la stessa parola e quindi il testo risulta ridondante. Poiché non ci sono obiezioni, io proporrei di cancellare la parola "des Schutzes" nella penultima riga.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è la cons. Berger.
A Lei la parola. Ne ha facoltà.

BERGER: Grazie, signor Presidente. Condivido le osservazioni del collega Meraner e posso accogliere la sua puntualizzazione, perché due sono le motivazioni che ci avevano spinti a presentare questo emendamento. Sicuramente una è quella avanzata dal collega Meraner. Ci sembra assolutamente improprio dover inserire in legge, nel momento in cui prevediamo di istituire norme di previdenza, il concetto di tutela. Quindi, pur avendo da sempre espresso ampie perplessità per quanto riguarda ed attiene alla previdenza inerente il lavoro casalingo, riteniamo

che sia assolutamente inaccettabile inserire in legge il concetto di tutela. Quindi accolgo la puntualizzazione del collega Meraner e, quindi, se il Presidente ritiene sufficiente un auto-emendamento dichiarato, la soppressione si riferisce solamente alla parola "tutela", le altre permangono.

Questo discorso naturalmente dovrà essere collegato in maniera molto più approfondita quando arriveremo al secondo pacchetto, perché la definizione, così come avevamo ritenuto di doverla inserire, si estende al concetto in senso lato di lavoro casalingo, che riguarda non solo le persone che a tempo pieno scelgono di occuparsi di tale lavoro, ma attiene anche a tutte le altre persone che, pur essendo inserite nel mondo del lavoro, non possono sottrarsi al duplice onere di svolgere anche il lavoro casalingo.

Allora in questo momento della discussione, vedremo come procederà, ritengo di poter accogliere la proposta. Aspetto dal Presidente una risposta, devo formalizzare l'auto-emendamento o il Presidente si accontenta di una dichiarazione formale nella discussione in aula, altrimenti provvedo immediatamente all'auto-emendamento.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Berger, ich muß Sie um eine Erklärung bitten. Der Abänderungsantrag sieht vor: "e tutela del lavoro casalingo" zu streichen. Jetzt würden Sie sich darauf beschränken, das Wort "tutela" zu streichen und die Wörter "del lavoro casalingo" würden Sie stehenlassen? Oder nicht?

Bitte erklären Sie das noch einmal.

PRESIDENTE: Cons. Berger, mi chiarisca una cosa. L'emendamento prevede di stralciare "e tutela del lavoro casalingo". Lei ora vorrebbe solo stralciare "tutela" e lasciare "del lavoro casalingo"? Oppure no?

Mi spieghi.

BERGER: Solo la parola "tutela", signor Presidente. Ho accolto l'osservazione del collega Meraner, secondo la quale inserire il principio di tutela è inopportuno in quanto concetto, quindi rispondo anche indirettamente alle osservazioni che potrebbero venire da chi dice che può esserci una contraddizione nell'accogliere questa proposta di ridurre la definizione dell'emendamento alla parola "tutela", perché avverrebbe di fatto una contraddizione da parte nostra nel momento in cui si è mantenuto il riferimento all'art. 31 della Costituzione, che si riferisce all'assistenza della famiglia, ma il lavoro casalingo, dal mio punto di vista, — rispondo anche in questo al collega Benedikter — non va inteso minimamente come unico punto di riferimento alla famiglia, il lavoro casalingo in quanto tale è svolto da una pluralità di soggetti e non è una delle funzioni precipue della famiglia, quindi in quanto tale non c'è assolutamente contraddizione.

Allora l'emendamento che propongo riguarda esclusivamente la parola "tutela".

PRÄSIDENT: Ripeto: L'emendamento che andrà in votazione riguarda solo la parola "tutela". Giusto? E l'altro è ritirato, ovvero corretto in questo senso.

Sie haben alle gehört. Der Abänderungsantrag lautet jetzt folgendermaßen: La parola "tutela" è abrogata. Ich bin der Meinung, daß man diesen Abänderungsantrag, wenn kein Widerspruch ist, auch ohne Abstimmung so annehmen kann.

...Prego, cons. Taverna.

PRESIDENTE: Come avete sentito l'emendamento ora recita: La parola "tutela" è abrogata. Io

credo che questo emendamento si possa accogliere anche senza votazione, naturalmente se non ci sono obiezioni.

...Prego, cons. Taverna.

TAVERNA: Mi sia consentito esprimere alcune riserve sul modo di procedere che non mi trova affatto consenziente.

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Se lei insiste sulla votazione, noi votiamo. Ho chiesto se c'è assenso. Prego.

TAVERNA: Insisto non solo sulla votazione, ma anche sulla discussione. Quindi in via preliminare, signor Presidente, desidero sottolineare, e quindi in questo momento sto parlando per il rispetto del Regolamento, su un fatto che mi pare sia obiettivo, eclatante. La collega Berger ha presentato un emendamento che così recita: "Sopprimere la frase 'e tutela del lavoro casalingo'" e dopo aver ascoltato l'intervento del collega Meraner, nei confronti del quale per la verità non mi riconosco, però si è riconosciuta la presentatrice dell'emendamento, ci troviamo di fronte ad un auto-emendamento, ma che in realtà è un sub-emendamento, allora se è così – ed io ritengo che sia così – trattandosi di sub-emendamento, o il sub-emendamento viene formalizzato e quindi distribuito ed allora si discute sul sub-emendamento, oppure non ha senso che ci sia un aggiustamento di tipo formale, perché i concetti contenuti nell'emendamento e nel sub-emendamento sono di tale natura che implicano non solo la necessità di una discussione sul sub-emendamento, ma implicano addirittura anche una votazione sul sub-emendamento medesimo, ma la conditio sine qua non è, che sia formalizzato il sub-emendamento mediante la sua presentazione materiale e distribuzione, mi pare che sia una cosa elementare, signor Presidente.

PRÄSIDENT: Um aus dieser schwierigen Situation herauszukommen: Frau Abg. Berger, würden Sie mir bitte mit den Übersetzungskopfhörern folgen. Der Kollege Berger hat nämlich gesagt, wenn es ein neuer Abänderungsantrag ist, dann soll er verteilt werden und die entsprechende Prozedur durchlaufen. Ich bin der Meinung, daß, so wie der Abänderungsantrag jetzt steht, kein solcher mehr ist, sondern eine technische Korrektur ist, weil das Wort "tutela" bzw. "protezione" zweimal vorkommt und deshalb einmal aus sprachlichen Gründen gestrichen werden sollte. Allerdings wäre es in diesem Falle notwendig, Frau Abg. Berger, daß Sie den ursprünglichen Abänderungsantrag zurückziehen, dann könnte ich diese technische Korrektur machen, ansonsten muß ich dem Kollegen Taverna Recht geben, daß wir die Prozedur so zu durchlaufen haben. Es heißt also, der ursprüngliche Abänderungsantrag würde formal zurückgezogen, dann müßten Sie aber erklären, daß Sie ihn zurückziehen und wenn das erfolgt ist, dann kann ich die technische Korrektur vornehmen.

PRESIDENTE: Per trovare una via d'uscita da questa difficile situazione io proporrei quanto segue. Cons. Berger, per favore si metta le auricolari. La collega Berger ha infatti asserito che se si tratta di un nuovo emendamento, va formalizzato e distribuito. Io sono dell'avviso che questo emendamento così com'è stato ora formulato, possa essere considerato una correzione di tipo tecnico, in quanto la parola "tutela" viene ripetuta sotto forma di "protezione" e quindi risulta superflua dal punto di vista linguistico. Tuttavia in questo caso, Lei dovrebbe formalmente ritirare il suo emendamento, cons. Berger, allora potremmo procedere e fare questa correzione tecnica. Altrimenti devo dare ragione al cons. Taverna, il quale insiste sull'adozione della

procedura prevista dal Regolamento. E' dunque necessario ritirare formalmente l'emendamento originario: Lei dovrebbe dichiarare che l'emendamento è da considerarsi ritirato. E poi io potrò proporre la relativa correzione tecnica.

BERGER: Ritiro l'emendamento precedente e presento l'emendamento sostitutivo.

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete, der zweite Teil wäre nicht notwendig. Wenn Sie einverstanden sind, dann würde ich den zweiten Teil von Amtswegen korrigieren. Aber wenn Sie darauf bestehen, dann müßten Sie drei Unterschriften bringen. E' contenta così!

Somit ist der Abänderungsantrag Berger zurückgezogen und diese sprachliche Korrektur wird von Amtswegen gemacht. Die Worte "tutela" bzw. "des Schutzes" werden von Amtswegen gestrichen, weil dies sprachlich nicht in Ordnung ist.

PRESIDENTE: Cons. Berger, la seconda parte non è necessaria. Se Lei è d'accordo la correzione verrà fatta d'ufficio. Se però Lei insiste deve presentare almeno tre firme. E' contenta così.

Quindi l'emendamento è ritirato e la correzione tecnica verrà fatta d'ufficio. Le parole "tutela" e "des Schutzes" verranno stralciate, in quanto non corrette dal punto di vista linguistico.

PRÄSIDENT: Der nächste Abänderungsantrag ist von den Abg. Chiodi, Marzari, Rella und Viola:

PRESIDENTE: Il prossimo emendamento è stato presentato dai cons. Chiodi, Marzari, Rella e Viola:

Im Artikel 1 wird folgender Absatz hinzugefügt:

"2. Die mit diesem Gesetz zu Lasten des Regionalratshaushaltes vorgesehenen Maßnahmen haben solange Gültigkeit, bis der Staat gleichartige Vorsorgemaßnahmen trifft."

All'art. 1 è aggiunto il seguente comma:

"2. Gli interventi disciplinati dalla presente legge a carico del bilancio regionale vengono disposti fino a quando lo Stato non disporrà provvidenze equiparabili."

PRÄSIDENT: ...Abgeordneter, Sie müssen Geduld haben, wenn ich etwas lese, dann muß ich auslesen können. Sie reden auch immer aus. Haben Sie ein bißchen Geduld, aber Sie können nicht unterbrechen, während ich den Artikel verlese.

Jetzt hat eigentlich der Abg. Benedikter das Wort, aber wenn Sie zur Geschäftsordnung reden möchten, dann bekommen Sie es vorher.

Bitte, Abg. Taverna.

PRESIDENTE: ...consigliere, Lei deve avere un po' di pazienza. Se io leggo qualcosa, Lei deve lasciarmi finire. Anch'io la lascio finire. Abbia un po' di pazienza, mentre sto leggendo.

Ha chiesto la parola il cons. Benedikter, ma se Lei intende parlare sul Regolamento, darò la parola prima a Lei.

Prego, cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, se lei è intenzionato a volerci leggere anche i Promessi Sposi, per

carità, non voglio interromperla, ma qui si tratta di un fatto procedurale nei confronti del quale elevo formale protesta, perché nel momento in cui – signor Presidente, la prego di prestare un minimo di attenzione, anche perché, purtroppo, stamene ho difficoltà di voce e quindi faccio sforzo alle mie corde vocali – un collega, nel caso specifico la collega Berger, presenta un emendamento ed esso viene distribuito, o l'emendamento viene ritirato, ma in questo caso l'emendamento non è stato ritirato, esso, su suggerimento della collega Berger, è stato modificato tecnicamente dalla Presidenza, e mi sia consentito che questo è un modo sbagliatissimo di procedere, perché vengo privato della libertà di potermi pronunciare ed esprimere sull'emendamento medesimo. Qui c'è un furto di emendamento e non posso essere sottratto del mio diritto di poter esercitare la critica su un emendamento che non ha un vero significato formale, ma sostanziale. Quando mi togliete "tutela del lavoro casalingo" mi togliete un elemento qualificante dell'articolo, quindi non si tratta in questa occasione di una mera correzione di carattere formale, qui si tratta di una sottrazione di emendamento deputando e trasferendo alla Presidenza un compito che non ha, perché non si tratta di correzione formale del testo, ma si tratta di accettare in maniera fraudolenta un sub-emendamento, togliendo la possibilità al Consiglio di poter esercitare il proprio diritto di critica, di consenso o di assenso all'emendamento medesimo.

Non è possibile, signor Presidente, addivenire ad una soluzione di tale natura, perché se accettassimo una soluzione siffatta, allora è molto facile sul piano politico contestare anche la prassi che si sarebbe instaurata con questo procedimento, perché nel momento in cui il presentatore di un emendamento si trovasse nella condizione di vedersi respinto l'emendamento, perché capisce che questo emendamento non ha possibilità di essere accolto, allora dice di accogliere l'invito della Presidenza, oppure suggerisce alla Presidenza di procedere ad una correzione meramente formale ed in questo modo quell'emendamento, che sarebbe bocciato dall'aula, avrebbe invece, con un'operazione di cosmesi formale, l'approvazione da parte della Presidenza e di conseguenza avremmo avuto in maniera subdola, fraudolenta ed artificiosa l'accoglimento dell'emendamento medesimo attraverso un'operazione truffaldina.

Signor Presidente, comprenderà benissimo che il ragionamento che le sto facendo è obiettivo sia sul piano giuridico che politico, si consulti con gli Uffici, non è possibile procedere in questo modo, perché se si procedesse in questo modo, ci troveremmo domani nella possibilità di creare una prassi attraverso la quale chiunque nelle condizioni di vedersi bocciato un emendamento, suggerisce la correzione tecnica ed attraverso la spogliazione dell'emendamento di una sola parola significherebbe allora l'accoglimento da parte della Presidenza, altro elemento discriminatorio ed arbitrario, di un emendamento che l'aula non può discutere e non può votare, e che verrebbe direttamente a significare il cambiamento specifico dell'articolo medesimo.

Quindi mi sembra che il ragionamento da me svolto, signor Presidente, stia in piedi per motivazioni di ordine politico, di ordine giuridico e per motivazioni di ordini di tecnica legislativa. Non è possibile quindi, ripeto il concetto, che l'aula sia sottratta nel suo legittimo diritto di intervenire in assenso o in critica e nel suo legittimo diritto di votare pro o contro l'emendamento, perché qui si tratta di un'operazione, ripeto, scorretta sul piano politico, legislativo ed anche di natura tecnico-giuridica.

PRÄSIDENT: Abg. Taverna, ich bitte Sie den Text zur Hand zu nehmen, dann werde ich es Ihnen mit Ruhe erklären und das gilt für alle Abgeordneten: Sie können mich ruhig als Blitzableiter betrachten, aber Sie brauchen sich dabei nicht aufzuregen. Ich versuche auch meine vollständige Ruhe zu wahren und ich hoffe, daß wir dann fruchtbarer arbeiten können. Es gab einen Abänderungsantrag der Abg. Franca Berger, den ich nicht verlesen brauche, der

tatsächlich eine substantielle Änderung des Gesetzentwurfes vorgesehen hätte. Sie wollte nämlich die Worte "des Schutzes des im Haushalt geleisteten Arbeit" streichen. Dann gab es eine Intervention vom Abg. Meraner. Der hat darauf hingewiesen, daß das Wort "Schutz" sowieso doppelt dasteht, weil es weggehört, weil es sprachlich nicht in den Text paßt. Frau Abg. Berger hat daraufhin Stellung genommen und hat sich auch die anderen Bedenken des Abg. Meraner zu eigen gemacht und hat dann auf ausdrückliche Rückfrage und nach Klärung der Prozedurfrage erklärt, daß sie ihren Antrag zurückzieht. Somit ist er nicht gestohlen worden, so wie Sie sich so schön ausgedrückt haben, sondern er ist von Frau Abg. Berger zurückgezogen worden. Um aber dem sprachlichen Einwand der Frau Berger und auch des Kollegen Meraner, die festgestellt haben, daß sich das Wort "tutela" und "protezione" wiederholen und den Text erschweren und im Deutschen auch das Wort "Schutz" zweimal drinnen ist, Rechnung zu tragen, habe ich vorgeschlagen, daß man – und das war kein Widerspruch – daß man dieses Wort einfach als technische Korrektur herausnimmt. Das ist üblich und gehört zu den Möglichkeiten, die das Präsidium hat. Ich bitte darum um Verständnis, ich möchte natürlicherweise mit dazu beitragen, Ihre Stimmbänder zu schonen, Herr Abg. Taverna, aber nicht ich bin es, der Ihre Stimmbänder kaputtmacht, sondern wenschon natürlicherweise der Erfolg Ihres sehr engagierten Einsatzes. Ich hoffe, daß das damit geklärt ist.

...Prego, cons. Berger.

PRESIDENTE: Cons. Taverna, la prego di prendere il testo. Poi Le spiegherò tutto con calma e questo vale anche per gli altri consiglieri: mi potete tranquillamente prendere come parafulmine, ma non dovete agitarvi in questo modo. Anch'io cerco di essere calmo, nella speranza che i lavori procedano in modo proficuo. Era stato presentato un emendamento a firma della cons. Berger, e di cui ora non darò nuovamente lettura, il quale prevedeva una modifica sostanziale all'articolo in questione. Ovvero: esso prevedeva di stralciare le parole "della tutela del lavoro casalingo". Poi è intervenuto il cons. Meraner, il quale ha fatto notare che nella dizione tedesca la parola "des Schutzes" veniva ripetuta e quindi linguisticamente sarebbe stato opportuno togliere una ripetizione. Poi ha preso posizione la cons. Berger che ha fatto proprie alcune osservazioni del cons. Meraner. Successivamente su specifica richiesta e chiarimenti in merito all'aspetto procedurale, ha dichiarato che avrebbe ritirato il suo emendamento. Quindi nessuno se ne è "appropriato", come Lei ha detto, ma è stato semplicemente ritirato dalla cons. Berger. Poi, per tener conto delle obiezioni della cons. Berger e del cons. Meraner che hanno criticato la ripetizione della parola "tutela" e "protezione", io ho proposto – e non era una contraddizione – che si stralciasse, come correzione tecnica, questa parola. E' una prassi che viene spesso adottata in questi casi dalla Presidenza che ha la facoltà di procedere in questo senso. Siate un po' ragionevoli. Inoltre non voglio danneggiare ulteriormente le sue corde vocali, cons. Taverna. Non sono io che le ha fatto perdere la voce, bensì l'impeto del suo intervento. Spero di aver fornito i necessari chiarimenti.

...Prego, cons. Berger.

BERGER: ...è scatenare un dibattito di questo tipo e dall'aver la volontà di introdurre una prassi prevaricatrice, quindi ho ascoltato con estrema attenzione le motivazioni del collega Taverna, che tra l'altro sono piene di fondamento, signor Presidente. La invito, proprio per non costituire un precedente che, se in questo caso si giustifica alla luce anche dalle ragioni da lei espresse, ma potrebbe essere comunque un precedente, ad impegnare i 30 secondi che servono per formalizzare la votazione.

PRÄSIDENT: Signora, scusi, che cosa intendeva dire alla fine?

BERGER: ... di non accoglierlo, signor Presidente, di fare proprio una formale votazione su questo emendamento, perché mi sembra che così andiamo incontro alla fondata preoccupazione del collega Taverna che questo possa costituire un precedente ed in quanto tale estendersi a casi diversi, in cui la parola in esame sia parola che incide in maniera sostanziale sul testo e non in maniera, come in questo caso, pleonastica.

PRÄSIDENT: Frau Abgeordnete, ich habe aber keinen Abänderungsantrag mehr. Sie haben Ihren zurückgezogen und es gibt keinen Abänderungsantrag, der vorliegt. Der einzige Einwand der vorliegt, ist sprachlicher Art, daß sich das Wort wiederholt.

...Allora lo deve ripresentare con le firme e poi lo distribuiamo.

...Cons. Holzmann, in merito a che cosa?

PRESIDENTE: Consigliere, io non più alcun emendamento. Lei lo ha ritirato e pertanto non esiste più il suo emendamento. L'unica obiezione rimasta è che una parola è stata ripetuta due volte.

...Allora lo deve ripresentare con le firme e poi lo distribuiamo.

...Cons. Holzmann, in merito a che cosa?

HOLZMANN: Grazie, signor Presidente. Le ruberò solo un minuto sull'ordine dei lavori per richiamarmi a quanto disposto dall'art. 75 del Regolamento, che testualmente recita: "Gli emendamenti aggiuntivi, modificativi o soppressivi – come in questo caso modificativo –, devono essere presentati al Presidente del Consiglio almeno 48 ore prima della discussione degli articoli cui si riferiscono.". In verità l'art. 75 prevede una deroga a questo principio di carattere generale, a patto che gli emendamenti siano "sottoscritti da almeno tre Consiglieri" e possono essere presentati in aula, devo ritenere, dal momento che non viene stabilito un'altro termine, "svolti, discussi e votati nella seduta stessa". Quindi l'osservazione del collega Taverna, trattandosi di un nuovo emendamento, se così ho ben capito,...

(Interruzione)

HOLZMANN: Ho capito, quindi stiamo discutendo l'emendamento originale?

(Interruzione)

HOLZMANN: E' ritirato. Quindi praticamente l'emendamento non esiste più e non c'è nessuna proposta di modifica?

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Momentan existiert kein Änderungsantrag.

PRESIDENTE: Al momento non esiste nessun emendamento.

HOLZMANN: Molto bene, grazie.

PRÄSIDENT: Bei allem Verständnis, daß Sie Zeit herausholen möchten, verehrte Abgeordnete, aber alles was Recht ist, in diesem Falle ist es einfach nicht korrekt. Ich habe eindeutig gefragt:

der Abänderungsantrag ist zurückgezogen worden. Wir sind jetzt beim nächsten Absatz und ich akzeptiere nicht, daß man in dieser Form nur einfach Zeit schindet. Wenn es korrekt ist, wenn Ihnen die Zeit zusteht, dann ist es in Ordnung, aber in diesem Falle nicht. Wir sind bereits darüber hinweg. Die Sache ist erledigt. Abänderungsanträge zu abgestimmten Sachen können Sie mir nicht mehr bringen.

...lo leggo il testo come sarebbe adesso. Forse riusciamo a chiarire le cose, mi sembra che sia un po' di disordine. Ich bitte einen Moment um Aufmerksamkeit, weil ich gebe natürlicherweise jedem Antrag statt, wenn ein neuer Abänderungsantrag kommen sollte. Ich möchte nur ein bißchen Klarheit bringen. Die Aufforderung vom Abg. Benussi war, jetzt einmal zu verlesen, wie der korrigierte Text ausschauen würde und vielleicht entpuppt sich das Ganze nur als Mißverständnis.

Ich verlese:

PRESIDENTE: Capisco che volete perdere tempo, signori consiglieri, ma tutto ha i suoi limiti. In questo caso il vostro comportamento è scorretto. Io ho fatto una specifica domanda. E mi è stato risposto che l'emendamento era ritirato. Ora siamo al capoverso successivo ed io non accetto che si sprechi tempo in questo modo assurdo. Se il vostro comportamento è corretto, vi dò tutto il tempo che volete, ma non in questo caso. Siamo già andati oltre. La questione è chiusa. Non potete più presentare emendamenti su cose già deliberate.

Un attimo di attenzione. Naturalmente accoglierò la richiesta se verrà presentato un nuovo emendamento. Vorrei solo fare alcuni chiarimenti. La proposta del cons. Benussi era di leggere il testo così come è stato rettificato. Forse ci accogeremo che alla base di tutto c'è un malinteso.

Darò lettura del testo:

Art. 1 Obiettivi

1. In attuazione dell'articolo 6 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670 ed anche con riferimento all'articolo 31 della Costituzione, la Regione integra la normativa previdenziale statale, istituendo forme di previdenza in materia di protezione dei lavoratori sia dipendenti che autonomi nei casi di infortunio, malattia, invalidità e vecchiaia, di disoccupazione involontaria, maternità e del lavoro casalingo.

PRESIDENTE: Praticamente cade solo questa ripetizione della parola "tutela", perché c'è scritto già prima "protezione". E l'obiezione del cons. Meraner che poi si riferiva al testo tedesco è una critica alla traduzione, però la traduzione in questo caso era corretta. La critica era riferita allo stile del testo, al fatto che questa parola "tutela" e "protezione" si ripetesse. La Presidenza avrebbe dovuto provvedere a un testo stilisticamente migliore. Allora io ho proposto: elimino la ripetizione, se non c'è un emendamento. Tutto qui.

Ich verlese jetzt den Text in deutscher Sprache und zeige Ihnen auf, was da durch die Anregung des Abg. Meraner anders wäre.

PRESIDENTE: Dò ora lettura del testo tedesco evidenziando cos'è stato cambiato in seguito alla proposta del cons. Meraner:

Art. 1 Zielsetzungen

1. Bezugnehmend auf den Artikel 31 der Verfassung und in Anwendung des Artikels 6 des Dekretes des Präsidenten der Republik vom 31. August 1972, Nr. 670 ergänzt die Region die staatlichen Vorsorgebestimmungen, wobei sie Formen der Vorsorge auf dem Sachgebiet des Schutzes der sowohl unselbständigen als auch selbständigen Erwerbstätigen bei Unfall, Krankheit, Invalidität und Alter, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, Mutterschaft und der im Haushalt geleisteten Arbeit einführt.

PRÄSIDENT: Das ist jetzt die vom Abg. Benussi verlangte Erklärung.

Abg. Taverna, bestehen Sie nach dieser Klärung weiterhin auf die Abstimmung über dieses Wort "tutela", oder ist das jetzt geklärt? Sie bestehen also weiterhin auf die Abstimmung. Dann wird es so gemacht. Der Abänderungsantrag wird verteilt. Sobald er fertig ist, wird darüber diskutiert.

Inzwischen behandeln wir den anderen, den wir gerade begonnen haben. Diesen habe ich bereits verlesen. Er wurde von der Abg. Chiodi eingebracht.

Zu Wort gemeldet hat sich der Abg. Benedikter zum neuen Abänderungsantrag, der folgendermaßen lautet – ich verlese ihn nochmals:

PRÄSIDENTE: Questa era il chiarimento richiesto dal cons. Benussi.

Cons. Taverna, Lei insiste che si voti sullo stralcio della parola "tutela" o la questione è ora chiarita? Lei insiste sulla votazione. Allora procediamo. Distribuiremo l'emendamento. Non appena avremo finito, aprirò la discussione.

Nel frattempo proseguiamo con la trattazione degli altri emendamenti. Questo l'ho già letto. E' stato presentato dalla cons. Chiodi.

Ha chiesto la parola il cons. Benedikter sul nuovo emendamento che recita – e ora ne darò lettura –:

Im Artikel 1 wird folgender Absatz hinzugefügt:

"2. Die mit diesem Gesetz zu Lasten des Regionalratshaushaltes vorgesehenen Maßnahmen haben solange Gültigkeit, bis der Staat gleichartige Vorsorgemaßnahmen trifft."

All'art. 1 è aggiunto il seguente comma:

"2. Gli interventi disciplinati dalla presente legge a carico del bilancio regionale vengono disposti fino a quando lo Stato non disporrà provvidenze equiparabili."

PRÄSIDENT: Das ist jetzt der neue, zur Debatte stehende Abänderungsantrag.

Bitte, dazu hat der Abg. Benedikter das Wort.

PRÄSIDENTE: Questo è il nuovo emendamento in discussione.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Ich habe mich an sich zum ursprünglichen Abänderungsantrag der Abg. Berger gemeldet, der gelautet hat: Die Worte "und des Schutzes der im Haushalt geleisteten Arbeit" zu streichen.

(A dire il vero mi ero prenotato sull'emendamento precedente, quello della cons. Berger teso a stralciare le parole "e della tutela del lavoro casalingo".)

PRÄSIDENT: Abg. Benedikter, dieser kommt noch. Er wird jetzt in abgeänderter Form verteilt. Er wird gerade fotokopiert.

Jetzt reden wir über den nächsten Abänderungsantrag. Inzwischen wird das andere suspendiert bis es verteilt ist und jetzt reden wir über diesen Zusatzantrag von den Abg. Chiodi, Rella, Marzari usw.

PRESIDENTE: Cons. Benedikter, l'emendamento a cui Lei si riferisce verrà trattato successivamente. Verrà distribuito nella forma emendata. Stiamo fotocopandolo.

Ora è aperta la discussione sull'emendamento successivo. L'altro lo abbiamo sospeso finché non sarà stato distribuito a tutti. Ora parliamo dell'emendamento aggiuntivo dei cons. Chiodi, Rella, Marzari ecc.

BENEDIKTER: Ich möchte dazu sagen: Wenn beim ursprünglichen Antrag der Abg. Berger das Wort "Schutz" herauskommt – ich habe mit den Kopfhörern alles aufmerksam verfolgt –, so ist das eine Abänderung. Dann muß sie abgestimmt werden. Also zu diesem Antrag kann ich jetzt nicht Stellung nehmen?

Gut, dann nehme ich zum nächsten Abänderungsantrag Stellung. Ich bin der Ansicht, und ich habe das hier noch und noch vertreten, daß die Zielsetzung und was alles im Art. 31 der Verfassung enthalten ist, mit der Sozialversicherung überhaupt nichts zu tun hat. Ich kann nicht mit Regionalgesetz sagen, inzwischen machen wir Region mit unserer ergänzenden Zuständigkeit – Zuständigkeit für ergänzende soziale Vorsorge – diese Maßnahme, bis der Staat eine gleichartige Vorsorgemaßnahme trifft. Warum? Weil die Region hinsichtlich aller Maßnahmen, die im Artikel 31 der Verfassung vorgesehen sind, nicht zuständig ist.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf einen Einwand antworten, den die Kollegin Franzelin gemacht hat. Nämlich, daß in der vergangenen Legislaturperiode, immer aufgrund dieser Zuständigkeit der ergänzenden sozialen Vorsorge, ein Regionalgesetz gemacht worden sei, das Maßnahmen zugunsten der Hinterbliebenen von Kleinbauern, Halb- und Teilpächtern enthält und da hätte ich nichts eingewendet. Ich wollte darauf auch antworten, weil ich inzwischen die Sache vertieft habe und nicht so einfach aufs Geratewohl antworte. Ich habe dieses Regionalgesetz hier, das sagt – und das hat mit dem zu tun –: "Die indirekte Pension oder Hinterbliebenenrente nach Art. 25 des Staatsgesetzes vom 30. April 1969, Nr. 153, wird auf den Ehegatten oder bei dessen Fehlen gemeinsam auf die Kinder gemäß Art. 22 des Gesetzes vom 25. Juni 1965, Nr. 903, die in den Provinzen Trient und Bozen ansässig sind, selbst dann ausgedehnt, wenn die bei der Sonderverwaltung eingetragene Person vor Inkrafttreten des obgenannten Gesetzes Nr. 153 verstorben ist und wenn sie eine Pension bezog, die vor dem 1. Jänner 1970 ihren Ablauf hatte." Das Gesetz enthält dann ein Dutzend Artikel, wo alles weitere geregelt wird. Diese Regelung hier ist sozialversicherungsrechtlich einwandfrei durch Staatsgesetz geregelt worden und die Region hat es auf den Ehegatten oder bei dessen Fehlen gemeinsam auf die Kinder usw. ausgedehnt. Das war eine ergänzende Maßnahme für einen Fall, der vom Staat bereits sozialversicherungsmäßig, also wo auch Beiträge vorgesehen sind, geregelt wurde. Da ist das Staatsgesetz vom 9. März 1989, Nr. 88 erschienen – ich habe schon darauf hingewiesen –, wo im Art. 37 steht: "Es wird bei der INPS die Verwaltung der Fürsorgeeinsätze und der Beitragseinsätze der Sozialversicherungsverwaltungen, gestione degli interventi assistenziali e di sostegno alle gestioni previdenziali". Dort steht dann als zweiter Absatz: "Il finanziamento della gestione è assunta dallo Stato", d.h. die INPS hat ja darauf gedrängt, daß alles, was nicht mit Sozialversicherung im läufigen Sinne zu tun hat, vom Staat übernommen werde. Das hat man mit diesem Gesetz vom 9. März 1989 Nr. 88 getan, wo im Art. 25, der sich mit diesem Gesetz beschäftigt, die Region diese Ergänzung gemacht hat, zum Gesetz vom 30.

April 1969, Nr. 153, und wo das nicht als "assistenza" angesehen wird, sondern bei der sozialen Vorsorge bleibt, während allgemein im demselben Art. 37 steht, wo alles mögliche übernommen wird: "Sono altresì a carico della gestione – interventi assistenziali – tutti gli oneri relativi agli altri interventi a carico dello Stato previsti da disposizioni di legge". Ich habe mich erkundigt. Ich habe gefragt: Ist dann das alte Gesetz Nr. 153 vom 30. April 1969, das die Sozialpension der Hausfrauen zum Gegenstand hatte, drinnen in dieser Verwaltung der Fürsorgemaßnahmen, die neben den eigentlichen Sozialversicherungsmaßnahmen einhergehen? Man hat mir geantwortet. Und ich kann Ihnen genau sagen, was der Generaldirektor der INPS dazu gesagt hat, der zu diesem Art. 27 einen Kommentar von 20 Seiten geschrieben hat. Er hat gesagt: "Dieses Hausfrauensozialpensionengesetz ist da drinnen, ist vom Staat... da heißt es, daß besonders die Hausfrauen davon genießen, nur daß es nicht diese Auswirkung... aber daß es durch diesen Artikel 37 unter den "interventi assistenziali" übernommen worden ist. Das wollte ich sagen.

Daher bin ich der Ansicht, daß es gar nichts hilft. Denn dann könnte ja die Region alles tun, was mit Sozialvorsorge, Sozialversicherung zu tun hat. Denn sie könnte sagen, ich mache das, weil kein Grundsatz in der staatlichen Sozialversicherungsgesetzgebung besteht, daß eine bestimmte Kategorie überhaupt unter die Sozialversicherung fällt. Somit könnte sie alles tun und sagen, ich mache den Vorläufer gegenüber der staatlichen Gesetzgebung, mache jetzt die echte Hausfrauenpension und stemple sie zu einer Sozialversicherungspension ab mit allem was dazugehört, wie es hier scheint: "Die mit diesem Gesetz zu Lasten des Regionalhaushaltes vorgesehenen Maßnahmen haben solange Gültigkeit, bis der Staat gleichartige Vorsorgemaßnahmen trifft". Damit kann ich nicht den Einwand, daß es nicht unter die Sozialversicherung fällt, entkräften. Denn sonst wäre es nicht eine ergänzende Zuständigkeit, sondern eine ausschließliche Zuständigkeit. Selbstverständlich kann man etwas tun. Dort, wo der italienische Staat nicht so weit ist, kann ich Fürsorgemaßnahmen einführen, bzw. bei der "assistenza" kann ich etwas einführen, was der italienische Staat noch nicht hat, wenn es nicht den Verfassungsgrundsätzen widerspricht. Deswegen sage ich: wir verzichten auf den Art. 22 der Durchführungsbestimmungen, des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 616 vom 24. Juli 1977, die auch auf uns ausgedehnt worden sind durch den Art. 9 des DPR Nr. 526 vom 19. November 1987, wo es heißt: "Unter die Sozialfürsorge fällt alles – tutte le attività che attengono al quadro della sicurezza sociale, alla predisposizione e derogazione di servizi gratuiti o al pagamento di prestazioni economiche sia in denaro che in natura a favore dei singoli o di gruppi, qualunque sia il titolo in base al quale sono individuati i destinatari anche quando si tratta di forme di assistenza a categorie determinate, escluso soltanto le funzioni relative alle prestazioni economiche di natura previdenziale". Das ist nicht nur von mir erfunden, sondern ist aufgrund einer Klärung vorgesehen, die in den Durchführungsbestimmungen enthalten ist und wofür ich mich eingesetzt habe, bzw. daß die Zuständigkeit des Landes so weit als möglich ausgelegt werden kann. Das ist heute allen italienischen Regionen zugestanden worden und selbstverständlich auch uns, nachdem wir ja die Zuständigkeit für die "assistenza" erhalten haben. Deswegen bin ich der Ansicht, daß wir eben davon Gebrauch machen sollten und sie nicht das als Sozialversicherung maskieren müssten, um sie dann der Region abzugeben. Aber was die Abgabe an die Region betrifft, was das Wort "delegieren" betrifft usw., kommt ja dann der Art. 2, wo alles dem Wortlaut des Art. 6 des Autonomiestatutes und der diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen widerspricht, wo ich mich eingesetzt hatte, daß man diese Zuständigkeit der Region überläßt. Denn wenn schon eine Zuständigkeit da ist, soll man sie ausbauen, aber in dem Sinne, daß die Region dort etwas tun kann. Aber dazu komme ich noch beim Art. 2.

Deswegen stimme ich gegen diesen letzten Vorschlag, daß "die mit diesem Gesetz zu Lasten des Regionalhaushaltes vorgesehenen Maßnahmen solange Gültigkeit haben,

bis der Staat gleichartige Vorsorgemaßnahmen trifft". Wenn in erster Linie die sogenannte Hausfrauenpension ins Landesgesetz hineinkäme, wo die Zuständigkeit vorhanden ist, dann könnte man es ruhig machen und wenn es der Staat es dann für ganz Italien macht, dann geht... (Unterbrechung) Nein, das stimmt nicht, daß da ausgebaut wird und das Gesetz vom Jahr 1963... Du hörst mir zwar zu, aber ich habe gesagt, das Gesetz vom Jahr 1963 ist die Sozialrente. ...Aber ich sage, von den 5 Maßnahmen, die im Art. 5 vorgesehen sind, haben 3 mit ergänzender Sozialversicherung nichts zu tun, weil diesbezüglich Grundsatzbestimmungen, Ansatzbestimmungen, Grundlagebestimmungen, oder wie man sie auch nennen will, in der staatlichen Sozialversicherungsgesetzgebung keine bestehen und wir deswegen uns nicht ergänzend anschließen können, und zwar, was den Buchstaben a), b) und d) im Art. 5 betrifft. Denn ich beziehe mich schon auf diese und nicht nur auf die Hausfrauenrente, die jetzt gar nicht zur Debatte steht. Ich beziehe mich auf diese – wie ich gestern gesagt habe – Zulage "una tantum" usw., die verhältnismäßig kleinere, geringfügigere Maßnahmen betreffen und die bei Buchstabe a), b) und d) eben auch, weil sie nicht Sozialversicherung sondern soziale Fürsorge sind, in die Zuständigkeit der Provinz fallen.

(A questo proposito e avendo seguito tutta la discussione con le auricolari vorrei far notare che se si intendesse stralciare la parola "tutela" dall'emendamento originario della collega Berger, si tratterebbe di un emendamento. E come tale dovrebbe essere posto in votazione. Posso parlare dunque su questo emendamento?)

Bene, allora prenderò posizione sull'emendamento successivo. Io sono dell'avviso – e ho ripetutamente ribadito questa posizione – che l'obiettivo di questa legge e tutto ciò che è previsto dall'art. 31 della Costituzione, non abbia nulla a che fare con le assicurazioni sociali. Non si può asserire che con legge regionale, sulla base della nostra competenza integrativa in materia previdenziale, ora si introdurranno delle provvidenze, ma solo fino a quando lo Stato non sarà intervenuto con misure analoghe. Perché? Perché la Regione non possiede alcuna competenza per tutte quelle provvidenze che sono previste all'art. 31 della Costituzione.

A tal proposito vorrei rispondere alle critiche che mi sono state rivolte dalla cons. Franzelin, ovvero che nella passata legislatura è stata approvata una legge in materia di previdenza integrativa contenente provvidenze a favore dei superstiti di coltivatori diretti, mezzadri e coloni, ed io, in quell'occasione, non avrei avuto niente da ridire. Nel frattempo ho approfondito la questione e volevo risponderle. Ho qui la suddetta legge regionale che dice, tra l'altro, che la pensione indiretta o la pensione di reversibilità secondo l'art. 25 della Legge del 30 aprile 1969, n. 153 viene estesa al coniuge o, in sua mancanza, ai figli, ai sensi dell'art. 22 della Legge n. 903 del 25 giugno 1965, residenti nella Provincia di Trento o di Bolzano, anche qualora la persona registrata nella gestione speciale sia deceduta prima dell'entrata in vigore della suddetta legge n. 153 e se percepiva la pensione prima della decorrenza del 1 gennaio 1970. La legge contiene poi una serie di articoli che disciplinano vari altri aspetti. Comunque questa legge trova sicuramente riscontro nell'ambito delle assicurazioni sociali, poiché fa riferimento ad una legge nazionale già esistente. La Regione, in questo caso, ha solo esteso i benefici al coniuge o, in sua mancanza, ai figli ecc. Qui abbiamo chiaramente l'esempio di un intervento integrativo in una materia precedentemente disciplinata dallo Stato e per la quale erano già previsti dei contributi. Poi è stata approvata la legge n. 88 del 9 marzo 1989, in cui l'art. 37 stabilisce che all'INPS spetta la gestione degli interventi assistenziali e di sostegno alle gestioni previdenziali. C'è poi un secondo comma, il quale recita: "il finanziamento della gestione è assunta dallo Stato", e questo Perché l'INPS allora insistette che tutti gli oneri derivanti da prestazioni non rientranti direttamente nell'ambito delle assicurazioni sociali venissero assunti dallo Stato. E questo lo si è fatto con questa legge del 9 marzo 1989, n. 88, dove all'art. 25, che concerne appunto questa legge, la Regione ha apportato questa integrazione alla legge n. 153 del

30 aprile 1969. In quel contesto la materia non viene considerata come "assistenza", ma previdenza sociale. Mentre allo stesso art. 37 si assumono tutte le altre provvidenze: "Sono a carico della gestione – interventi assistenziali– tutti gli oneri relativi agli altri interventi a carico dello Stato previsti da disposizioni di legge." Mi sono interessato in merito e ho chiesto: ma allora la vecchia legge n. 153 del 30 aprile 1969, che aveva come oggetto la pensione sociale per le casalinghe, è compresa in questa gestione degli interventi assistenziali, che si accompagnano agli altri interventi in materia di assicurazioni sociali? Mi ha risposto il direttore generale dell'INPS con un commento di 20 pagine sul suddetto articolo 37. Egli ha affermato che questa legge sulla pensione sociale delle casalinghe è compresa e che lo Stato... E qui si asserisce le maggiori beneficiarie sono per l'appunto le casalinghe, pur non avendo questa legge portato i benefici auspicati... e che è stata compresa in questo articolo 37 sugli interventi assistenziali. Questo è quanto volevo puntualizzare.

Per questa ragione sono dell'avviso che tutto questo serva a ben poco. Perché in tal caso la Regione sarebbe legittimata a fare tutto ciò che vuole, a patto che rientri in qualche modo nelle assicurazioni sociali e la previdenza. Allora sarebbe autorizzata a dire: faccio questo, Perché lo Stato non vi ha ancora provveduto con adeguati interventi previdenziali e comprendo anche questa e quella categoria. In tale modo essa potrebbe fare di tutto ed affermare di essere il precursore della legislazione statale: per questo ora fa una vera e propria pensione per le casalinghe e fa rientrare nelle assicurazioni sociali tutto ciò che questo comporta. Infatti qui si dice: "Gli interventi previsti dalla presente legge sono attuati fino a quando con legge dello Stato non saranno stabilite analoghe provvidenze". Ma allora non si tratta più di competenza integrativa in materia di assicurazioni sociali. Perché altrimenti sarebbe una competenza esclusiva e non integrativa. Naturalmente si può fare qualcosa. Là dove lo Stato italiano non è ancora intervenuto, io posso introdurre delle misure di tipo assistenziale. Ma solo nel campo dell'assistenza e solo se tali disposizioni non contrastano con la Costituzione. Per questo io dico che in tal modo noi rinunciamo alle norme di attuazione approvate con DPR n. 616 del 24 luglio 1977, art. 22, estese anche da noi con l'art. 9 del DPR n. 526 del 19 novembre 1987 dove si specifica che per assistenza sociale si intendono tutte le attività che attengono al quadro della sicurezza sociale, alla predisposizione e derogazione di servizi gratuiti o al pagamento di prestazioni economiche sia in denaro che in natura a favore dei singoli o di gruppi, qualunque sia il titolo in base al quale sono individuati i destinatari anche quando si tratta di forme di assistenza a categorie determinate, escluso soltanto le funzioni relative alle prestazioni economiche di natura previdenziale. E questo non lo ho inventato io, ma è stato inserito nelle norme di attuazione a seguito di un chiarimento, nel corso del quale io mi adoperai Perché l'interpretazione relativa a questa attribuzione provinciale venisse intesa nel modo più ampio possibile. Dopo che noi avevamo ottenuto la competenza in materia di assistenza, queste competenze furono estese a tutte le Regioni italiane e naturalmente anche alle nostre Province. Per questo ritengo che dovremo esercitare veramente tale competenza senza mascherarla come "assicurazione sociale" solo Perché possa essere esercitata dalla Regione. Per quanto concerne la delega alla Regione e tutto il resto, poi c'è l'art. 2 che contraddice in pieno quanto previsto dall'art. 6 dello Statuto di autonomia e dalle relative norme di attuazione, per le quali mi sono battuto, anche Perché questa competenza venisse lasciata alla Regione. Perché se la competenza c'è, è anche giusto che venga esercitata ed ampliata. Ma su questo tornerò nella discussione sull'art. 2.

Per queste ragioni voto contro questa ultima proposta, ovvero che gli interventi previsti dalla presente legge siano attuati fino a quando con legge dello Stato non saranno stabilite analoghe provvidenze. Se la cosiddetta pensione per le casalinghe venisse introdotta con legge provinciale, allora questo sarebbe corretto, Perché la Provincia ha effettivamente competenza in questa materia. Se poi lo Stato estendesse su tutto il territorio... (interruzione). No, non è vero che qui si estende la competenza e che la legge del 1963... Tu mi ascolti, ma non capisci che la legge del 1963 introduceva la pensione sociale... Invece io dico che delle 5 provvidenze previste all'art. 5, tre

non hanno nulla a che vedere con la competenza integrativa in materia di assicurazioni sociali, poiché non ci sono nè principi, nè disposizioni relative nella legislazione nazionale sulle assicurazioni sociali e per questo noi non possiamo ricorrere alla nostra competenza integrativa, per quanto concerne la lettera a), b) e d) dell'art. 5. Infatti io mi riferisco a queste provvidenze e non solo alla pensione per le casalinghe, che è ora in discussione. Mi riferisco a questo aiuto "una tantum" che riguarda piccole provvidenze e affermo che la competenza per le lettere a), b) e d) spetta alla Provincia, essendo "assistenza sociale" e non "assicurazione sociale".)

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: La parola ai cons. Rella sull'emendamento.

RELLA: Grazie, signor Presidente, ma intendevo intervenire sull'emendamento della cons. Berger, mentre il successivo sarà illustrato dalla collega Chiodi e quindi non intervengo ora, intendo farlo più tardi, eventualmente anche su questo, ma in particolare sull'emendamento Berger. Grazie.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Chiodi.

CHIODI: Intervengo per spiegare come era nato questo emendamento. Alcuni colleghi che erano presenti nella passata legislatura si ricorderanno che per molto tempo il Consiglio provinciale di Trento, mi sembra, avesse discusso sull'intervento dell'assegno di maternità in favore delle coltivatrici dirette e che era stata una norma portata avanti a livello nazionale e che tutto si era fermato.

Allora anche nella mia relazione di minoranza avevo scritto che a questo proposito va ricordato, facendo un passo indietro, che già nella finanziaria del 1991 era stato approvato un emendamento che prevedeva e parlava dell'estensione dell'indennità di maternità a tutte le donne, indipendentemente dalla collocazione lavorativa, incluse le casalinghe, le studentesse e le immigrate. Allora proprio riferendomi a questo discorso dell'assegno di maternità ho pensato di fare un emendamento di questo tipo, perché adesso la legislatura più o meno è finita, però stavo guardando, per esempio, quante leggi, un po' di tutti i partiti, che riguardano norme che interessavano una parte dei discorsi che stiamo svolgendo, dal 1988 in poi, sono venute avanti a livello nazionale una serie di interventi, che vedevano interessati quasi tutti i partiti, che vanno dalla tutela della maternità, norme a favore del lavoro casalingo, un altro del 1987 parla di assistenza previdenziale alle casalinghe; vi è il discorso che riguarda l'indennità di maternità, di congedi, la tutela dell'attività lavorativa delle casalinghe, insomma sono 25 queste proposte che più o meno sono rimaste lettera morta. Allora mi sembrerebbe più completo un disegno di legge in cui perlomeno si mettano alcuni punti chiari, nel senso che se queste normative nazionali vengono avanti, credo che sarebbe giusto fermare questi interventi e magari optarli in un'altra direzione.

Anche nella finanziaria del 1992, quella che è stata votata prima dello scioglimento delle Camere, vi sono stati interventi svolti in maniera trasversale dalle donne presenti nelle istituzioni a favore delle donne, ed i finanziamenti richiesti riguardavano i congedi parentali, le indennità di maternità per tutte le donne, casalinghe, studentesse ed inoccupate, in quanto vi erano molte leggi in avanzata discussione che riguardavano queste tematiche. Ora è vero che tutto si è fermato, però credo che questo tipo di legge verrà avanti quanto prima ed era questo il senso dell'emendamento in esame. Sentendo poi l'intervento del cons. Benedikter,

forse non si è capito lo spirito, però la proposta era rivolta in questa direzione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Taverna.

TAVERNA: Signor Presidente, ci stiamo sempre più impaludando in un dibattito che vede purtroppo gli oratori intervenire a scavalco tra emendamenti presentati, ritirati, modificati ed emendati.

Abbiamo oltre tutto, signor Presidente, ascoltato ben volentieri anche l'intervento del collega Benedikter, il quale ci ha ampiamente illustrato la sua opinione sull'art. 1, evidentemente anche sotto questo profilo questo impaludamento, nel quale il dibattito purtroppo si sta incanalando, ci mette nella condizione di affrontare questo disegno di legge in modo sempre più farraginoso, confuso e contorto.

Allora, saltando da un emendamento all'altro, io che mi ero iscritto prima per parlare sull'emendamento della cons. Berger mi trovo invece a questo punto, avendo preso la parola, a parlare sull'emendamento della collega Chiodi, comunque il prodotto non cambia, signor Presidente, se cambiano i fattori il prodotto non cambia, perché tanto per quanto riguarda l'emendamento Berger e per quanto concerne l'emendamento Chiodi, ritengo di dover motivare il nostro secco no ad entrambi gli emendamenti.

Visto che ho la parola sull'emendamento Chiodi, cercherò di motivare il perché il M.S.I. è contro tale emendamento a firma dei cons. Chiodi, Rella ed altri: innanzitutto siamo contrari a questo emendamento per questioni tecnico-giuridico e la dimensione di questa contrarietà dipende ovviamente dal testo dell'emendamento medesimo: "gli interventi disciplinati dalla presente legge a carico del bilancio regionale vengono disposti fino a quando lo Stato non disporrà provvidenze equiparabili". Già qui ci troviamo nella condizione di dover sostenere con decisione la nostra contrarietà in rapporto a quello che in sostanza è stata la materia del contendere sulla quale ripetutamente i consiglieri del M.S.I. sono intervenuti, e cioè sulla necessità di fare pulizia per una questione di ordine politico e di tecnica legislativa del testo medesimo e soprattutto riproporre una formulazione legislativa che tenesse conto di una realtà di fronte alla quale il legislatore regionale non può che attenersi, responsabilmente e di conseguenza non può che rifiutare in termini perentori l'emendamento proposto.

Innanzitutto l'emendamento viene a coprire l'art. 1 aggiungendo ad esso un nuovo comma, generalmente la tecnica legislativa imporrebbe che l'emendamento di cui alla firma della collega Chiodi intendesse determinare uno status di provvisorietà alla legge, che è direttamente proporzionale e conseguente alla possibilità che lo Stato intervenga e disciplini la materia in termini generali, allora la tecnica legislativa impone senz'altro che questo secondo comma dovesse precedere ovviamente il primo e cioè l'articolo medesimo, mentre in realtà andiamo a votare un emendamento che sarebbe orientato a considerare come provvisorio e non definitivo quanto viene poi disposto dall'intero disegno di legge n. 68.

Questo modo di procedere, come dicevo prima, non è conforme alla tecnica legislativa e, signor Presidente, rispondendo ad una osservazione della Presidenza di qualche minuto fa, intendo ribadire che la mia caduta del tono di voce non dipende dal fatto che mi sia scoperto improvvisamente un urlatore, anche se in questi giorni verrà consumato il rito del festival di Sanremo, il fatto che il tono della mia voce è caduto dipende esclusivamente da questioni fisiche e cioè da una banalissima malattia dovuta a raffreddamento.

Tornando allora alla ragione ed alla materia del contendere, l'emendamento avrebbe dovuto precedere l'articolo, e quindi nell'eventualità di una sua approvazione, si sarebbe dovuto mettere in discussione tutto l'art. 1. Non solo, ma quando si viene a proporre, così come è stato proposto l'emendamento, e la proposizione dell'emendamento, signor

Presidente, ci mette nella condizione di dover sì a questo proposito fare espresso riferimento alla necessità di una salvaguardia linguistica, ovviamente a questo proposito della lingua italiana, in quanto non è possibile ritenere che l'emendamento, così come è stato formulato, possa rappresentare il meglio, sia sotto il profilo linguistico che della tecnica legislativa, di quanto una norma giuridica dovrebbe determinare.

Al di là di queste considerazioni che potrebbero apparire di secondaria importanza o di dettaglio, importante è invece la relazione che l'emendamento ci pone rispetto al già citato primo comma dell'art. 1, in questo momento trattasi esclusivamente dell'art. 1, dovrebbe diventare primo comma nell'ipotesi in cui l'emendamento, che prevede la modificazione dell'articolo e quindi è sostanzialmente aggiuntivo, imporrebbe allora una lettura ed organizzazione dell'art. 1 basata su due commi.

Quando si viene a ragionare in termini politici e giuridici sulla necessità, e noi del M.S.I. lo abbiamo ripetutamente affermato, che ovviamente avrebbe dovuto considerare come necessario, al fine della determinazione giuridico-formale dell'articolo medesimo, non già il richiamo dell'art. 31 della Costituzione — sarebbe opportuno a questo punto ricordare ai colleghi come su questa materia soprattutto l'opposizione di sinistra ha cercato di evidenziare la contraddizione più o meno apparente tra il contenuto dell'art. 6 dello Statuto di autonomia ed il contenuto dell'art. 31 della carta costituzionale —, richiamo contestato soprattutto dalle opposizioni di sinistra, ponendo la questione terminologica della provvidenza. Numerosi interventi del collega Benedikter a questo proposito sono emblematici, anche se per la verità il sottoscritto, a nome del M.S.I., non ritiene che il contenuto degli interventi del collega Benedikter possano trovare piena approvazione, anzi possono trovare esclusiva disapprovazione per motivi di ordine politico e concettuale in relazione alle sue argomentazioni.

Tornando sull'argomento e sull'emendamento proposto dal gruppo del P.D.S., non possiamo non considerare come contraddittorio in rispetto a tutto il dibattito che fino adesso si è andato a delineare in ragione alla terminologia ed al significato formale e sostanziale del termine "provvidenza", considerando che tale termine è associato, così come l'opposizione di sinistra ha voluto ripetutamente sottolineare, al concetto di assistenza e quindi sotto questo profilo la formulazione tecnico-giuridica dell'art. 1 con riferimento quindi all'art. 31 della Costituzione non può che essere censurabile, ma se così è e se così malgrado anche la disponibilità espressa sull'emendamento del cons. Duca da parte della Giunta a mezzo dell'assessore competente circa l'accoglimento della soppressione del riferimento all'art. 31, anche per questo motivo si ripresenta e quindi si ripete quel tipo di ragionamento che era stato anche in quell'occasione manifestamente introdotto, sviluppato, considerato ed analizzato dagli interventi dei consiglieri del M.S.I.

Allora, andando brevemente alla conclusione di questo intervento, non posso che ribadire come, per ragioni di tecnica legislativa, l'emendamento aggiuntivo dovrebbe a questo proposito essere la premessa dell'intero art. 1 ed allora si dovrebbe, secondo una formulazione migliore sul piano del risultato della tecnica legislativa, organizzare l'art. 1 in questo modo: "in attesa che lo Stato intervenga nelle materie di cui... eccetera", ritenendo che proprio in analogia ed in considerazione dell'emendamento a firma della cons. Berger, sul quale riterremo di dover successivamente intervenire dimostrando, come tale emendamento possa costituire un grave errore e determinare anche sotto il profilo formale e sostanziale una palese marcia indietro rispetto ad una definizione ed alla necessità di dover sottolineare come, ad esempio, la tutela del lavoro casalingo debba essere considerata elemento principale, caratteristico e caratterizzante il disegno di legge medesimo ed allora a questo proposito dal combinato disposto della presentazione degli emendamenti Marzari, Chiodi e Rella da una parte e dell'emendamento Berger ed altri dall'altra, l'art. 1 risulterebbe vieppiù faragginoso, confuso

e disarticolato rispetto alla formulazione che fino a questo momento risulta essere l'unica oggetto di discussione.

Allora anche sotto questo profilo riteniamo di dover insistere sulla necessità che il riferimento temporale della durata della legge, e quindi il riferimento della precarietà e della provvisorietà della legge in relazione al possibile intervento legislativo operato dallo Stato, proprio questo elemento di precarietà e di provvisorietà ci induce a ritenere che l'emendamento aggiuntivo sarebbe dovuto essere la premessa all'articolo medesimo. In sostanza l'articolo avrebbe dovuto avere la seguente configurazione: "In attesa che lo Stato intervenga a disciplinare la materia — eccetera — in attuazione dell'art. 6 del decreto del Presidente della Repubblica — eccetera — la Regione integra la normativa previdenziale statale istituendo forme di previdenza in materia di protezione dei lavoratori — eccetera — nei casi di infortunio, malattia, invalidità, vecchiaia e disoccupazione volontaria, maternità e tutela del lavoro casalingo." Poiché per buona parte di questi istituti esistono già norme specificatamente elaborate e promulgate da parte dello Stato e poiché, per la verità, l'unico momento di scopertura di una fattispecie riconosciuta e indicata dall'art. 1 del disegno di legge n. 68, che è costituita dalla tutela del lavoro casalingo, che in alcuna altra parte del momento legislativo nazionale viene né esaminata, né è oggetto di tutela, quindi ci troviamo anche sotto questo profilo in una palese contraddizione, perché se è vero come è vero che esistono istituti giuridici diretti alla tutela del lavoro, sia esso autonomo o dipendente, ed a questo proposito non possiamo non fare riferimento, ad esempio, a tutti i richiami di carattere costituzionale che la carta costituzionale ha espressamente evidenziato a partire dall'art. 1, laddove si viene ad affermare il principio secondo il quale l'Italia è una Repubblica democratica fondata sul lavoro ed inoltre abbiamo la possibilità di rivedere e di riconoscere in una innumerevole serie di principi costituzionali previsti e disciplinati nel titolo III della carta costituzionale in relazione ai "Rapporti economici", andiamo ad identificare, ad esempio, al primo comma dell'art. 35 come la Repubblica tutela il lavoro in tutte le sue forme ed applicazioni. Non solo, ma al terzo comma dell'art. 35 della carta costituzionale andiamo ad individuare un'altra grossa realtà dell'ordinamento costituzionale, laddove ancora una volta si viene a ribadire il principio secondo il quale il lavoro è degno e meritevole di tutela. Anche all'art. 36 ed all'art. 37, soprattutto, si evince in maniera inequivocabile come la carta costituzionale ribadisca a più riprese il concetto che ho cercato di esprimere nel corso del presente intervento.

Allora quando abbiamo con sufficiente argomentazione dimostrato, come l'emendamento a firma Chiodi ed altri sia diretto a recepire nella norma con il requisito di precarietà e provvisorietà, di cui si tiene conto in relazione, sicché in presenza di norme di emanazione statale che fossero simili o omogenee alle norme contenute nel corso e nel testo del disegno di legge n. 68, queste norme perderebbero di significato giuridico e quindi sarebbero superate dalle norme di carattere statale e quindi dalle norme che gerarchicamente sono superiori rispetto alle norme di un ente, quale la Regione Trentino—Alto Adige, che pure essendo dotata di autonomia speciale, dobbiamo ancora una volta ribadire — e noi del M.S.I. amiamo ribadire questo concetto — che ovviamente gli istituti giuridici della Regione Trentino—Alto Adige, anche se dotata di autonomia speciale, debbono essere in linea, omogenei, non in contraddizione con gli istituti giuridici operati dallo Stato.

A questo riguardo, se per la ventura dovessimo sostenere e votare l'emendamento Chiodi ed altri, arriveremmo addirittura ad una formulazione di cui l'art. 1, già gravemente carente per le motivazioni che ci siamo sforzati di riconoscere e portare alla vostra attenzione, arriverebbe aggravato ed appesantito da un ulteriore elemento di confusione, precarietà e provvisorietà, le quali oltre tutto sarebbero ancor più rafforzati da una considerazione elementare, e cioè quella di cui mi sono prima occupato, seppur in breve tempo,

circa la necessità di non operare modificazioni testuali senza che il Consiglio fosse opportunamente chiamato ad esprimere il proprio parere ed il proprio voto; è pur vero, e di questo ne prendo atto con soddisfazione, che anche l'opposizione di sinistra ha modificato alla luce della modifica all'emendamento originario della collega Berger una impostazione sulla quale noi del M.S.I. ed anche altre forze politiche si trovano e si trovavano in netta contrapposizione, perché ad esempio, l'emendamento che andremo a discutere, che non può essere però dissociato dall'emendamento di cui in questo momento discutiamo, vale a dire che l'emendamento Chiodi, Berger ed altri, laddove è stato corretto e riformulato in relazione al fatto che la soppressione deve intendersi esclusivamente al termine "tutela" e non già alla locuzione "tutela del lavoro casalingo", noi abbiamo a questo proposito constatato con soddisfazione che l'opposizione di sinistra sotto questo profilo ha abbandonato una posizione pregiudiziale, che era direttamente collegata alla necessità di non dover riconoscere come lavoro il lavoro casalingo o domestico, ritendo l'opposizione di sinistra, o quanto meno l'opposizione radicale e del gruppo Verde-Arcobaleno, perché bisogna riconoscere maternità alla collega Berger circa l'emendamento presentato, riformulato, riaggiustato e riconsiderato laddove quell'emendamento viene sostanzialmente a riconoscere significato ed valore giuridico in rapporto ai precetti costituzionali che il lavoro deve essere comunque difeso in tutte le sue manifestazioni; e se così è - e credo così debba essere inteso e tutelato -, il lavoro, visto e considerato alla luce dei precetti di ordine costituzionale, non può che riguardare anche il lavoro sviluppato in tutte le sue manifestazioni, compreso anche il lavoro casalingo e domestico. Ma se ciò è il disegno che non riesco in questo momento a comprendere appieno, se questo disegno e questo cambiamento di indirizzo con il quale la collega Berger ha ritenuto di dover accedere soltanto ad una modifica lessicale o letterale del proprio emendamento, viene a determinare una contraddizione di fondo, in quanto noi, allora, nella considerazione con la quale l'art. 1, nell'ipotesi di un accoglimento dell'emendamento Chiodi ed altri e dell'emendamento Berger ed altri, ci troveremo in una situazione di palese contraddizione, che non è soltanto politica, ma anche giuridica e di tecnica legislativa, perché andremo a dichiarare da un lato che qualora lo Stato dovesse intervenire in materie che riguardino la presente legge, le norme contenute in essa dovrebbero essere considerate caduche ed allora a questo punto riteniamo che l'elemento della confusione, della precarietà e della provvisorietà sia una mina vagante rispetto a questa legge, tenuto conto inoltre dell'ulteriore emendamento a firma Berger noi verremmo a considerare in termini meramente di protezione il lavoro casalingo, mentre invece vogliamo che ci sia una formulazione tale, così come è espressa categoricamente dagli articoli della Costituzione, laddove agli artt. 1, 35, 36 e 37 ribadisce il concetto che non già si tratta di protezione del lavoro, ma di tutela di lavoro, concetto che sul piano giuridico, etico e politico ha un valore e un significato ben superiore al concetto di protezione, concetto che rimarrebbe unicamente in piedi, e di fronte al concetto della protezione mi verrebbe spontaneo assimilare al significato del termine non già una protezione di carattere giuridico, etico o politico, ma una protezione di qualsivoglia motivo, come ad esempio potrebbe essere l'ombrello, strumento di protezione dalla pioggia, il cappotto o la giacca strumenti di protezione dal freddo.

Questi concetti, onorevole signor Presidente e cari colleghi, devono essere ben presenti nel dibattito che stiamo affrontando, ma è evidente che tali concetti che hanno una pregnanza giuridica, a parere del M.S.I., non di secondaria, signor Presidente, ma di primaria importanza, questi concetti sono sviliti purtroppo da una situazione di assoluto marasma di impaludamento nel quale questo dibattito purtroppo si è trovato e di fronte a questa situazione di confusione è difficile poter sostenere anche nel merito emendamenti che sotto questo profilo sono da respingere e rigettare, in quanto sono addirittura aggravanti rispetto...

(Interruzione)

TAVERNA: ...rispetto ad una confusa formulazione e quindi anche per questa ragione il M.S.I. sull'emendamento Chiodi, Rella ed altri non può che esprimere un voto di totale dissenso.

(Präsident Peterlini übernimmt wieder den Vorsitz)
(Riassume la Presidenza il Presidente Peterlini)

PRÄSIDENT: Danke!

...Wozu, Abg. Brugger? Sull'ordine dei lavori Lei ha precedenza.
Bitte, Abg. Brugger.

PRESIDENTE: Grazie!

...Su che cosa, cons. Brugger? Sull'ordine dei lavori Lei ha la precedenza.

BRUGGER: Herr Präsident! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte Sie im Namen der Südtiroler Volkspartei aber auch der DC und des PSI ersuchen, die Arbeiten jetzt zu unterbrechen, um, wie ich bereits schriftlich beantragt habe, die Sitzung der Fraktionssprecher auch in ihrer Eigenschaft als Kommission für die Änderung der Geschäftsordnung einzuberufen. Ich möchte dies noch mit einem Satz insofern begründen, als ich glaube, daß wir in dieser Art und Weise uns sehr schwer tun, die ordentliche Arbeit des Regionalrates zu erfüllen und wir deswegen nach Möglichkeiten suchen müssen, um hier die Arbeiten effizienter gestalten zu können. Das ist der Antrag, den ich an Sie in Ihrer Eigenschaft als Präsident richte.

(Illustrissimo signor Presidente, colleghe e colleghi! A nome della SV-P ma anche della DC e del PSI vorrei chiedere una sospensione dei lavori per convocare, come ho già avuto modo di fare per iscritto, la conferenza dei capigruppo anche nella sua qualità di Commissione per le modifiche al Regolamento. E la motivazione, per quanto breve, è la seguente: credo che in questo modo sarà molto difficile svolgere i lavori ordinari del Consiglio regionale e quindi dobbiamo cercare una via per poter snellire l'attività del Consiglio. Questa è la richiesta che rivolgo a Lei, nella Sua funzione di Presidente del Consiglio.)

PRESIDENTE: ...Un attimo, signora Berger. C'era prima il cons. Taverna sull'ordine dei lavori.

TAVERNA: Signor Presidente, a nome del gruppo del M.S.I. esprimo il netto dissenso rispetto alla tattica ostruzionistica e strumentale che il collega Brugger intende attuare con la sospensione dei lavori ed spiego brevemente, perché trattasi di una tattica strumentale, ostruzionistica e dilatoria: questa maggioranza non è nella condizione in alcun modo di portare a casa questo disegno di legge. Questa maggioranza ha dimostrato ieri ripetutamente di essere frantumata al proprio interno, di non garantire nemmeno la presenza del numero di consiglieri sufficiente per acquisire il numero legale. Evidentemente alla non scopertissima operazione che si tenta di fare, cioè di cambiare le regole del gioco mentre si sta giocando, le assicuro, signor Presidente, dichiarandomi contrario a qualsiasi sospensione, anzi il M.S.I. è a favore, affinché questa legge venga discussa senza alcuna interruzione, semmai è la Giunta, signor Presidente, cioè la maggioranza a fare votare questa legge, per cui abbiate il coraggio morale, fisico e politico di stare in aula e di tenere convocato giorno e notte questo Consiglio, fin tanto che questo Consiglio non approvi la legge. Questo è un atteggiamento di serietà e di coerenza, non è sicuramente un atteggiamento serio quello di sospendere i lavori del Consiglio per modificare e

per truccare le regole del gioco. Se avremo di fronte un tentativo di modificare il Regolamento, allora, signor Presidente, conoscerà il vero significato dell'ostruzionismo.

PRÄSIDENT: Danke!

Frau Berger, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Grazie.

Prego signora Berger, ha la parola.

BERGER: Signor Presidente, mi faccio carico di appellarmi alla sua responsabilità di garante di questo Consiglio, perché ci chiarisca esattamente l'oggetto della richiesta del collega Brugger.

Credo che vadano volutamente e doverosamente separate le motivazioni della sospensione. Ci troviamo – è evidente – per una difficoltà all'interno della maggioranza in un impasse della discussione. Questa non riguarda le minoranze, che hanno partecipato a tutte le richieste di incontro, senza vedersi peraltro avanzare nessuna proposta.

Allora ritengo di poter condividere la proposta del collega Brugger che dice di sospendere i lavori dell'aula e convocare la Conferenza dei capigruppo, perché questo attiene al confronto democratico.

Ritengo però che non possa in alcun caso essere consentito che questa sospensione faccia coincidere la Conferenza dei capigruppo che deve affrontare il problema della difficoltà di procedere con la Conferenza dei gruppi che coincide con la Commissione per il Regolamento, perché giustamente, come ha sottolineato il collega Taverna, sarebbe un atto assolutamente inaccettabile di prevaricazione e di arroganza, tentare in maniera spudorata di cambiare le regole a partita iniziata, quindi, signor Presidente, ripropongo la mia domanda: lei deve dire chiaramente all'aula per quale motivo viene richiesta la sospensione e qual è l'oggetto della convocazione.

PRÄSIDENT: Frau Abg. Berger, ich kann nur wiederholen, was ich selber gehört habe. Der Abg. Brugger hat eine Unterbrechung der Sitzung beantragt und die Einberufung der Fraktionssprecher auch in ihrer Eigenschaft als Geschäftsordnungskommission. Das habe ich gehört. Darüberhinaus müssen Sie natürlicherweise den Dr. Brugger fragen, was er damit beabsichtigt.

...Abg. Rella, zur Geschäftsordnung oder wozu? Weiß ich möchte dann meinen Standpunkt zu dieser Geschichte schon sagen.

Zur Geschäftsordnung, prego.

PRESIDENTE: Signora Berger, posso solo ripeterle quello che ho sentito. Il cons. Brugger ha chiesto una sospensione della seduta per convocare la conferenza dei capigruppo nella sua qualità di Commissione per il Regolamento. Questo è quanto ho sentito. Ovviamente Lei dovrà chiedere al dott. Brugger che cosa intende proporre in questa Commissione.

...Cons. Rella, sul Regolamento o su cos'altro chiede di intervenire? Perché anch'io vorrei esprimere la mia opinione su questo punto.

RELLA: Signor Presidente, anch'io sarei interessato a sentire quella che lei considera una sua interpretazione della questione, comunque ritengo di dover fare presente che abbiamo bisogno di lavorare tra persone serie e siccome vi sono stati contatti nella giornata di ieri ed in quella odierna relativamente alla procedura che riguarda questo disegno di legge, di cui stiamo discutendo, ed altri relativi alla stessa materia, ritenevo che ci fosse un'iniziativa della

maggioranza relativa a questo problema, mi pare pacifico che una scelta come quella fatta paventare dal collega Brugger sia suicida, politicamente ed istituzionalmente sbagliata, non solo per queste leggi, ma per il funzionamento del Consiglio regionale in questa legislatura.

Chiedo scusa ai colleghi, se per favore...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Prego prendere posto e fare silenzio.

RELLA: E' una considerazione grave, signor Presidente, quella che vado facendo. Credo che sia una proposta sbagliata politicamente ed istituzionalmente e che proponga una prospettiva suicida per il Consiglio regionale e per la legislatura e dunque, ripeto ancora, se stiamo lavorando tra persone serie, allora ci attendiamo risposta alle varie cose che sono maturate nelle giornate di ieri e di stamane...

(Interruzione)

RELLA: ...E questa è la cosa più naturale, perché stiamo trattando di una legge, se invece si intende ragionare su questo problema sotto una sorta di minaccia, è pacifico che non passerà né la modifica del Regolamento né nessun altro atto, questo mi pare pacifico, credo che non succeda da nessuna parte in Italia, in nessuna istituzione, un processo come quello che qui viene fatto paventare. Attendevamo una risposta alle cose che ci sono state in parte sottovoce prospettate stamane da persone autorevoli della maggioranza ed anche nella giornata di ieri, tendiamo a questo, mi pare ovvio, per trovare uno sbocco positivo, se invece l'azione intende essere di tipo minatorio nei confronti dell'aula, mi pare ovvio che lo sbocco non potrà essere né positivo per la società del Trentino-Alto Adige, né per il Consiglio regionale, né per queste leggi, né per la legislatura; per cui, signor Presidente, auspicando che lei voglia distinguersi dalle procedure e dai sistemi del Presidente Cossiga, che a seconda del suo gradimento per una legge o per l'altra si comporta in modo arbitrario rispetto alle procedure corrette, lei voglia comprendere la pesantezza e la gravità del rischio che si va ad affrontare, per cui credo che, se interruzione deve esserci della seduta inerente la discussione sulle modalità ottimali per risolvere il problema di cui stiamo discutendo, allora bene, se invece si intende bloccare questa, la legge sui Comuni, le varie leggi che stanno attendendo ed arrivare a fare braccio di ferro del tutto inutile con una posizione, che rischia di essere ottusamente rigida rispetto al problema dinamico di cui stiamo discutendo, credo che lei, signor Presidente, debba farsi interprete e preoccuparsi di questo problema.

Se c'è da fare un'interruzione va fatta sul merito della questione, non per introdurre, mi pare di aver capito in modo inequivocabile dalla proposta del cons. Brugger, una soluzione relativa allo snellimento delle procedure del Consiglio regionale, siccome siamo tutti adulti, tutti sappiamo che si tratta di una proposta di modifica del Regolamento. Davvero non è questa la strada sulla quale si può andare, quindi auspico che ci sia saggezza, serietà, senso del problema, della portata della questione e si faccia una sospensione inerente il merito del problema, come del resto Durnwalder ed altri stamane ritenevano necessario.

PRÄSIDENT: Zum Fortgang der Arbeiten, bitte Abg. Meraner.

PRESIDENTE: Prego, cons. Meraner, sull'ordine dei lavori.

MERANER: Herr Präsident! Primo vorrei riferirmi al collega Ferretti e dirgli che bisognerebbe ancora accertare se e dove si trovano gli ignoranti.

Zum Fortgang der Arbeiten. Ich glaube, daß es uns alles sehr traurig stimmen müßte, so etwas zu hören, wie wir es heute aus dem Munde – ich möchte fast nicht mehr sagen Kollegen Brugger, ich sage des Abg. Brugger – gehört haben, leider noch Abgeordneten. Solche Entscheidungen, meine Damen und Herren, sind im demokratischen Europa zuletzt im braunen Haus in Berlin gefällt worden und wir sollen sie nicht in den brauen Kasten nach Bozen verlagern. Das soll sich der Abgeordnete, noch Abgeordnete Brugger einmal gut merken. Mehr möchte ich eigentlich nicht dazu sagen.

(Signor Presidente! Primo vorrei riferirmi al collega Ferretti e dirgli che bisognerebbe ancora accertare se e dove si trovano gli ignoranti.

Sull'ordine dei lavori. Credo che tutti noi dovremmo rammaricarci per aver sentito le parole, stento quasi a definirlo collega, ma purtroppo è ancora Consigliere, del cons. Brugger. Nell'Europa democratica questo tipo di decisioni, signore e signori, sono state prese per l'ultima volta a Berlino, sotto il nazismo, e noi non dobbiamo trasferirle qui a Bolzano. Il cons. Brugger, che è ancora consigliere, dovrebbe tenerlo ben presente. Non intendo dire altro a questo riguardo.)

PRÄSIDENT: Kollegen, bitte in der Wortwahl nicht so ausfallend werden. Es ist nicht notwendig.

Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen mehr zur Geschäftsordnung.

Ich bitte jetzt mit Aufmerksamkeit zu verfolgen: Wir haben einen Antrag auf Unterbrechung der Sitzung und Einberufung der Fraktionssprecher seitens des Kollegen Brugger gehört. Ich habe dazu jetzt verschiedene Stellungnahmen gehört, die sich darauf beziehen, daß Sie dagegen wären, die Geschäftsordnung zu ändern. Ich möchte nicht und es liegt nicht in meiner Kompetenz, darüber einzugehen, was der Kollege Brugger den Fraktionssprechern vorlegen möchte. Nur ist es so, daß grundsätzlich eigentlich bisher, ob es die Mehrheit oder die Minderheit war, jedem Ersuchen um Einberufung der Fraktionsführer stattgegeben worden ist. Ich habe aber auch – seitens des Kollegen Taverna – gehört, daß man in dieser Form nicht einverstanden wäre, jetzt mitten in der Debatte zu unterbrechen usw.

Ich würde folgenden Kompromiß vorschlagen: Was die Fraktionsführer anbelangt: Es ist immer gut, wenn wir uns zusammensetzen, weil es notwendig ist, auch über den Fortgang der Arbeiten wirklich zu reden. Ich glaube, daß es für alle sehr peinlich und langsam unerträglich wird, in dieser Form zu arbeiten. Ich glaube, daß es gut ist, daß wir miteinander reden, aber um nicht jetzt eine Session hier vorzunehmen, würde ich sagen, wir arbeiten weiter bis ca. 17.00–17.30 Uhr, und unterbrechen dann – wir hätten sowieso einen Break gemacht – bis 19.30 Uhr. Da kann man sowohl essen oder vorher die Fraktionssprechersitzung abhalten, und wir hätten die Möglichkeit, in Ruhe zu reden. Jeder bringt dann seine Vorschläge und jeder kann auch seine Meinung sagen. Ich glaube, dieser Weg müßte gehen. Ich habe auch gefragt, ob der Einbringer einverstanden ist und mir schien, dies beim Kollegen Brugger der Fall zu sein.

Bitte, Kollege Ferretti.

PRESIDENTE: Colleghi, per cortesia non usate parole così ingiuriose, non è necessario.

Non vedo nessun altro che voglia chiedere la parola sul Regolamento.

Devo dare una comunicazione e quindi Vi prego di prestare un'attimo di attenzione. Il collega Brugger ha chiesto di sospendere la seduta per convocare la conferenza dei capigruppo. Ho sentito che molti sono contrari alla modifica del Regolamento. Non intendo e non sta a me, non avendone la competenza, entrare nel merito di quanto il collega Brugger vuole

proporre al capigruppo. Ma fino ad oggi, in sostanza sono sempre state accolte le richieste di convocazione della conferenza dei capigruppo, presentare sia dalla maggioranza che dalla minoranza. Ho anche sentito che il collega Taverna che non è d'accordo con questa interruzione nel pieno dei lavori.

A questo punto proporrei un compromesso: Per quanto concerne i capigruppo: il fatto che noi ci riuniamo è un elemento positivo, in quanto è effettivamente opportuno discutere sull'ordine dei lavori. Infatti sono dell'avviso che per come si stanno svolgendo, lentamente stiano diventando penosi e insopportabili per tutti noi. Credo che sia un elemento positivo discuterne, ma per evitare di dedicarvi un'intera sessione, proporrei di lavorare ancora fino alle ore 17.00 – 17.30, poi sospendiamo – cosa che avremmo comunque fatto – fino alle ore 19.30 – e in questa pausa potete mangiare oppure convocare prima la conferenza dei capigruppo. Così avremmo modo di parlare con calma, tutti possono formulare le loro proposte e tutti possono dire la loro. Credo che così potrebbe andare. Ho anche chiesto se il proponente fosse d'accordo, e mi pare che il collega Brugger lo sia.

Prego, collega Ferretti.

FERRETTI: Sono d'accordo con la sua proposta, però potrebbe accadere, signor Presidente, che stanti i comportamenti delle parti politiche, questo Consiglio non possa lavorare nel pomeriggio o addirittura questa mattina compiutamente, perché qui c'è chi è assente, parla ed è presente, ci sono degli andamenti alterni. Allora chiederei che lei precisasse solo questo: mi va bene che ci si riunisca alle ore 17.30, ma nel caso in cui la seduta venisse sospesa, per rispetto del Regolamento, si potrebbe contemporaneamente tenere immediatamente dopo la Conferenza dei capigruppo, perché se la riunione dovesse venire sospesa per un'ora è forse utile, nel caso questo accadesse, ma mi auguro che non accada e che si possa lavorare fino alle ore 17.30, ma se accadesse che alle ore 14.30, o alle 15.30 o alle 16.00 si sia costretti a sospendere i lavori, convochi fin d'ora la riunione dei capigruppo immediatamente dopo l'eventuale interruzione dovuta al rispetto del Regolamento.

PRÄSIDENT: Ich glaube, das ist schon ein vernünftiger Vorschlag, wenn man sagt: Grundsätzlich ist für 17.30 Uhr die Sitzung einberufen. Sollte aber der Fall eintreten, was ich nicht hoffe, daß im Laufe des Nachmittags die Beschlußfähigkeit nicht gegeben ist, dann wäre das Fraktionssprecherkollegium unmittelbar einberufen. Aber ich würde doch bitten, diesen Tatbestand möglichst zu vermeiden.

Dann setzen wir jetzt die Arbeiten fort und halten fest, daß die Fraktionssprechersitzung um 17.30 Uhr gemacht wird. Im Falle einer Unterbrechung der Arbeiten auch früher. Aber der Stundenplan bleibt aufrecht. Wir unterbrechen um 17.30 Uhr und wenn es keine anderen Vorschläge gibt, dann setzen wir die Arbeiten um 19.30 Uhr fort. Ich wiederhole zum dritten Mal: von 14.30 Uhr bis 17.30 Uhr, dann um 17.30 ist Fraktionssprechersitzung und dann geht es weiter von 19.30 Uhr bis 1.00 Uhr.

Ich sehe jetzt die Wortmeldungen von den Abg. Morandini und Meraner.

Assessor Morandini hat das Wort.

PRESIDENTE: Credo sia una proposta ragionevole dire: in linea generale è convocata per le 17.30. Ma se nel corso del pomeriggio dovesse mancare il numero legale – cosa che mi auguro non si verifichi – allora la conferenza dei capigruppo verrebbe convocata immediatamente. Ma comunque vi pregherei di evitare il verificarsi di questa evenienza.

Proseguiamo con i lavori. E' stabilito che la conferenza dei capigruppo è convocata alle ore 17.30 e in caso di sospensione dei lavori anche prima. L'orario previsto

rimane inalterato. Sospendiamo i lavori alle 17.30 e se non vi sono altre proposte riprendiamo alle ore 19.30. Ripeto per la terza volta: dalle 14.30 alle 17.30, alle 17.30 ci sarà la conferenza dei capigruppo e poi proseguiamo dalle 19.30 fino all'1.00.

Hanno chiesto di intervenire l'Assessore Morandini e il cons. Meraner.

La parola all'Assessore Morandini.

MORANDINI: Intervengo sull'emendamento di cui si stava discutendo per dire che l'espressione "tutela del lavoro casalingo" va mantenuta con riferimento alla logica della norma e per quanto attiene...

(Interruzione)

MORANDINI: Per quanto attiene l'intervento della collega Chiodi, che però non aveva riferimento allo specifico emendamento, comunque in esso ha proposto di fermare questi interventi in attesa di una legge dello Stato, che dovrebbe arrivare. A tal proposito vi è una norma precisa che, allorquando andasse a regime la legge dello Stato questi interventi verrebbero fermati. Ne abbiamo parlato a lungo con lei e le altre minoranze, quindi mi pare che non ha senso oggi fermare interventi di questo tipo quando possiamo tranquillamente farli andare a regime ed allorquando...

(Interruzione)

MORANDINI: L'intervento era in questi termini. Allorquando entrasse a regime l'intervento dello Stato fermeremo questi interventi.

PRÄSIDENT: Danke!

Die nächste Wortmeldung hat der Abg. Meraner.

PRESIDENTE: Grazie!

La parola al cons. Meraner.

MERANER: Mit diesem Abänderungsantrag der Kollegin Wanda Chiodi wird meines Erachtens die Zuständigkeit der Region für dieses Gesetz ernsthaft angezweifelt und ich kann mir ihr in dieser Hinsicht nur einer Meinung sein. Man könnte den Abänderungsantrag auch als eine Aufforderung an den Staat verstehen, daß er ein Gesetz erlassen soll, um diese Materie zu regeln. Damit könnte ich allerdings nicht einverstanden sein, weil ich nach wie vor der festen Überzeugung bin, daß diese Kompetenz bei den Ländern in Südtirol und in Trient liegt.

Der Abänderungsantrag könnte allerdings noch in einer anderen Hinsicht verstanden werden. Nämlich so, daß die Region für eine gewisse Zeit Gelder zur Finanzierung dieser Gesetzesvorlage bereitstellt. Die Kollegin scheint zu Recht anzuzweifeln, ob die Region in Zukunft überhaupt Geld genug haben wird, um solche Gesetze zu finanzieren und meint, daß eventuell später die finanzielle Verpflichtung vom Staat übernommen werden sollte. Ich glaube, daß diese Intention an und für sich ja nicht falsch wäre, aber vollkommen illusorisch. Mit diesem taktisch – so meine ich – nicht besonders geschickten Abänderungsantrag, könnten wir höchstens erreichen, daß der Staat bestimmt, wenn er überhaupt einmal entsprechende Gesetzesbestimmungen erläßt, wie die Dinge durchzuführen sind. Auf der anderen Seite aber wird er sagen: Die Zahlung wird praktisch auf die Regionen abgewälzt, mit dem Hinweis darauf, daß die Regionen sicherlich das Geld dazu haben, denn sie haben es ja vorher schon jahrelang

gehabt. Dies würde der Staat nicht zu Unrecht einwenden.

Unter diesem Aspekt und unter den Gesichtspunkten, die ich versucht habe, so kurz als möglich darzustellen, kann ich mich mit diesem Abänderungsantrag nicht einverstanden erklären und ich werde dagegen stimmen. Es sei denn, die Kollegin Wanda Chiodi könnte in einer zweiten Stellungnahme erklären, daß es in ihrem Abänderungsantrag um völlig andere Dinge geht und daß der Verdacht, der in die Richtung geht, wie ich ihn geäußert habe, in keiner Weise berechtigt ist.

(Con questo emendamento della collega Chiodi a mio avviso la competenza della Regione in questa materia viene seriamente messa in discussione. Ed io non posso che condividere il suo punto di vista. Si potrebbe intendere l'emendamento anche come sollecitazione allo Stato, affinché emani una legge per disciplinare questa materia. E in questo senso io non posso essere d'accordo, in quanto continuo ad essere pienamente convinto che questa competenza è riservata alle due Province di Bolzano e Trento.

L'emendamento però potrebbe essere passibile di un'altra interpretazione. Ovvero che la Regione per un certo periodo di tempo stanzia delle risorse per il finanziamento di questo disegno di legge. Mi pare che la collega, a ragione, dubiti del fatto che la Regione in futuro avrà soldi abbastanza, per finanziare queste leggi, e quindi più tardi sarà eventualmente lo Stato a dover accollarsi l'onere finanziario. Credo che questa intenzione di per sé non sia errata, ma del tutto illusoria. Con questo emendamento – che per me tatticamente non costituisce una mossa molto abile – al massimo potremmo ottenere che lo Stato, se un giorno emanerà disposizioni di legge in questa materia, stabilirà come vanno fatte le cose. Ma d'altro canto lo Stato potrebbe anche dire che il finanziamento spetta alle regioni, in quanto, avendo avuto per anni i soldi necessari, dispongono appunto delle risorse finanziarie a tale scopo. E a mio avviso questa obiezione da parte dello Stato non è del tutto ingiustificata.

Visto sotto questo profilo e considerati anche gli altri aspetti che ho avuto modo di illustrare brevemente, io non posso dichiararmi favorevole all'emendamento e quindi voterò contro. A meno che la collega Chiodi in un secondo intervento spieghi che il suo emendamento persegue uno scopo completamente diverso e che il sospetto che esso si muova nella direzione da me paventata, sia del tutto immotivato.)

PRÄSIDENT: Das Wort hat die Abg. Berger. Ich sehe sie nicht.

Ich sehe keine anderen Wortmeldungen mehr.

Bitte, Abg. Rella.

...Die Abg. Berger hat das Wort.

PRESIDENTE: Ha chiesto di intervenire la collega Berger. Ma non la vedo in aula.

Non vedo nessun altro che chiede di intervenire.

Prego, cons. Rella

...La parola alla cons. Berger.

BERGER: Grazie, signor Presidente. Per un certo verso ho capito la ragione di moralizzazione della spesa che era il presupposto di questo emendamento, che peraltro non è assolutamente condivisibile, perché parla ancora di provvidenze ed abbiamo sempre ritenuto che le provvidenze non siano competenza della Regione, ma delle due Province che le disciplinano in proprio, ed inoltre, sebbene permanga ancora in maniera incomprensibile questo equivoco, avendo l'aula respinto, sebbene l'assessore l'avesse accolta, la proposta di sopprimere il riferimento all'art. 31 della Costituzione, in realtà mi sembra che si stia arrivando ad una determinazione comune

che le materie che stiamo disciplinando sono puramente previdenziali e quindi rimangono nell'ambito delle competenze regionali.

E' altrettanto vero però che lo Statuto di autonomia, laddove disciplina la materia, recita: "nelle materie concernenti la previdenza e le assicurazioni sociali, la Regione ha facoltà di emanare norme legislative allo scopo di integrare le disposizioni della legge dello Stato". Su questo mi sono diffusa molto a lungo e quindi non ritengo di dover riapprofondire l'argomento, ma è vero che possiamo esclusivamente integrare e quindi anche l'emendamento che è stato sospeso alla trattazione, il mio emendamento precedente, è sempre inteso in questa logica: noi possiamo esclusivamente integrare le materie previdenziali che sono già disciplinate dallo Stato. Per tutte queste ragioni credo che questo emendamento non vada assolutamente accolto, tenendo conto però che dovremmo avere una logica consequenziale durante tutta la discussione della legge, ed allora anche in questo senso mi rendo conto che diventa sempre più difficile poter comprendere come stiamo lavorando; auspico che la riunione delle ore 17.30 della Conferenza dei capigruppo non si limiti ad una contrapposizione tra maggioranza e minoranza su un abuso ed un arbitrio di cambio delle regole del gioco, ma finalmente affronti il tema, in modo che si costituisca, se lo si ritiene politicamente opportuno, un sotto-comitato che, mentre l'aula tenta faticosamente di andare avanti, prefiguri le condizioni di scrematura di quelli che sono gli elementi di dissenso all'interno di questo disegno di legge, perché altrimenti correremo il rischio di fare un pessimo lavoro, con conseguente grave ricaduta sull'intera collettività; ognuno sta perseguendo una logica propria e quindi in questa logica continua a proporre una serie di emendamenti che però non può tener conto della logica dell'altro, perché non si riesce a capire ancora qual è il margine di mediazione di disponibilità della Giunta ad accogliere alcuni emendamenti.

Quindi ritengo che questo emendamento non vada accolto per tutte queste ragioni, perché improprio dal punto di vista delle competenze statutarie, permanendo ancora un dato di ambiguità molto grosso ed ho visto che la stessa identica cosa si ripresenterà all'art. 33, quindi prego il Presidente, che è il Presidente più distratto che abbia visto in quest'aula, di tener conto della consequenzialità degli argomenti e di cercare di darne una ratio, perché nel caso che questo emendamento fosse accolto, la situazione dal punto di vista della possibilità di sciogliere i nodi di contrapposizione, di competenze, di riferimento allo Statuto ed alla carta costituzionale, verrebbe ulteriormente aggravata.

PRÄSIDENT: Das Wort hat jetzt der Abg. Rella.

PRESIDENTE: Adesso la parola passa al cons. Rella.

RELLA: Signor Presidente il mio intervento sarà molto breve, perché considero molto importanti le cose che stanno maturando. Convengo sul fatto che l'art. 33 contiene una previsione che corrisponde alla previsione dell'emendamento, intervengo però per sottolineare il fatto che sono in atto elaborazioni e confronti su questa materia in campo nazionale di non trascurabile qualità, portata ed anche vastità di previsione, alcuni su iniziativa dei deputati Amato e Rosini, e poi di altri, temi che sono all'attenzione del nuovo Ministro del Lavoro, che stanno nelle trattative e nei confronti fra le forze sociali e rispettivamente il Governo, di provvedimenti che sono sicuramente più organici, perché hanno la dimensione nazionale dei problemi complessivi che riguardano la materia previdenziale ed assistenziale, senza limiti di competenza, in rapporto con gli istituti che sono propri dello Stato e che, tra l'altro, secondo me, assessore, sono molto più sereni e laici dell'impostazione che si sta dando anche con le forzature a questa legge.

So che sono in disaccordo su questo piano con lei, assessore Morandini, e reputo la mia posizione meritevole di dignità al pari della sua, è sicuramente meno rigida quella che proviene da me e dal mio gruppo politico; se lei avesse un minimo di elasticità e di capacità di comprendere che, al di là del momento elettorale ed al di là di un'azione interna al suo gruppo o alla maggioranza, vi sono elementi di portata sociale ed istituzionale che prevalgono su questa impostazione, che considero ottusa, perdente, pericolosa al pari di quella di chi ritiene di esasperare i rapporti, tanto che un momento fa mi veniva da dire, come si diceva in tempi addietro con un manifesto che invitava a non votare più D.C.: "Digli di smettere, perché fa male anche a te!": Diciamo di smettere sulle rigidità e sulle insistenze perché fa male anche se stesso, a questa istituzione, alla maggioranza, ai rapporti che dovremmo sviluppare anche su altre leggi, fa male al processo della legislatura; aggiungo, signor Presidente, forse qui qualcuno sarà anche soddisfatto di questo rischio, fa male anche all'istituto Regione quello che, ho capito, si va paventando con l'intervento dei cons. Brugger ed altri, provoca sicuramente un colpo ulteriore alla tenuta dell'ente Regione, probabilmente c'è anche una qualche irresponsabilità in questo procedere.

Tornando al merito, sono convinto che sia importante sottolineare la necessità della cessazione del sistema previsto da questo disegno di legge, nel momento in cui dovesse entrare in vigore una normativa nazionale che coprirà la previdenza integrativa, le cose sostanzialmente previste da questo provvedimento. Non è vero che queste iniziative siano lontane nel tempo, si tratta di una delle questioni che prima di altre dovrà essere affrontata, stante la situazione finanziaria dello Stato e stante il bisogno di coprire, anche rispetto ad una fuga dalla tradizionale collocazione dei soggetti garantiti ed assicurati dallo Stato, una riduzione delle attività produttive, un trasferimento al terziario, uno sviluppo delle attività individuali, il tutto – come è già avvenuto in qualche altro Paese – comporta una riduzione della dimensione – ripeto – della popolazione assistita dallo Stato in modo tradizionale. Questo comporta necessariamente una modifica delle regole.

E' indispensabile allora che si stabilisca che all'entrata in vigore di una nuova normativa, che sarà più organica, più aperta, secondo me, meno a rischio anche perché insisto a dire, al collega Morandini non conviene, che questa è una legge basata su presupposti di calcolo e di copertura finanziaria del tutto arbitrari ed infondati. Lei non sarà d'accordo, assessore Morandini, ma insisto a dire che la sua è una legge pericolosa e non a caso presa con le pinze dalle Giunte provinciali. Se questa legge non va avanti bene e se il Presidente del Consiglio, invece di modificare il Regolamento del Consiglio, chiamasse la maggioranza, come ha fatto ieri, a svolgere il suo ruolo e ad essere presente in aula, avremmo uno sviluppo nella trattazione della legge, perché le sedute sono saltate non per responsabilità delle minoranze, ma perché la maggioranza non era presente a votare la propria legge. Ripeto, perché c'è stata questa carenza di presenza anche di membri della maggioranza? Del tutto casualmente? O perché sappiamo tutti che c'è una vasta e profonda resistenza sul piano generale dell'impianto di questa legge, e dico anche del rischio finanziario, tanto è vero che per la parte relativa all'assegno per le degenze ospedaliere siamo in un rapporto contraddittorio tra la media delle degenze ospedaliere pro capite registrata in tutta Italia ed in Trentino-Alto Adige rispetto a quella teoricamente ipotizzata nell'analisi finanziaria a supporto o accompagnamento di questo disegno di legge presentata dalla Giunta regionale.

Siamo in un divario che va – ci siamo già scontrati su questo punto, assessore – da una giornata teorica di degenza ospedaliera alle 12 giornate di degenza ospedaliera media esistenti in Italia e nella Regione Trentino-Alto Adige.

Dunque c'è una preoccupazione per la carenza della copertura finanziaria, c'è una resistenza di tipo politico generale da parte di consistenti componenti della maggioranza,

c'è una resistenza delle Giunte provinciali a farsi carico della gestione di una funzione non adeguatamente analizzata, coperta ed anche organizzata in rapporto con gli istituti previdenziali ed assistenziali dello Stato.

Ricordo di altre leggi che sono state approvate nelle Province in particolare, che demandavano a successive contrattazioni l'organizzazione gestionale dell'azione amministrativa, con il risultato che nel momento in cui si è arrivati a fare la verifica della tenuta della proposta amministrativa c'è stata una frana, un fallimento o un assorbimento di risorsa pubblica per coprire i buchi di una cattiva impostazione della norma.

Di fronte anche a queste preoccupazioni sono nate nostre proposte emendative, riteniamo che sia importante arrivare prima a definire ipotesi di intesa delle verifiche da fare insieme agli enti previdenziali ed assistenziali esistenti, sulle proiezioni dell'impegno anche finanziario che queste leggi provocano ed una organicità di questo impianto che richiede di prevedere necessariamente una gestione complessiva del settore previdenziale ed assistenziale, magari in termini amministrativi a livello locale e facendoci delegare le funzioni dai Ministeri e dalle Direzioni nazionali degli Istituti medesimi, il che richiede però di avere un comportamento ed un'analisi sul panorama complessivo del problema. Per questa ragione è necessario prevedere in modo chiarissimo che con l'entrata in vigore di una normativa, che viene a coprire quanto questa legge introduce e prevede, deve esserci la cessazione delle provvidenze medesime, il che, giustamente è stato ricordato, è già previsto dall'art. 33 di questa legge, relativo alle disposizioni finali e transitorie del disegno di legge.

Mi premeva sottolineare questo aspetto, signor Presidente, perché non si possono nascondere i problemi politici, istituzionali, finanziari e sociali, che sono profondi e che interessano gran parte, non solo del Consiglio regionale in senso generale, ma della stessa maggioranza e delle stesse Giunte provinciali che sono destinatarie di questo disegno di legge, per capire che non si può giocare nella speranza che lo Stato, che il Governo nazionale bocci poi la legge approvata dal Consiglio regionale...

(Interruzione)

RELLA: Assessore Morandini, sono i suoi colleghi di maggioranza che fanno queste affermazioni! Se lei avesse maggior senso delle istituzioni, come qualcuno le ricordava ieri, i cons. Leveghi ed altri, io stesso, sottolineo, avrebbe posto un suo problema nei confronti della maggioranza, non per cambiare il Regolamento, ma rispetto alla tenuta della sua forzata proposta di legge, della tenuta del suo assessorato, rispetto ad una maggioranza che palesemente non sostiene questa azione, perché evidentemente non la condivide. Lei resti pure al suo posto e speriamo che non faccia danno, però il danno si sta facendo al Consiglio regionale per questa rigidità, e non per colpa di minoranze che stanno ponendo problemi politico-istituzionali di grande rilievo e non solo di carattere politico generale, che potrebbero apparire ideologici nei confronti del disegno di legge, che noi vogliamo vada avanti insieme al resto del pacchetto previdenza, come si era peraltro concordato qualche mese fa, ma senza forzatura su questo e su altri aspetti di questo disegno di legge. Noi siamo per una soluzione qualitativamente apprezzabile, mentre in questo momento, si sta percorrendo una strada che non può che produrre effetti negativi. Grazie.

PRÄSIDENT: Das Wort hat die Abg. Chiodi.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Chiodi.

CHIODI: Intervengo molto brevemente, perché forse l'assessore Morandini ed io non ci siamo capiti.

Nel mio intervento volevo sottolineare che nella legislatura appena conclusa erano stati presentati alcuni disegni di legge che erano uguali a questo tipo di interventi che tentiamo di fare con questo disegno di legge, infatti – non dica di no, assessore Morandini – le dico che sono stati presentati disegni di legge "Norme a favore del lavoro casalingo", "Assistenza previdenziale delle casalinghe", un altro uguale della D.C., "Estensione dei diritti congedo al lavoratore", "Tutela dell'attività lavorativa delle casalinghe", "Norme sul lavoro familiare per l'incremento dell'occupazione", "Fondo di previdenza per le famiglie addette alle cure domestiche della propria famiglia", "Pensione alle casalinghe ed abrogazioni della legge n. 5 sulla mutuabilità delle pensioni", "Riforma della legge n. 15, indennità di maternità alle casalinghe, disoccupate, studentesse ed altre donne non aventi diritto di altri trattamenti allo stesso titolo"; avevo iniziato in questo modo per sottolineare che quanto prima quello che stiamo proponendo in questo primo pacchetto, la parte che riguarda l'assegno di maternità, quella riguardante l'assegno di educazione e quella che riguarderà il secondo pacchetto di pensione alle casalinghe eccetera, in parte sono già proposte venute avanti a livello nazionale. Allora non avevo nessuna intenzione di dire "fermiamo questo disegno di legge perché aspettiamo quelli", figuriamoci, chissà quando verranno avanti, dico che ci sono 25 proposte e che verranno ripresentate. Allora dico di andare avanti, è chiaro ed evidente che volevo semplicemente rafforzare l'art. 1, dicendo quello che ho scritto sull'emendamento, che poi mi hanno fatto giustamente notare che è la stessa cosa che avete scritto voi all'art. 33; ma assolutamente non avevo detto – forse non ci siamo capiti –, possiamo controllare dai nastri, non sono nata ieri, non potevo venire a proporre di fermare questo, perché intanto..., sono metodi e bluff che non mi interessano, era semplicemente un emendamento che mi sembrava rafforzasse l'art. 1.

PRÄSIDENT: Der nächste Redner ist der Assessor Morandini.

PRESIDENTE: Il prossimo iscritto a parlare è l'Assessore Morandini.

MORANDINI: Intervengo molto brevemente per rispondere ai colleghi del P.D.S., per riferire che già l'emendamento proposto è compreso nelle norme dell'art. 33, è stato appena ricordato, che le iniziative nazionali contengono di questi interventi solamente l'assegno di maternità, e comunque quando entrassero a regime – ho qui i disegni di legge – si ferma a questo, con riferimento all'intervento del collega Rella – lo dico molto serenamente –, penso che mi darà atto, e se non lei i suoi colleghi di gruppo e tutti gli altri esponenti delle minoranze, che da mesi, e tutt'ora sto cercando i punti di incontro e raccordo su questa proposta, prova ne sia che personalmente sono per l'andare avanti con i lavori, ma non sono tutta la maggioranza, e quindi, mi consenta, respingo le accuse di rigidità proprio perché non appartengono all'esperienza di questi rapporti politici per come li ho intrattenuti...

(Interruzione)

MORANDINI: Ma lei li ha riferiti a me personalmente. Debbo anche evidenziare, andando nei contenuti, che hanno davvero un carattere squisitamente laico, la prego di leggere le norme per vedere come i soggetti sono particolarmente interessati a questo tipo di interventi.

L'ultima cosa, che capisco la preoccupi, perché lei ha una particolare competenza su questo aspetto, la copertura finanziaria, mi pare di averle già fornito – e se non lo ho ancora fatto provvederò – tutti i calcoli fatti in prospettiva, sia con le verifiche con gli

istituti previdenziali ed assistenziali, sia con le proiezioni fatte da qui a 100 anni dei tipi di spesa e di intervento finanziario che richiede questo disegno di legge, quindi non solamente fatti dagli uffici, ma anche rivisti ed approfonditi da parte di comitati di esperti, quindi da questo punto di vista penso di poter dire che possiamo stare tranquilli che le stesse Province che dovranno gestire questa legge – fra l'altro non è vero che sono contrarie come lei sostiene – sono davvero in termini finanziari pienamente tranquille per quanto riguarda la loro attuazione. Grazie.

PRÄSIDENT: Ich sehe keine Wortmeldungen mehr. Deswegen stimmen wir jetzt über den Abänderungsantrag ab. Wer schließt sich dem Antrag um geheime Abstimmung an? 5. Die Anzahl ist gegeben.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel. Wir stimmen über den Abänderungsantrag der Abg. Chiodi, Marzari, Rella und Viola ab, der jetzt zur Diskussion steht. Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Non vedo nessun altro. Passiamo così alla votazione sull'emendamento: Chi si associa alla richiesta di procedere alla votazione per scrutinio segreto? 5.

Bene. Prego distribuire le schede. Votiamo l'emendamento a firma dei cons. Chiodi, Marzari, Rella e Viola, che abbiamo testè discusso.

Prego procedere all'appello nominale.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	56
mit Ja haben gestimmt:	7
mit Nein:	45
weiße Stimmzettel:	4

Damit ist der Abänderungsantrag Nr. 12 abgelehnt.

PRESIDENTE: La votazione è conclusa e ne comunico l'esito:

Votanti	56
Schede favorevoli	7
Schede contrarie	45
Schede bianche	4

L'emendamento n. 12 è respinto.

PRÄSIDENT: Wir sehen uns um 14.30 Uhr wieder. Ich wünsche einen guten Appetit.

Die Sitzung ist geschlossen.

PRESIDENTE: Ci rivediamo alle ore 14.30. Auguro a tutti buon appetito.

La seduta è tolta.

(ore 12.58)

(ore 14.36)

Vorsitz des Präsidenten Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Prego procedere all'appello nominale.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Wir setzen die Sitzung fort. Wir kommen jetzt zum Abänderungsantrag der Abg. Berger, Chiodi und...:

PRESIDENTE: Proseguiamo con la discussione. Passiamo all'emendamento dei cons. Berger, Chiodi e altri:

Änderungsantrag zum Artikel 1 – Absatz 1

Das Wort "des Schutzes" wird gestrichen.

Emendamento all'art. 1 – comma 1

La parola "tutela" è soppressa.

PRÄSIDENT: Es handelt sich um jenen Abänderungsantrag, von dem am Vormittag verlangt worden ist, daß wir darüber getrennt abstimmen.

Bitte Abg. Taverna, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Si tratta di un emendamento per il quale questa mattina è stata chiesta la votazione per parti separate.

Prego, cons. Taverna, a Lei la parola.

TAVERNA: Signor Presidente, colleghi, non è questo un intervento... Signor Presidente, purtroppo ho difficoltà e se non ho un po' di silenzio mi sarà difficile poter completare nei termini regolamentari previsti il mio intervento...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Ma questa non è colpa del Presidente!

TAVERNA: Certo, ma il Presidente fa il Presidente per garantire oltre che l'ordine anche il silenzio, non pretendo il religioso silenzio, anche se avendo sotto di lei gli esponenti della D.C. ed al mio fianco il Presidente della Giunta, sempre democristiano, potrei pretendere anche un religioso silenzio, mi accontento del silenzio tout cour.

Comunque, signor Presidente ed onorevoli colleghi, mi fa piacere essere stato

anticipato stamane nel ragionamento

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Prego i consiglieri che intendono parlare di farlo fuori dall'aula.

TAVERNA: Mi fa piacere essere stato anticipato stamane dall'intervento dell'assessore Morandini, il quale ha ritenuto giustamente di dover difendere integralmente l'art. 1, e quando parlo di difesa integrale mi riferisco ovviamente anche al merito dell'emendamento proposto dalla collega Berger, nei confronti della quale mi sembra più che giusto rilevare innanzi tutto che la medesima, decidendo di modificare il suo emendamento originario, laddove prevedeva addirittura la soppressione della locuzione "tutela del lavoro casalingo" ed avendo optato unicamente per la soppressione del sostantivo "tutela", ha comunque implicitamente reso e dato dignità a tutti coloro che ritengono, proprio sulla base del ragionamento che stamane ho articolato in relazione alle previsioni costituzionali, di cui agli artt. 1, 35, 36 e 37, laddove la Costituzione riconosce e tutela – voglio sottolineare questo verbo – per significare allora che il sostantivo "tutela" del lavoro casalingo non costituisce, così come invece il collega Meraner aveva voluto argomentare, una quasi ripetizione del sostantivo "protezione" e qui ci troviamo di fronte – non voglio recare offesa a nessuno – alla differenza sostanziale tra la lingua italiana molto ricca di vocaboli, mentre invece la lingua tedesca, essendo più povera di vocaboli, si trova nella considerazione obiettiva, oltre tutto lo ha riconosciuto il Presidente del Consiglio oltre che il collega Meraner, come i termini "protezione" e "tutela" vengono ad assumere lo stesso significato.

Mi sia consentito, signor Presidente, di non limitarmi soltanto ed esclusivamente ad una interpretazione di carattere semantico-filologica, non è questo o soltanto questo il problema, il problema – come credo sempre nei miei interventi di essere in grado di sostanziare – è di carattere politico, oltre che una questione squisitamente giuridica.

Quando allora ricorrendo al dizionario andiamo a considerare il termine "protezione" e ci accorgiamo che per "protezione" si intende "azione o funzione di difesa contro danni eventuali, protezione dagli agenti atmosferici, tessuti di protezione dell'organismo, occhiali affumicati per la protezione della vista, attività svolta in aiuto a favore di qualcuno, prendere sotto la propria protezione, o anche nel significato deteriore di favoreggiamento: è andato avanti a forza di protezioni, superiorità o sostenutezza affettata, assumere un'aria di protezione, azione protettiva svolta da appositi enti o regolata da apposite leggi, protezione diplomatica, protezione del paesaggio, protezione civile fornita dallo Stato alle popolazioni colpite da calamità naturali o da gravi catastrofi. Dal latino *protectio*, *protectionis*, derivato da *protectus*, *protetto*". Andando invece al termine "tutela" assumiamo il seguente significato: "tutela": "funzione protettiva o difensiva, salvaguardia, agire sotto la tutela delle leggi, la tutela del paesaggio, difesa di un diritto, la tutela del proprio onore: affido a te la tutela dei nostri interessi, tutela del nome e dell'immagine contro gli eventuali abusi da parte della stampa, tutela amministrativa, il controllo su particolare enti da parte della pubblica amministrazione, istituto giuridico per il quale una persona appositamente nominata si assume la protezione e la rappresentanza di un minore, di un incapace o di un interdetto, secondo le modalità stabilite dalla legge, apertura di tutela, affidare la tutela degli orfani allo zio, nessuno ti può toccare, sei sotto la mia tutela, dal latino *tutela*, derivato di *tutus*, participio passato *tueri*, difendere, proteggere".

Il significato di protezione e di tutela sul piano meramente filologico, cioè sulla ricerca del significato delle parole, può avere un interesse non di secondo conto, non secondario,

anche se nel contesto del nostro ragionamento dobbiamo individuare non soltanto il significato delle parole per assumere dalla lettura delle parole medesime un'interpretazione letterale, infatti mi sia consentita una breve parentesi, ma l'interpretazione della norma può avvenire al modo letterale ed al tempo stesso con il significato sostanziale o logico, e quindi vi è un'interpretazione letterale ed una logica, che alle volte coincidono, mentre altre volte le due interpretazioni possono essere in netto contrasto, ma al di là di questo, che non importa o importa molto relativamente nell'ambito dell'economia del ragionamento che si deve fare in merito al mantenimento, ed a questo proposito tutti voi che mi ascoltate avrete capito sicuramente che il mio è un intervento destinato a sostenere le ragioni per le quali è indispensabile mantenere la parola "tutela" nell'ambito dell'art. 1 del disegno di legge n. 68.

Non è a questo scopo ed a questo proposito infatti sostenibile alcuna diversa ed opposta interpretazione o ragione intesa a preconstituire la motivazione sostanziale sulla quale l'emendamento Berger si poggia, che oltre tutto si poggia per il richiamo che erroneamente è stato fatto circa una presunta doppia formulazione con lo stesso vocabolo nel testo tedesco della norma medesima: anche sotto questo profilo mi sia consentito di ribadire un'altra obiettiva considerazione, che consiste nel fatto che la norma viene comunque interpretata sulla base del testo italiano, ed anche sotto questo profilo l'emendamento, che in un primo tempo era stato ritirato e sul quale la Presidenza aveva ritenuto — sbagliando, a mio modesto parere — di dover apportare una meccanica revisione del testo sulla base e sulla considerazione della necessità di un adeguamento linguistico soltanto ed esclusivamente per quanto riguarda il testo in lingua tedesca, devo ancora una volta ribadire il concetto che in questo caso, come in tutti i casi nei quali l'interprete è chiamato all'interpretazione della norma, l'interpretazione medesima avviene non già sul testo in lingua tedesca, ma su quello in lingua italiana. Questa è una questione di una evidenza che mi consente di sorvolare e di non continuare su questo particolare aspetto del problema, che, come prima mi sono permesso di definirlo, è meramente marginale rispetto invece al quesito di fondo sulla necessità di mantenere nel testo il termine "tutela" con particolare riferimento al lavoro casalingo.

E' pur vero — l'ho detto stamane, ma mi pare evidente ribadire anche in questa occasione — che mi fa molto piacere che l'emendamento Berger, ridotto nel suo contenuto, che era rivolto alla soppressione integrale della locuzione "tutela del lavoro casalingo", si sia limitato per effetto di un sub-emendamento — perché questo è il significato vero dell'emendamento: è un sub-emendamento all'emendamento presentato — che ha come destinazione ed obiettivo quello di cancellare il termine "tutela". Ma perché allora, mi si potrà chiedere, il ragionamento deve essere così orchestrato e così pignolesco da porre le premesse, che sono di carattere filologico e semantico, rispetto alle motivazioni che hanno come obiettivo politico e giuridico, evidentemente anche sotto il profilo del linguaggio ed anche sotto quello di un'analisi obiettiva ed al tempo stesso approfondita del linguaggio, non si può che convenire sulla necessità, come ho ampiamente dimostrato dalla lettura del significato che il dizionario ha voluto arrecare ai termini "tutela" e "protezione", non pensando il dizionario e quindi il suo autore che ci potesse essere una coincidenza di significati tra i termini "protezione" e "tutela".

Signor Presidente e cari colleghi, andiamo al nocciolo del problema ed andiamo a verificare se in effetti questo emendamento è in grado di rispondere agli obiettivi di carattere politico che evidentemente la presentatrice dell'emendamento si era prefissa di raggiungere.

Si diceva che non è possibile mantenere nella forma in cui è articolato l'art. 1 fare coesistere il termine "protezione" con il termine "tutela". Allora una attenta lettura dell'art. 1 ci dimostra in modo inequivocabile come il mantenimento del termine "tutela" sia intimamente collegato con il concetto del lavoro casalingo, altrimenti non si giustificerebbe, ed io sarei il primo allora a sostenere il contrario di quello che vado dicendo, in termini politici quello che sto

argomentando attraverso questo intervento.

Andiamo alla lettura, signor Presidente, di questo art. 1 ed attraverso la lettura ed un'analisi un po' approfondita del testo dell'art. 1 è evidente che le conclusioni, cui io perverrò attraverso questo intervento, saranno scontate, che dimostreranno in modo molto e netto e trasparente come errata sia l'impostazione che ha mosso la collega Berger alla presentazione dell'emendamento n. 1 e come sulla base del ridimensionamento dell'emendamento n. 1 la collega Berger sia caduta in un errore, che è insito nella presentazione e nella ovvia considerazione di carattere politico che ha mosso la collega Berger alla presentazione dell'emendamento n. 1 e di conseguenza al mantenimento del sub-emendamento all'emendamento n. 1 di cui stamane ho avuto ampiamente modo di parlare.

L'art. 1 così recita: "In attuazione dell'articolo 6 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670 ed anche con riferimento all'articolo 31 della Costituzione, la Regione integra la normativa previdenziale statale, istituendo forme di previdenza in materia di protezione dei lavoratori sia dipendenti che autonomi nei casi di infortunio, malattia, invalidità e vecchiaia, disoccupazione involontaria, maternità e tutela del lavoro casalingo.", questa è la dizione che ci è pervenuta dalla Commissione competente. Allora questo è il testo di fronte al quale oggi siamo chiamati a doverci esprimere ed al tempo stesso siamo chiamati a doverci esprimere sull'emendamento che, qualora fosse accolto, consentirebbe la lettura del testo dell'art. 1 in questo modo: "In attuazione dell'articolo 6 del decreto del Presidente della Repubblica 31 agosto 1972, n. 670 ed anche con riferimento all'articolo 31 della Costituzione, la Regione integra la normativa previdenziale statale, istituendo forme di previdenza in materia di protezione dei lavoratori sia dipendenti che autonomi nei casi di infortunio, malattia, invalidità e vecchiaia, disoccupazione volontaria e del lavoro casalingo.". Questa dizione, signor Presidente ed onorevoli colleghi, è zoppa, claudicante, nel senso che non attribuisce al concetto di lavoro casalingo quella tutela che oggi nell'ordinamento giuridico italiano non trova alcuna forma di rappresentazione, di tutela.

Allora, ritornando alla previsione costituzionale di cui ampiamente ho fatto riferimento nel corso dei miei interventi e richiamandomi innanzi tutto all'art. 1 della Costituzione, che testualmente recita: "L'Italia è una Repubblica democratica fondata sul lavoro.", andiamo all'art. 35: "La Repubblica tutela il lavoro in tutte le sue forme ed applicazioni."; abbiamo la netta convinzione che non sia possibile nel caso di specie adottare l'emendamento proposto, perché se l'adottassimo compiremmo sul piano politico, linguistico ed anche dell'interpretazione logica dell'articolo medesimo un gravissimo guasto, perché mentre è vero che al di là del riconoscimento costituzionale della tutela del lavoro, e la Costituzione quando parla di lavoro parla di lavoro inteso in tutte le sue variegate manifestazioni e quindi è fuori di ogni dubbio che il lavoro casalingo o domestico deve essere considerato come una fattispecie a pieno titolo ed a pieno diritto del lavoro inteso nella sua accezione più vasta, perché per lavoro non si intende soltanto ed esclusivamente il lavoro autonomo o quello dipendente, il lavoro manuale rispetto al lavoro intellettuale, la Costituzione assegna al termine lavoro una qualsiasi manifestazione dell'attività umana e per quanto questa manifestazione appartenga all'uomo è degna di per sé di tutela, quindi il fondamento giuridico della tutela sta e consiste non solo nelle norme della Costituzione, ma sta, per quanto riguarda la nostra concezione del mondo e della vita, e richiamandoci alla concezione dell'Umanesimo del lavoro a maggior ragione noi consideriamo che le previsioni di cui alla carta costituzionale agli artt. 1, 35, 36 e 37 non possono che trovare rispondenza nel termine espressione "tutela", anziché nel termine espressione "protezione".

Anche qui, signor Presidente ed onorevoli colleghi, ho avuto occasione in diversi interventi di poter dimostrare come sia importante ed al tempo stesso nobile poter

intervenire in discussione di questa legge, purtroppo in un clima che si è andato sempre più deteriorando e purtroppo in un procedere confuso, quasi addirittura di momento di confusione che sta avviluppando un po' tutti e quindi un momento di scarsa capacità non soltanto di comprendere e di apprendere, ma anche di scarsa capacità di sentire.

Ecco che, ricollegandomi a quanto ho avuto modo di dichiarare in precedenza, se ha un senso prefigurare nel corso dell'art. 1 il riferimento in materia di protezione dei lavoratori, sia dipendenti che autonomi, con tutta la serie e con tutta la casistica che ho avuto modo di leggere nell'art. 1, a questo proposito abbiamo di fronte una situazione che comunque ha trovato e trova nelle attuali disposizioni legislative dello Stato degna considerazione e quindi a questo proposito la necessaria tutela.

Per quanto riguarda invece il lavoro casalingo, e qui il concetto del perché noi intendiamo respingere l'emendamento proposto al di là delle considerazioni peraltro già svolte, che è significativo il mantenimento del termine "tutela" proprio in riferimento al lavoro casalingo, il riferimento a quel lavoro casalingo di cui ho avuto modo di dichiararmi e di ancorare il concetto di lavoro alle previsioni costituzionali, ma soprattutto nel senso che questa è una legge che tra i suoi istituti contiene anche, almeno per quanto riguarda l'art. 1 che è programmatico, la necessaria previsione della considerazione che il lavoro domestico o casalingo non può che essere considerato oggetto di tutela.

Ecco perché a questo proposito intendiamo con convinzione sostenere la necessità che l'articolo in questione venga integralmente mantenuto, al di là della nostra documentata partecipazione al dibattito circa la condizione per la quale era inopportuno il richiamo all'art. 31 della Costituzione, che potrebbe essere fonte di confusione laddove si volesse analizzare con sufficiente attenzione e profondità la differenza che sussiste tra la competenza di cui all'art. 6 dello Statuto di autonomia che assegna alla Regione Trentino-Alto Adige competenza in materia di previdenza integrativa ed invece la competenza dichiarata alle Province autonome di Trento e di Bolzano, alle quali lo Statuto attribuisce una competenza in materia di assistenza.

Se proprio per le considerazioni fin qui svolte, se proprio per la necessaria lettura di questo articolo con la norma riferita al sesto articolo dello Statuto di autonomia in materia di tutela e di norme legislative che possono essere integrative rispetto a quelle dello Stato, noi a questo riguardo assegniamo e consideriamo che l'espressione della tutela del lavoro casalingo debba mantenere intatta la sua forza cogente, sia da un punto di vista concettuale, sia da un punto di vista della tecnica legislativa, sia soprattutto anche da un punto di vista dell'analisi linguistica e quindi letterale della norma oggetto dell'emendamento. Anche sotto questo profilo non possiamo non insistere sulla necessità del mantenimento della parte riguardante l'emendamento ridotto e presentato dalla collega Berger, perché altrimenti anche la lettura dell'articolo senza il sostantivo "tutela" ci metterebbe nella condizione di vedere il lavoro casalingo essere sottoposto ad una protezione alla pari degli istituti giuridici peraltro già presenti nella legislazione statale e quindi di conseguenza il lavoro casalingo, che fino ad oggi non trova una sua immediata articolazione e rispondenza nel diritto positivo, nell'ordinamento giuridico, verrebbe allora anche sotto questo aspetto ridotto sia da un punto di vista concettuale, sia etico-politico, che da quello tecnico-legislativo.

Queste sono le ragioni che ci inducono, almeno noi del M.S.I., ad essere fermamente convinti della necessità di respingere l'emendamento proposto, ma accanto a queste argomentazioni, che di per sé sarebbero già esaustive del ragionamento che ho voluto articolare in merito all'emendamento proposto, evidentemente ci sono altre considerazioni che devono essere argomentate per meglio inquadrare il complesso del ragionamento sulla base anche della definizione che vogliamo attribuire al lavoro casalingo, tanto è vero che un analogo

ragionamento ed altrettanti argomentati interventi li potremo costruire andando avanti con l'articolato di questo disegno di legge e più generalmente dovremo a questo proposito, sempre in relazione all'emendamento riduttivo proposto dalla collega Berger, fare anche un breve esame del concetto di lavoro casalingo, oppure, meglio ancora, del concetto di casalinga.

Secondo la nostra concezione, qui mi riferisco ad una definizione che il gruppo del M.S.I. ha ritenuto di dover indicare all'art. 3 del progetto di legge a suo tempo presentato in relazione al riconoscimento del lavoro delle casalinghe, noi all'art. 3 di questo progetto di legge che abbiamo a suo tempo presentato in Consiglio regionale, abbiamo così definito il concetto di casalinga: la persona che si dedica abitualmente ed esclusivamente senza vincoli di subordinazione alle cure domestiche e della propria famiglia di fatto, e non dispone di aiuto domestico continuativo retributivo, salvo il caso di persona addetta a familiari bisognosi di cure particolari.

Questo concetto che attribuiamo essere fondamentale per comprendere fino in fondo la portata non soltanto di questo disegno di legge, ma anche di quelli successivi che fanno parte di quella politica della Giunta regionale che ha inteso perseguire e concretizzare con la presentazione di ben tre disegni di legge, che hanno come obiettivo la realizzazione, credo, di una appropriata politica sociale, disponendo delle competenze a disposizione della Regione Trentino-Alto Adige ai sensi e per gli effetti dell'art. 6 dello Statuto di autonomia e disponendo anche in questo contesto storico del necessario bagaglio finanziario destinato al finanziamento del medesimo progetto, articolato su tre diversi disegni di legge.

Anche sotto questo profilo, dopo aver ribadito ancora una volta che per quanto ci riguarda il disegno di legge può essere percorribile, purché questo disegno di legge venga incontro in qualche modo alle istanze ed alle richieste che il M.S.I., ha ritenuto di dover fare nel corso dei suoi numerosi interventi sull'argomento e dopo aver ricordato ancora una volta che gli interventi non necessariamente sono o possono essere di natura meramente ostruzionistica, ma a questo proposito servono anche per argomentare nel merito il perché il M.S.I. ritiene di dover respingere l'ipotesi emendativa già nella considerazione, più volte espressa, che comunque questa ipotesi emendativa è riduttiva rispetto all'ipotesi emendativa originaria, per effetto della quale debbo ritenere...

(Interruzione)

TAVERNA: Signor Presidente, non so se il campanello è diretto a me o ai colleghi.

PRÄSIDENT: Questa volta è diretto a lei.

TAVERNA: Signor Presidente, concludo immediatamente.

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Ha avuto già un paio di minuti in più perché l'orologio è scattato 4 minuti dopo.

TAVERNA: Concludo immediatamente. Purtroppo oltre ad avere in questo momento deficienze di ordine vocale, ho anche deficienze di ordine visivo, per cui non potendo vedere dal tabellone i minuti che mi rimangono ho sfondato, ho bisogno degli occhiali, ma motivi di civetteria mi impongono di non portare le lenti, per cui ho sforacchiato il tempo a mia disposizione...

(Interruzione)

PRÄSIDENT: Non ha sentito la campana?

TAVERNA: ...Ma avendo un udito molto forte ho immediatamente compreso che il mio termine era scaduto ed al tempo stesso, signor Presidente, ringraziandola per i 4 minuti che mi sono stati concessi, ribadisco che il M.S.I. voterà contro l'emendamento proposto dalla collega Berger.

PRÄSIDENT: Die nächste Wortmeldung ist der Abg. Benedikter. Wir reden über den Abänderungsantrag zur Abschaffung des Wortes "tutela" bzw. "des Schutzes".

PRESIDENTE: Il prossimo iscritto a parlare è il cons. Benedikter.

E' in discussione l'emendamento per la soppressione della parola "tutela".

BENEDIKTER: Ich glaube, ich habe schon einmal erklärt, warum ich überhaupt gegen den Zusatz "Schutz der Hausarbeit" bin. Damit würde die Region eine Zuständigkeit beanspruchen, die sie nicht hat. Ich habe es schon begründet, aber nachdem ich ja wesentlich an der Ausarbeitung der Durchführungsbestimmungen zum Art. 6 des Autonomiestatutes mitgewirkt habe, sowie an allen anderen Durchführungsbestimmungen, an der Ausarbeitung des Dekretes des Präsidenten der Republik Nr. 58 vom 6. Jänner 1978, möchte ich nochmals das Wort ergreifen. Dort wird vom Schutz, sei es der abhängigen, sei es der selbständigen Arbeiter gesprochen, die von der Sozialversicherung als Arbeiter angesehen werden, und da wird dann angeführt: im Falle von Unglück, Krankheit, Invalidität, Alter, unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und Mutterschaft, aber immer von Arbeitern, die als solche von der staatlichen Sozialgesetzgebung angesehen werden, hat die Region das Recht, die staatliche Gesetzgebung zu ergänzen und eigene autonome Institute zu errichten oder deren Einrichtung zu fördern. Die ergänzende Zuständigkeit der Region hängt davon ab, ob diese Hausfrauenarbeit, da ist ja die Rede von "lavoro casalingo", nicht die Arbeit einer Angestelltengehilfin, nicht die COLF oder sonstige freiwillige Helferinnen, ob diese von der staatlichen Gesetzgebung als Arbeitstätigkeit anerkannt ist. Das gibt es heute nicht. Da gibt es das Urteil des Verfassungsgerichtshofes Nr. 95 von 1971, denn die Region hat diese Zuständigkeit ja auch aufgrund des ersten Autonomiestatutes gehabt, wo es heißt, daß die Region die Leistungen ergänzen kann: "La Regione per il finanziamento delle proprie prestazioni deve istituire contribuzioni integrative a carico dei soggetti tenuti all'assicurazione principale." So steht es im Urteil...

(Credo di avere già spiegato perché sono contrario alla dicitura "tutela del lavoro casalingo". In tal modo la regione avocherebbe a sé una competenza, che non ha. Ho già addotto sufficienti motivazioni, ma dal momento che ho svolto un ruolo molto attivo nella stesura delle norme di attuazione all'art. 6 dello Statuto di autonomia – come del resto anche agli altri articoli – ovvero al D.P.R. n. 58 del 6 gennaio 1978, intendo intervenire nuovamente a questo proposito. In questo D.P.R. si dice che in materia di protezione dei lavoratori, sia dipendenti che autonomi, nei casi di infortunio, malattia, invalidità e vecchiaia, disoccupazione involontaria e maternità sempre di lavoratori che vengono considerati tali dalle leggi sociali, la Regione ha facoltà di integrare la legislazione dello Stato e di istituire appositi istituti autonomi o di agevolarne la loro istituzione. La competenza integrativa della Regione dipende da questa circostanza, ovvero se il lavoro casalingo, – e non quello di una collaboratrice domestica o di una collaboratrice volontaria – sia riconosciuto o meno come attività lavorativa dalla legislazione dello Stato. A tutt'oggi non è riconosciuto. E qui c'è una sentenza della Corte Costituzionale la n. 95 del 1971, – in quanto la Regione aveva questa competenza anche con il primo statuto – in cui si dice che la Regione può integrare le prestazioni.

"La Regione per il finanziamento delle proprie prestazioni deve istituire contribuzioni integrative a carico dei soggetti tenuti all'assicurazione principale." Questo è quanto recita la sentenza...

(Unterbrechung – interruzione)

PRÄSIDENT: Lassen Sie bitte den Redner ausreden.
Bitte, Abg. Benedikter.

PRESIDENTE: Lasci finire di parlare l'oratore.
Prego cons. Benedikter.

(Unterbrechung – interruzione)

BENEDIKTER: ..Ich habe übrigens dieses Urteil noch nie zitiert – so nebenbei –, aber das ist selbstverständlich...

Also es besteht sogar ein Urteil bezogen auf die Zuständigkeit der Region, wie sie nach dem alten und neuen Autonomiestatut besteht, daß die Region ergänzende Leistungen erbringen kann und dafür Beiträge gegenüber denjenigen auferlegen muß, die davon den Nutzen haben, aufgrund der Hauptversicherung. Die müssen also vom Gesetz aus schon vom Sozialversicherungsgesetz des Staates als Träger bzw. Empfänger der Sozialversicherung gekennzeichnet sein. Daher, nachdem das heute nicht der Fall ist, kann die Region diese Zuständigkeit nicht beanspruchen und deshalb kann auch so ein Gesetz gar nie in Kraft treten. Das ist auch in den Durchführungsbestimmungen als solchen angeführt, sodaß hier eigentlich kein Zweifel walten kann und ich wiederhole es, daß wir uns erstens eingesetzt haben, daß für solche Leistungen für eine solche Betreuung, wie es der Familienschutz gemäß Artikel 31 der Verfassung beinhaltet, die Provinzen zuständig sind. Auch das ist in den Durchführungsbestimmungen im Art. 22, DPR 616 vom 24. Juli 1977, und Art. 9 DPR 19. November 1987, Nr. 526 festgehalten. Zweitens wurde mit Staatsgesetz eingeführt, daß für diese im Sinne der Sozialgesetzgebung nicht als Arbeit angesehene Hausfrauenarbeit das Gesetz Nr. 153 vom 30. April 1969 eine Sozialpension einführt, die als solche bezeichnet wird, und diese Sozialpension ist dann von einem Gesetz vom 9. März 1989, Nr. 88, Art. 37 ausdrücklich in seiner Finanzierung bestätigt worden, weil es um eine Sozialpension geht, die nicht durch Beiträge finanziert wird. Deren Finanzierung ist vom Staat übernommen worden durch die sogenannte "gestione degli interventi assistenziali e di sostegno alle gestioni previdenziali".

Wenn das alles ehrlich gemeint ist, sollte man sich nicht auf einen solchen Irrtum, einer solchen Fehleinschätzung versteifen, nur um vor den Wahlen Stimmen zu gewinnen, wo man genau weiß, daß hier diese ergänzende Zuständigkeit der Region nicht gegeben ist. Selbstverständlich wird es heißen, ich kann mir gut vorstellen, daß man in Rom das Gesetz auch so verteidigt und ich habe auch schon gehört, daß man sagt: Ja, es ist der Einwand da, meinerwegen, daß die Region nicht zuständig ist, daß vielmehr die Provinzen aufgrund der Durchführungsbestimmungen zuständig sind, die für alle Regionen Italiens gelten. Aber die beiden Provinzen, die ja bei uns hier in der Region Trentino–Südtirol mitspielen, die beiden Landtage bilden ja den Regionalrat und stimmen dann ab, die Mehrheit dieser beiden Landtage hat dafür gestimmt. Also war sie einverstanden, daß die Region diese Sache übernimmt und einen solchen Einwand hört man ja auch von Leuten, die sagen: Warum nicht, wenn die Regionen es übernehmen kann, zufällig das Geld hat, warum sollen wir es nicht der Region überlassen? Wir haben die Region mit derselben Begründung, weil sie Geld hat, ein Gesetz über die Gemeindefinanz machen lassen. Wir lassen sie ein Gesetz machen über die Ortspolizei, die

Personalordnung hinsichtlich Ortspolizei, das jetzt auf der Tagesordnung der Kommission ist, obwohl es ganz klar ist, daß die Ortspolizei Sache der Provinzen ist, und auch das staatliche Rahmengesetz regelt die Personalordnung der Ortspolizei und nicht nur, welche Uniformen sie tragen dürfen oder was für eine Ausrüstung. Dort heißt es im Vorlagebericht: Die Vertreter der Provinzen haben erklärt, daß sie einverstanden sind, daß dieses Regionalgesetz trotz der Zuständigkeit der Provinz gemacht werden kann. Da haben wir das dritte oder das zweite Beispiel, wo man auf einem Sachgebiet, auf dem einwandfrei die Provinzen diese Zuständigkeiten hätten, aufgrund der gegebenen Sachlage man die Region es machen läßt: Ja, das macht nichts, wir delegieren die Region. Aber was heißt: wir delegieren die Region? Wir können die Region nicht delegieren. Die Region kann die Provinzen delegieren. Das ist sogar vorgesehen als Ausrede, aber wir können nicht die Region delegieren. Die Provinz kann in gewissen Fällen die Gemeinden delegieren, ein Gesetz auszuführen. Aber die Region maßt sich diese Zuständigkeit an. Die Provinzen geben ihre Zustimmung und dann heißt es: Bitte, wenn Du Recht hast, dann müssen sie es ja rückverweisen. Ich kann mir sehr gut vorstellen, daß sie in Rom – die Kontrolle der Gesetzgebung erfolgt durch eine politische Instanz, nicht durch den Verfassungsgerichtshof – daß sie sagen, warum, wenn die Provinzen einverstanden sind, der Region wieder etwas zu geben, was sie bis 1972 zuerst gehabt hat und jetzt nicht mehr mit dem neuen Autonomiestatut, warum sollen wir dann eigentlich dagegen sein? Und solange es niemand anführt, wird es auch dabei bleiben. Man wird später einmal sagen, in der Neuordnung, was die Sozialfürsorge betrifft, was die Gemeindefinanz betrifft, was die Ortspolizei betrifft, haben eigentlich die Provinzen zugestimmt, der Region hat man ja so viel weggenommen, daß einiges wieder von der Region übernommen wird. Denn man hat es ihr ja delegiert. Delegieren gibt es nicht, die Provinz überträgt es ihr und zieht es dann wieder zurück. Das gibt es nicht, weil es keine verfassungsrechtliche Delegierung ist, sondern man stimmt zu, daß es die Region zurücknimmt und das wird auch in der kommenden allgemeinen Reform, in der es heißen wird, in Trentino-Südtirol sind die drei Körperschaften und man muß die Region wieder ein bißchen auffüllen, ein bißchen mit Zuständigkeiten füllen, sonst wäre sie nicht gerechtfertigt.

Also gehen wir der Region einiges, was sie seinerzeit nach altem Autonomiestatut gehabt hat, zurück. Die Provinzen haben sowieso dem schon in aller Form demokratisch zugestimmt. Zwar, obwohl der Verfassungsgerichtshof u.a. gesagt hat und zwar in zwei Urteilen, daß diese ergänzende Zuständigkeit auf dem Sachgebiet der sozialen Vorsorge oder Sozialversicherung nur besteht – und das sagen die Fachleute alle in Rom. Auch mit dem verantwortlichen Generaldirektor des Institutes für soziale Vorsorge habe ich mich unterhalten – diese sagen alle, nur dort, wo – wie der Verfassungsgerichtshof gesagt hat – bereits mit Staatsgesetz diese Kategorie – in diesem Fall die Hausfrauenkategorie – tatsächlich als Trägerin der Sozialversicherung, in dem Fall als Arbeiterin anerkannt worden ist – und das ist heute nicht der Fall. Deswegen sind ja die ganzen Versuche, ein Dutzend Gesetzesinitiativen auch in dieser jetzt ablaufenden Legislaturperiode immer wieder vorgelegt worden, um entweder die Sozialpensionen als solche zu verstärken, zu erhöhen oder die Hausfrau als Arbeiterin anzuerkennen und daher als Trägerin der Sozialpension, die Versicherungsbeiträge entrichtet und die dann entsprechend nicht mehr eine Sozialpension, sondern eine echte Versicherungspension erhält. Warum sind diese Versuche wieder in einer Legislaturperiode, die immerhin 5 Jahre gedauert hat, eigentlich nicht gelandet? Wir wissen, daß es zu einfach ist, diese Begründung anzugeben, und zwar daß das Schatzministerium gesagt hat, der Staat hat heutzutage nicht das Geld, dafür aufzukommen. Da geht es nicht um ein paar Tausend Milliarden, sondern da geht es um einige 10 Tausend Milliarden für ganz Italien – so wie in diesen Gesetzesentwürfen auch angeführt wird. Aber es sind Gesetze angefochten worden, die z.B. für eine gewisse Kategorie die Sozialversicherung eingeführt haben. Verwandte, ähnlich

gelagerte Kategorien haben gesagt: Warum ist die Sozialversicherung auf diese Kategorie ausgedehnt worden und nicht auf ähnlich gelagerte Kategorien? Da hat der Verfassungsgerichtshof in der Vergangenheit gesagt: Alle, die sich mehr oder weniger in der gleichen Lage befinden, müssen auch gleich behandelt werden. Daher muß diese Einführung der Sozialversicherung mit Staatsgesetz ausgedehnt werden. Und so hat das Parlament das Gesetz ausgedehnt, denn sonst hätte es die Einführung für die gewisse Kategorie, die zur Klage Anlaß gegeben hat, rückgängig machen müssen. Deshalb hat man es ausgedehnt und da hat Carli gesagt: Einer der Gründe, warum der italienische Staatshaushalt sich in dieser katastrophalen Lage befindet, sind diese Urteile des Verfassungsgerichtshofes, diese Ausdehnungen, diese Urteile, mit denen die Ausdehnung verpflichtet worden ist. Diese haben uns bereits vor zwei Jahren 80.000 Milliarden gekostet. Deswegen sind ja alle diese Versuche gescheitert. 76 DC-Senatoren haben ein solches Gesetz vor einem Jahr eingebracht und vorher besonders die sozialistische Partei, die weiblichen Abgeordneten und Senatoren der sozialistischen Partei haben versucht, es einzuführen, weil sie sagen wollten, wir Frauen Abgeordnete haben mehr Verständnis für die Hausfrauen, als die Männer. Aber, obwohl sie Regierungsparteien sind, wobei die größte Regierungspartei die DC ist und die zweitgrößte die sozialistische Partei, haben sie in 5 Jahren ein Dutzend solcher Versuche, die den Hausfrauen die Rente geben wollten, gestartet, obwohl dort nicht der Streit war: das ist Sozialversicherung, da sind wir nicht zuständig, wir sind nur für soziale Fürsorge zuständig. Das Parlament hätte Gesetze entweder als soziale Fürsorge, also Sozialpension, machen können oder die Hausfrauenarbeit als Arbeit im Sinne der Sozialgesetzgebung stempeln und Versicherungsbeiträge einführen und dann auch mit einem Beitrag des Staates die Hausfrauenpension einführen sollen. Beim Parlament war keine Frage, ob man zuständig ist oder nicht. Sie hätten alles tun können, wie sie es eben am besten auch für die Staatshaushalte befunden hätten.

Aber es ist in 5 Jahren nicht gelungen, obwohl in ganz Italien eine Hausfrauenpension, ob Sozialpension oder Versicherungspension, sicher sehr viel Stimmen für die jeweilige Partei oder jeweilige Gruppe, die es im Parlament durchgesetzt hätte, gebracht hätte. 76 DC-Senatoren, das sind fast alle der DC, haben es zuletzt vor einem Jahr versucht. Es ist aber gar nicht weitergegangen. Es ist nicht zu irgendeiner Endabstimmung gekommen. Deswegen bin ich der Ansicht, daß wenn das drinnenbleibt, ein Grund mehr sein wird, um die Rückverweisung zu begründen. Im übrigen muß man bedenken daß ja die Provinzen primäre Zuständigkeiten auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge haben. Dann könnte der Staat sagen: Wenn ihr glaubt, daß bei euch die Hausfrauen wirklich dieser Hilfe bedürfen, mehr als anderswo in Italien – weil bei euch im Verhältnis mehr Hausfrauen nicht gleichzeitig Arbeiterinnen sind oder es waren, als im übrigen Italien und dies weil wir hier noch im Verhältnis in dieser Hinsicht, was die Familie betrifft, noch eine gesündere Gesellschaft haben – und wenn ihr unbedingt etwas tun wollt, dann legt ihr an ein Landesgesetz Hand an, das in diesem Sinne die Sozialpension von 1969 verbessert. Der Staat hätte sicher nichts dagegen und das ist auch zu sagen: Der Staat könnte sicher nicht sagen: Ja, wenn ihr diese Maßnahmen als Sozialfürsorge einführt, dann ist das ein Präzedenzfall für ganz Italien und ich muß das nachmachen oder ich muß die Regionen – andere Regionen, die wenige Geld haben – in die Lage versetzen, es nachzumachen, weil das ungerecht wäre. Warum sollen nur in Trentino-Südtirol die Hausfrauen diese erhöhte Sozialpension genießen und anderswo sind es die gleichen Leute? Der Staat wäre in diesem Fall nicht veranlaßt, es zu tun, denn die Provinzen könnten sagen, für mich ist das vordringlicher als andere Fürsorgemaßnahmen, die anderswo in Italien bestehen. Wenn die beiden Provinzen der Ansicht sind, daß das in Südtirol und im Trentino dringender ist, da die Hausfrauen bedürftiger sind und daß man dort mehr Verständnis aufbringt, so daß die Provinz von ihrem Geld – denn der Staat würde ja nichts dazuzahlen – das besorgt, dann könnte er

nichts einwenden. Auch der Verfassungsgerichtshof – wenn dann die Klage käme, denn die käme sicher – könnte nicht sagen: Ihr habt keine Zuständigkeit, siehe mein Urteil damals von 1971, in dem es heißt, daß nur, wenn die Hausfrauenarbeit als Arbeit im Sinne der Sozialversicherung angesehen wird, ihr Gesetze erlassen könnt. Daher bin ich der Ansicht, daß hier unseren Hausfrauen wirklich nichts vorgemacht werden sollte, sondern die Region nur diejenigen Maßnahmen ergreifen sollte – allerdings unter den 4 von diesem Gesetz ist nur eine zulässig – die getroffen werden dürfen. Das ist ein Gesetz, wo nicht die Hausfrauenrente drinnen steht, sondern andere Maßnahmen vorsieht. Und diese Maßnahmen sind meiner Ansicht nach sogar in Ordnung. Aber die Region soll dort tätig sein, wo sie mit der ergänzenden Sozialvorsorge etwas tun kann. Im übrigen sollte sie sagen, daß das Übrige die Provinzen schnellstens besorgen werden.

(...Tra l'altro questa sentenza non l'ho mai citata, ma è ovvio...

Dunque esiste persino una sentenza riferita alla competenza della Regione, sancita sia dal primo che dal secondo statuto di autonomia, in base alla quale la Regione può integrare le prestazioni dello Stato, ma deve istituire contribuzioni integrative a carico dei soggetti tenuti all'assicurazione principale. Quindi già la legge sulle assicurazioni sociali deve definire questi soggetti beneficiari e titolari dell'assicurazione. Quindi, dal momento che oggi per le casalinghe questo non avviene, la Regione non può avocare a sé questa competenza e una legge del genere non potrà mai entrare in vigore. Anche nelle norme di attuazione come tali, questo è specificato molto chiaramente. Quindi non possono esserci dubbi a tale riguardo. Lo ripeto: noi ci siamo battuti affinché per queste prestazioni, e per un'assistenza alla famiglia, come prevede l'art. 31 della Costituzione, la competenza venisse riservata alle Province. Anche questo è sancito dalle norme di attuazione approvate con D.P.R. 616 del 24 luglio 1977, Art. 22, e dal D.P.R. del 19 novembre 1987, n. 526, art. 9. In secondo luogo con la legge n. 153 del 30 aprile 1969 per questa attività lavorativa non riconosciuta è stata introdotta una pensione sociale, come viene denominata, il cui finanziamento, come recita l'art. 37 della legge 9 marzo 1989, n. 88 – trattandosi di un pensione sociale non viene coperta da contributi – è stato assunto dallo stato attraverso la cosiddetta "gestione degli interventi assistenziali e di sostegno alle gestioni previdenziali".

Dunque se vogliamo fare sul serio, non ci si deve irrigidire su di errore di questa portata, su di una valutazione errata, solo per guadagnare voti prima delle elezioni, quando sappiamo benissimo che qui la Regione non ha alcuna competenza. Ovviamente posso immaginare benissimo, che a Roma la legge verrà difesa e ho già sentito dire che si dirà: Sì c'è un'obiezione, per cui la Regione non ha la competenza, e sono le Province ad averla, sulla base delle norme di attuazione che valgono per tutte le regioni d'Italia. Ma da noi le due Province autonome compongono la Regione Trentino-Alto Adige, i due Consigli provinciali formano il Consiglio regionale e la maggioranza di questi due Consigli ha votato a favore di questa legge. Quindi hanno appoggiato il fatto che la Regione si sostituisca alle Province in relazione a questa competenza. Un simile ragionamento lo fanno anche quelli che affermano: e perché no? Se la Regione può assumersi l'onere di questa legge e ha i soldi per farlo, perché non lasciare alla regione questa competenza? Noi con la stessa motivazione, ovvero perché ha i soldi, abbiamo lasciato fare alla regione una legge sulla finanza locale. Le lasciamo fare una legge sulla polizia municipale – all'ordine del giorno della Commissione c'è un disegno di legge sull'ordinamento della polizia municipale – benché sia chiaro che la polizia municipale è una questione di interesse provinciale. Anche la legge quadro dello Stato disciplina l'ordinamento del personale della polizia municipale, e quindi non prescrive solo quale uniforme deve essere indossata e che equipaggiamento deve essere fornito. E nella relazione accompagnatoria a questa legge è scritto che i rappresentanti delle province hanno dichiarato di essere d'accordo sull'emanazione di questa legge regionale, benché la competenza sia delle

Province. E questo è il terzo o secondo esempio per cui in una materia di indiscussa competenza provinciale, sulla base di quanto anzidetto, si lascia fare tutto alla Regione: ma sì, in fondo non fa niente, noi deleghiamo la Regione. Ma cosa significa noi deleghiamo la Regione? Noi non possiamo delegare la Regione. La Regione può delegare le due Province, e questo è addirittura previsto come scusa, ma non possiamo delegare la Regione. La Provincia in alcuni casi può delegare i comuni ad applicare una legge. Ma in questo caso la Regione avoca a sé questa competenza. Le Province danno il loro assenso e poi mi si dice: Se sei tu ad avere ragione, allora la legge dovrà essere rinviata. Posso ben immaginare che a Roma — il controllo della legislazione avviene su istanza politica e non attraverso la Corte costituzionale — diranno: E perché no, se le Province sono d'accordo di dare nuovamente qualcosa alla Regione, che del resto aveva avuto fino a prima del 1972 e adesso ha perso con il nuovo Statuto, perché dovremmo essere contrari? E finché nessuno la impugnerà le cose rimarranno come sono. In un secondo momento, con il nuovo ordinamento dello Stato, si dirà che in materia di assistenza sociale, finanza locale e polizia municipale, le Province hanno dato il loro assenso per restituire qualcosa alla Regione, dato che molte cose le erano state sottratte. Perché in sostanza si è delegata la Regione in questa materia. Ma la Provincia non può delegare la Regione e poi riprendersi tutto. Non è possibile, in quanto non si tratta di una delega costituzionale, però si dà il proprio assenso a che la Regione si riprenda questa competenza. E questo resterà anche con la prossima riforma istituzionale, perché la Regione Trentino-Alto Adige continuerà ad essere composta da tre enti e la Regione deve essere riempita con qualcosa, bisogna darle alcune competenze, perché altrimenti la sua esistenza non sarebbe giustificata.

In sostanza restituiamo qualcosa che la Regione aveva con il vecchio statuto di autonomia. E le Province, democraticamente, hanno già dato il loro assenso. Benché la Corte costituzionale, tra l'altro, abbia stabilito in due sentenze, che questa competenza integrativa in materia di previdenza e assicurazioni sociali esiste solo — e questo lo affermano tutti gli esperti di Roma, ho parlato anche con il direttore generale dell'INPS — se questa categoria delle casalinghe è stata già riconosciuta dalla legge dello Stato come titolare di un'assicurazione sociale e quindi è stata riconosciuta come lavoratrice. Questo non è il nostro caso. Di conseguenza sono stati fatti numerosi tentativi, sono state presentate una decina di iniziative legislative anche in questi 5 anni di legislatura, per aumentare le assicurazioni sociali, oppure per riconoscere le casalinghe — garantendo di conseguenza la titolarità di una pensione sociale, oppure, versando i contributi, una pensione vera e propria, che proprio per questo non può più dirsi pensione sociale. Ma perché queste iniziative non sono mai andate a buon fine? Sappiamo che sarebbe troppo semplicistico addurre questa motivazione: il Ministero del Tesoro ha detto che lo Stato oggi come oggi non ha i soldi per sostenere quest'onere. Qui non si parla di alcune migliaia di miliardi, qui si parla di circa 10 mila miliardi per tutt'Italia, come prevedono anche queste iniziative legislative. Noi sappiamo benissimo che sono state impugnate delle leggi, che introducevano per una determinata categoria le assicurazioni sociali. Altre categorie affini a questa hanno poi detto: perché questa assicurazione sociale è stata estesa a questa categoria e non a quelle affini? La Corte costituzionale ha così statuito che tutti coloro che più o meno si trovano nella stessa condizione, devono godere dello stesso trattamento. Quindi queste assicurazioni sociali devono essere estese con legge dello Stato. E così il Parlamento ha esteso la legge ad altri beneficiari, perché altrimenti avrebbe dovuto revocare anche le assicurazioni sociali a favore di quella determinata categoria, che era stata oggetto del ricorso. Per questo è stata estesa e Carli ha detto: uno dei motivi per cui il bilancio dello Stato si trova in questa condizione catastrofica, è costituito proprio da queste sentenze della Corte, che hanno obbligato il Governo ad estendere queste assicurazioni sociali. E ci sono già costate 80.000 miliardi. Questa è la ragione per cui tutti questi tentativi sono falliti. 76 senatori della Dc hanno presentato una proposta di legge analoga circa un anno fa, e sono stati preceduti soprattutto dal partito socialista — le donne senatrici e le deputate del PSI — perché volevano dimostrare che le donne deputate hanno maggiore

comprensione per le casalinghe che non gli uomini. Ma benché siano un partito di governo, — anche se è la Dc il maggiore partito e il PSI è il secondo — e in 5 anni hanno dato avvio ad una decina di iniziative legislative per concedere la pensione alle casalinghe, non sono mai riusciti a portarle in porto. E qui non si discuteva se la competenza fosse dell'uno o dell'altro. Il Parlamento avrebbe potuto introdurre delle leggi in materia di assistenza sociale o una pensione sociale, oppure ancora definire il lavoro casalingo come attività lavorativa ai sensi della legislazione sociale e introdurre così dei contributi, che con un intervento dello Stato, avrebbero potuto consentire l'erogazione della pensione alle casalinghe. Il Parlamento non si è posta la questione se ci fosse la competenza o meno. Avrebbero potuto operare a tutti e due i livelli. Ma in 5 anni non si è riusciti, anche se una pensione alle casalinghe, sia sotto forma di pensione sociale sia sotto forma di prestazione previdenziale, in tutt'Italia avrebbe portato sicuramente molti voti al partito o al gruppo che l'avrebbe proposta. 76 senatori della Dc, ovvero quasi tutta la Dc, lo scorso anno hanno fatto un ultimo tentativo. Ma non è andato avanti. Non si è arrivati ad una votazione finale. Pertanto a mio avviso se le cose restassero così, ci sarà un motivo in più per giustificare il rinvio della legge. Del resto non va dimenticato che le Province hanno competenza primaria in materia di assistenza sociale. E lo Stato potrebbe dire: se credete che da voi le casalinghe abbiano effettivamente bisogno di questo aiuto, più che nelle altre regioni d'Italia, perché da voi rispetto al resto d'Italia, ci sono più casalinghe che non sono contemporaneamente anche donne lavoratrici, — perché noi per quanto concerne la famiglia, abbiamo una società migliore — se volete assolutamente fare qualcosa, allora fatelo con legge provinciale, e migliorate in tal senso la pensione sociale del 1969. Lo Stato non avrebbe nulla in contrario, e bisogna anche dire che non potrebbe obiettare dicendo: se voi introducete queste provvidenze sotto forma di assistenza sociale costituite un precedente per tutta l'Italia ed io sono costretto ad estenderle a tutti, anche a quelle regioni che hanno pochi soldi, in quanto sarebbe un'ingiustizia. Perché solo le casalinghe del Trentino Alto Adige devono godere di questa pensione sociale più ricca, quando anche nelle altre regioni ci sono le stesse identiche casalinghe? In questo caso lo Stato non sarebbe indotto a farlo, perché le Province potrebbero dire che questa provvidenza è più urgente di altre misure assistenziali, esistenti nel resto d'Italia. Se le due Province ritengono che in Trentino e in Alto Adige questo intervento sia più urgente, essendo le casalinghe più bisognose e dimostrando noi maggiore comprensione per costoro, le Province, con i loro soldi — perché lo Stato non interverrebbe in nessun modo — potrebbero introdurre questa pensione e lo Stato non avrebbe nulla da obiettare. Anche la Corte costituzionale — se qualcuno promuovesse ricorso, e secondo me ci sarà di certo — non potrebbe dire: non avete la competenza, guardate la mia sentenza del 1971 in cui si dice che solo se il lavoro casalingo viene riconosciuto come attività lavorativa ai sensi della assicurazione sociale, voi potete legiferare in questa materia.

Quindi io sono dell'avviso che le nostre casalinghe non dovrebbero venire illuse. La Regione dovrebbe adottare solo gli interventi — e dei 5 previsti solo uno è ammissibile, — che può realizzare perché ne ha la competenza. In questa legge non è prevista la pensione alle casalinghe, bensì altre provvidenze, che a mio avviso sono tutte giuste. Ma la Regione dovrebbe legiferare in quegli ambiti in cui può operare in base alla previdenza integrativa, di cui è titolare. Peraltro dovrebbe anche dire che tutto il resto verrà predisposto dalla Provincia in tempi brevissimi.)

PRÄSIDENT: Danke, Herr Abgeordneter.

Der nächste Redner ist der Abg. Montali. Er ist nicht im Saal. Dann frage ich, ob andere Wortmeldungen sind. Die Abg. Franzelin?

Dann stimmen wir über den Abänderungsantrag ab. ...wer noch? Damit ist die Anzahl zur geheimen Abstimmung gegeben und dem wird somit stattgegeben. ...Herr Abgeordneter. Sie haben Ihre Wortmeldung verpaßt. Das tut mir leid, aber wir haben noch viele Artikel und viele Abänderungen, wo Sie reden können.

Ich bitte um Verteilung der Stimmzettel.

Wir stimmen über den Abänderungsantrag der Kollegin Berger und andere zur Streichung des Wortes "tutela" bzw. "des Schutzes" ab und ich würde sagen, diesen Abänderungsantrag sollte man annehmen, weil es ist nur eine technische Korrektur, die ich vorhin selber vornehmen wollte.

PRESIDENTE: Grazie, consigliere.

Il prossimo relatore iscritto a parlare è il cons. Montali. Non si trova in aula. Qualcun altro intende intervenire, Cons. Franzelin?

Allora passiamo alla votazione sull'emendamento. Chi altri? Bene, il numero richiesto è stato raggiunto. La votazione verrà effettuata per scrutinio segreto. Consigliere, purtroppo Lei si è iscritto a parlare troppo tardi. Comunque ci sono molti altri articoli ed emendamenti sui quali potrà intervenire.

Prego distribuire le schede.

Ora voteremo l'emendamento della collega Berger, teso a stralciare la parola "tutela". Io suggerirei di votare a favore di questo emendamento in quanto si tratta di una correzione tecnica che si sarebbe potuta fare anche d'ufficio.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Abstimmung ist abgeschlossen.

Ich darf das Abstimmungsergebnis bekanntgeben:

Abstimmende:	51
mit Ja haben gestimmt:	10
mit Nein:	37
weiße Stimmzettel:	3
nichtige Stimmzettel:	1

Damit ist der Abänderungsantrag abgelehnt.

PRESIDENTE: La votazione è terminata.

Rendo noto l'esito della votazione:

votanti	51
voti favorevoli	10
voti contrari	37
schede bianche	3
schede nulle	1

L'emendamento è respinto.

PRÄSIDENT: Wir kommen jetzt zur Diskussion zum Art. 1. Ich sehe keine Wortmeldungen. Die Diskussion geht weiter. Wer meldet sich zum Art. 1 zu Wort?

Frau Abg. Berger, Sie haben das Wort.

PRESIDENTE: Passiamo ora alla discussione sull'art. 1. Nessuno intende intervenire. La

discussione prosegue. Chi chiede la parola sull'art. 1?
Cons. Berger, a Lei la parola.

BERGER: ...la stanchezza dell'ora... Signor Presidente, come faccio a richiamare la sua attenzione? Lei ha aperto la discussione sull'art. 1 così emendato...

(Interruzione)

BERGER: Quale emendamento abbiamo apportato all'art. 1?

(Interruzione)

BERGER: Ha aperto la discussione sull'art. 1 così come emendato!

(Interruzione)

PRÄSIDENT: No, è una traduzione errata, non ho detto così.

BERGER: Ho buona memoria, non è stato emendato.

Signor Presidente, ci troviamo in una situazione dal punto di vista politico veramente imbarazzante per i nostri lavori, per l'aula, ma soprattutto per la maggioranza. Abbiamo ritenuto di bocciare proposte emendative che sono venute sia dalla minoranza, perché uno era a firma mia e l'altro discusso congiuntamente a firma del collega Duca, quindi di un gruppo di maggioranza ed accolto dall'assessore Morandini, che toglieva il riferimento all'art. 31 della Costituzione. Abbiamo ritenuto di mantenere in vita questo riferimento, che quindi corre il rischio di determinare la bocciatura da parte del Governo, perché come più volte abbiamo discusso, approfondito, verificato e confrontato, l'art. 31 della Costituzione tutela la famiglia per quanto riguarda le materie provvidenziali e quindi per quanto riguarda l'assistenza, che, come sappiamo, per Statuto è competenza delle due Province e non della Regione. Peraltro abbiamo ritenuto anche – non capisco con quale ragione di opportunità, essendo stato accolto il mio ultimo soppressivo anche dal Presidente del Consiglio – di mantenere in vita quel pleonastico, ma non solo pleonastico, politicamente e giuridicamente improprio, attributo di "tutela del lavoro casalingo" che ritengo per l'ennesima volta sia altro vizio di incostituzionalità, perché per quanto riguarda le competenze statutarie attribuite dall'art. 6 in materia di previdenza noi possiamo solamente integrare e non innovare, quindi quella soppressione poteva garantirci di estendere, se vogliamo in forma impropria, una integrazione di prevenzione per il lavoro domestico in senso lato, così come è stato già adesso previsto. Il non averlo voluto fare mi sembra che sia un ulteriore elemento di confusione.

A questo punto, alle ore 16.00 della quarta giornata di discussione, stiamo discutendo l'art. 1 con una situazione politica che è irriassumibile, come giustamente mi suggerisce il collega Rella, ma comunque riassumibile così: la maggioranza assolutamente irrigidita su un atteggiamento di ostilità a qualsiasi possibilità di confronto, mentre al proprio interno emergono con sempre maggiore chiarezza tutte le differenziazioni di posizione, una proposta di legge che gode del consenso quindi di una sola delle componenti di due partiti di maggioranza e che in realtà vede al proprio interno la forte opposizione della componente socialista, tutti gli altri gruppi di quest'aula impegnati non ancora in maniera ostruzionistica, ma esclusivamente propositiva ed approfondita, a cercare momenti di convergenza per modificare questo disegno di legge, che sembra già essere destinato ad affossarsi per morte naturale, se non

interverranno ulteriori momenti di confronto, peraltro con una minaccia di cambio delle regole avanzata dalla componente di maggioranza, che vorrà dire ulteriormente aggravare la situazione di scontro e non la possibilità di confronto.

E' evidente che in democrazia, quando esiste un'espressione di maggioranza che gode del 66% in un'aula e non riesce a procedere, vuol dire che quel provvedimento legislativo è talmente inaccettabile, è ritenuto tale dalla stragrande maggioranza dei consiglieri che, o viene ritirato, o la scelta di paralizzare i lavori dell'aula compete e viene rimandata al mittente e rimane in capo soltanto alla maggioranza.

Quindi credo per tutte queste ragioni che il mio voto contrario sarà assolutamente convinto, ritenendo peraltro — e su questo vorrei richiamare l'attenzione dell'assessore proponente — che l'aver mantenuto, nonostante l'assessore Morandini abbia ritenuto opportuno togliere, dopo due giorni di discussione molto motivata, il riferimento all'art. 31 sia un siluro che gli viene dai componenti della maggioranza.

Credo che sicuramente ci sia stata una verifica di incostituzionalità a questo richiamo; per quanto riguarda le nostre competenze è evidente che non ci può essere da parte del Governo un visto che consenta di mantenere un dato di tale ambiguità su quelle che sono le nostre competenze statutarie e che sicuramente questa legge, ed in quel senso proprio di rispetto del lavoro dell'assessore proponente avevamo ritenuto di togliere quell'ancoraggio all'art. 31 della Costituzione pur essendo convinti oppositori di questo disegno di legge, il fatto che l'assessore sia addivenuto ad un convincimento comune al nostro e poi la sua proposta di accoglimento sia stata bocciata dalla maggioranza, signor assessore, non posso che ritenerlo che quello che è di fatto: un siluro nei suoi confronti, ma sicuramente anche un atto di boicottaggio per il proseguo dei lavori dell'aula...

(Interruzione)

BERGER: Evidentemente ha avuto un attimo di disattenzione: Non avremmo potuto votare, giustamente perché ho ricordato questo al Presidente del Consiglio, il suo emendamento, perché già ci stavamo esprimendo sul mio e su quello del cons. Duca, che erano identici. Erano uguali al suo e non si può votare due volte sulla stessa materia, quindi avevo ricordato questo, che, sebbene non disciplinato dal nostro Regolamento, come sempre vige il Regolamento della Camera, che in realtà lo prevede in maniera molto puntuale.

Detto questo credo, assessore, che lei debba assumersi una responsabilità coraggiosa che ridia dignità a quest'aula. E' evidente che non gode del conforto e della tenuta di una maggioranza, la maggioranza è al proprio interno assolutamente disomogenea e ci sono vasti contrasti che emergono in misura sempre più palese attraverso alcune votazioni d'aula, laddove si crea un momento dialettico costruttivo e propositivo tra opposizioni e l'assessore proponente e quindi ritengo che sia indispensabile ridare dignità a quest'aula. Questo disegno di legge, così come è presentato e formulato, se non ha un ambito di ragionamento rispetto al quale alcuni degli emendamenti sostanziali non vengono dichiarati accoglibili, paralizzierà quest'aula, ma per un veto incrociato, attribuendo le responsabilità a noi, ma essendo componenti stessi della maggioranza che facilitano il nostro lavoro facendo decadere il numero legale, sollecitandoci individualmente a contenere in questa battaglia, richiamandoci al fatto che questa legge non ha nessuna previsione reale di spesa, richiamandoci al fatto che il secondo pacchetto sarà veramente un ulteriore aggravio delle nostre finanze, perché anche lì la previsione non è certa, allora voglio dire, signori, che non sempre campagna elettorale può giustificare, anzi, mai campagna elettorale dovrebbe giustificare il massacro della dignità di una istituzione; per cui a questo punto, dopo tre giorni di discussione, impantanati ancora nella discussione dell'art. 1,

conosco l'onestà intellettuale dell'assessore proponente e quindi lo richiamo ad un atto di rispetto per il lavoro comune, ma soprattutto per questa istituzione, a sospendere la trattazione di questo disegno di legge.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Tretter)

(Vizepräsident Tretter übernimmt den Vorsitz)

PRESIDENTE: La parola al cons. Tonelli.

TONELLI: Signor Presidente, vorrei riprendere l'ultima parte dell'intervento della cons. Berger che mi ha preceduto.

Anch'io sono convinto che alla fine del dibattito sull'art. 1 – poi vedremo come continuerà il dibattito in quest'aula – sia bene, al di là delle impuntature, delle posizioni preconcepite e delle furberie, da parte di qualcuno di noi, di chi lo ritiene opportuno e sono uno fra questi, esprimersi su questa vicenda, anche perché anch'io sono convinto che sia dovuto, almeno da parte mia, proprio alla persona dell'assessore competente in materia, lo dico con molta franchezza, se si trattasse di un altro assessore, non mi interesserebbe nulla chiarire determinate questioni, invece le voglio chiarire perché anch'io sono uno di quelli che conosce l'onestà intellettuale dell'assessore Morandini e gliene dò pubblicamente atto.

Abbiamo fatto una discussione in Commissione che è durata molto tempo, nella quale abbiamo visto in modo palese la sottovalutazione completa che la maggioranza – non la minoranza – ha fatto di questo disegno di legge, il ragionamento della maggioranza è il solito, "ma chi se ne frega di questa roba, tanto poi ci penseranno o le opposizioni, o le riunioni politiche di maggioranza che si fanno a Trento o a Bolzano o le segreterie dei partiti a fermare questo disegno di legge, o a cambiarlo", ma comunque di sottovalutazione si tratta, perché si è abituati a proseguire nei propri affari – in termini positivi –, l'assessore provinciale continuerà a procedere per la sua strada, la maggioranza pure, tanto poi nelle Commissioni ci sono Solidarietà, la Berger, il P.D.S., i Verdi e saranno loro a fermare questa cosa che non va bene.

Questo giudizio non viene da noi, ma da esponenti di spicco della maggioranza e sono giudizi che abbiamo sentito anche in pubblici convegni, non vi dico quali, ci sono verbali, in cui alti esponenti della maggioranza hanno dato questo giudizio, del resto queste cose sono risapute. Questo per quanto riguarda il primo punto.

Secondo punto: credo che il modo in cui stiamo discutendo la vicenda di come siamo arrivati in aula con questo disegno di legge, Presidente ed assessore Morandini, debba farci riflettere su un'altra questione, non so come ne usciremo, non credo che potremo uscirne con i cambiamenti del Regolamento, potete anche farlo se ne avete la forza, ma sarà l'assassinio definitivo dell'ente Regione o del Consiglio regionale, e la riflessione va fatta anche sull'ente, sul perché si arriva in quest'aula in queste condizioni, sul perché a livello di Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige non si è in grado di fare discussioni serie ed approfondite per istruire i disegni di legge, in modo che il dibattito in aula, come avviene in Consiglio della Provincia autonoma di Trento, lo posso testimoniare, sia un momento di approfondimento vero e proprio. Perché questo non succede? Credo che anche da questo punto di vista vada fatto un ragionamento. Sono convinto che il modo con il quale siamo arrivati a questa discussione ed il modo con il quale stiamo discutendo in questa sede sono anche – non voglio levarmi le mie responsabilità, non so quanti emendamenti ho firmato, non più di due do tre, ho parlato, mi pare, un paio di volte o tre sull'articolo 1, mi assumo le mie responsabilità – però credo seriamente che dobbiamo interrogarci tutti, assessore Morandini e membri della maggioranza, sul modo come funziona l'istituto della Regione Trentino-Alto Adige ed il Consiglio regionale

del Trentino-Alto Adige.

Se voi credete o sognate che la soluzione di questo problema si possa trovare sospendendo la discussione su questo argomento ed andando ad un cambio del Regolamento del Consiglio, cioè delle regole del gioco mentre si gioca, come qualcuno ha detto prima, è una cosa da pazzi, potete anche farlo, batterete noi, farete passare il disegno di legge che non ci piace, non ha alcuna importanza, avrete dato una picconata — visto che ormai si usa questo termine — micidiale e definitiva a questa "baracca", valutate se questo è il modo per risolvere un problema che è politico, al di là del contenuto di questo disegno di legge. Sto parlando della serietà, del modo, dei tempi con i quali i consiglieri delle due Province, perché di questo si tratta, intendono il lavoro in Consiglio regionale, intendono l'ente Regione, questa è la realtà che abbiamo di fronte e la realtà è — ripeto — che in Commissione è mancato non solo il numero legale moltissime volte, mancando i membri della maggioranza, il cons. Kußtatscher che sta uscendo non può che confermare quello che dico, ma è mancato l'impegno della maggioranza, non importava nulla a nessuno, perché si era abituati ad una logica secondo la quale c'è qualcun altro che ci pensa, che farà, "se non piace la cosa, rinviandola, tanto poi ci sarà un gradino successivo nel quale si incepperà la materia"; l'assessore Morandini sa che ho ragione, che è così, lo sai anche tu che sono amici del tuo partito, della tua organizzazione che la pensano in questo modo, anche ora in quest'aula sono qui seduti insieme a noi membri del S.V.P. che pensano in questo modo: "tanto ci sarà un gradino successivo, tanto in qualche modo le cose si fermeranno" e non si affrontano invece i nodi che abbiamo di fronte per quello che sono.

Ci sono dei nodi all'interno di questa legge, lo abbiamo già sollevato, so che, se dovesse vincere la ragione ed arrivare ad una qualche forma di mediazione seria attorno a questo disegno di legge so già quali sono le questioni che salteranno, dei provvedimenti che sono qui dentro contenuti, e lo sa anche l'assessore Morandini, ci sono all'interno di queste provvidenze delle cose che sono contro la legge nazionale, mi riferisco, per esempio, al discorso dell'aumento della spesa sanitaria, all'incentivo all'ospedalizzazione che è sollecitato qui dentro in maniera nettissima, ma andremo contro tutti i principi di riforma sanitaria a livello nazionale, quali sono la de-ospedalizzazione, noi invece diciamo alla casalinga che si ospedalizzi "per l'amor del cielo, più stai all'ospedale e più soldi ricevi". Questo è quello che è contenuto all'interno del disegno di legge, mentre sappiamo bene che tutti i principi fondamentali all'interno dei quali deve stare anche la materia ordinamentale primaria, di cui la Regione in questo caso ha potestà, ma i principi fondamentali di riforma della Repubblica, in questo caso, prevedono esattamente il contrario. Ci arriveremo a discutere anche questo.

Anche per quanto riguarda l'art. 31 non so se è un siluro nei confronti dell'assessore Morandini, può darsi che lo sia, sono convinto che la votazione sull'emendamento della cons. Berger, che era identico al secondo del cons. Taverna per alcuni aspetti, che era identico all'emendamento presentato in aula dall'assessore Morandini, non so sia un siluro, ripeto, ma sicuramente è il segno della dabbenaggine, del modo, ancora una volta, con il quale si lavora all'interno di questo istituto, che si chiama Consiglio regionale del Trentino-Alto Adige. E' il segno di come la stragrande maggioranza dei consiglieri non sia stata nemmeno attenta a quello che ha votato: siccome era firmato Berger si vota contro, senza rendersi conto che due emendamenti dopo ce n'è uno identico firmato da Morandini, che chiede una cosa fondamentale. Tra l'altro avete votato di mantenere il riferimento all'art. 31 all'interno dell'art. 1, che a nostro parere è una grossa zeppa giuridica per fare bocciare il disegno di legge dal Governo, disegno di legge che manifesta l'incompetenza della Regione a legiferare in materia assistenziale, cioè in riferimento all'art. 31.

Poi c'è l'altra questione, quella che riguarda il riferimento alla famiglia e che rimanda all'art. 29 di quel capo della Costituzione della Repubblica, che afferma come la

famiglia sia basata sul matrimonio, mentre il 31 sostiene la famiglia eccetera, quindi questo riapre l'altro ragionamento, che saremo costretti a fare articolo per articolo, quando ci saranno gli articoli che affronteranno chi sono i soggetti potenzialmente beneficiari delle provvidenze di questo disegno di legge, cioè la famiglia di fatto o quella naturale, come dice la Costituzione, e su questo ci sono emendamenti della maggioranza, una maggioranza socialista che presenta gli emendamenti e poi non si presenta mai in aula a sostenerli. I socialisti nel loro intervento in discussione generale hanno rivolto una critica molto dura a questo punto, hanno presentato emendamenti identici ai nostri e che, guarda a caso, sono emendamenti che vanno nella direzione della soppressione all'art. 1 del riferimento all'art. 31 della Costituzione, lo aveva capito anche l'assessore Morandini, che aveva presentato un emendamento che è stato respinto dalla maggioranza del Consiglio.

Allora al di là del contenuto, assessore Morandini, sul quale sappiamo bene quali sono i punti che non ci vedono dissenzienti, ma chiedo a lei, al Presidente Tretter, perché ad altri è meglio non rivolgere la parola, ai consiglieri, vi sembra che questo possa essere un modo serio di procedere? Vi sembra che in questo modo il Consiglio della Regione Trentino-Alto Adige sia in grado di affrontare una qualsiasi competenza, al di là delle leggi sul Catasto, sul Tavolare, queste cosette ridicole, al di là di queste cose ogni volta che il Consiglio regionale dovrà essere chiamato a legiferare su una cosa seria – parleremo quando sarà concluso l'esame di questo disegno di legge ed affronteremo la legge di riforma dell'ordinamento dei Comuni – voi credete che in questa sede si sia in grado di fare un ragionamento serio? Penso di no. Ci troveremo più o meno nello stesso identico clima, con emendamenti a raffica da discutere intorno ad una serie di nodi, che riteniamo fondamentali, con un Consiglio regionale incapace, impossibilitato, perché deficiente, handicappato, mancante di una capacità ormai di tempo, oltre che dell'impegno, perché questo istituto è stato disintegrato in questi anni.

Questa è la ragione vera per la quale siamo qui a discutere in questo modo, al di là dei contenuti di questo disegno di legge, perché avete – è una responsabilità grossa della maggioranza – la responsabilità di aver disintegrato il Consiglio regionale. Non sono di quelli che fanno la battaglia qui dentro per il recupero della potestà della Regione, lo sapete bene, sono un convinto sostenitore del secondo pacchetto di autonomia da questo punto di vista, quindi per la separazione nelle due Province, ma quelle che sono le competenze che devono essere esercitate vanno esercitate ed in questo modo anche quel ruolo di cerniera, cultural-politico – chiamatelo come volete – che questo ente dovrebbe continuare a sostenere è letteralmente rovinato, ma di questo la responsabilità non è di una opposizione che cerca i modi regolamentari per sostenere delle idee e dei principi, che inutilmente ha tentato di mettere a confronto, non in contrapposizione, all'interno della discussione in Commissione di tutto quello che si è fatto, ma trovandosi di fronte ad un marasma nulla può da questo punto di vista e questo è il problema che, secondo me, abbiamo davanti.

Potete decidere il modo con il quale procedere, alle ore 17.30 si terrà la riunione per vedere se siete capaci di impiecarei attraverso queste proposte di riforma che ho visto, tra l'altro anche questo è un bel segno del modo con il quale si lavora, i consiglieri provinciali con i quali siamo abituati nelle Province ad affrontare seriamente determinate questioni, che qui sono addirittura proponenti o sono complici di modalità golpiste di procedere, in cui qualsiasi principio del dialogo e della democrazia viene calpestato in nome di un decisionismo di cui francamente non si capisce, credo che all'interno della minoranza – almeno di questa parte, se li conosco bene, ma in questo momento parlo per quanto mi riguarda – non c'è nessuno che contesti il diritto di una maggioranza di governare, nessuno contesta il diritto della maggioranza di un Consiglio regionale o provinciale di poter procedere su determinate cose, quello che contestiamo è di procedere senza le idee chiare, senza essere venuti, da parte di

molti qui dentro, a mettere giù le carte in termini chiari e a vedere se i provvedimenti che ci costano, fra l'altro, 100 miliardi e di cui non sappiamo, se ci costeranno di più o di meno – potrebbero costare anche molto di più di 100 miliardi – questo non lo so, assessore, è un'ipotesi, comunque è un bel pacchetto di soldi della collettività e sappiamo che intorno a questo provvedimento non c'è stato il dovuto approfondimento, non si sono calate le carte in termini chiari sul tavolo, questa è la preoccupazione seria, assessore Morandini, che abbiamo. Qui non c'è nessuno che si diverte – no, questo non lo dico a lei, magari qualche articolo che abbiamo letto sul giornale, i giornalisti sono liberi di scrivere quello che vogliono, però sono libero di dire che, come ci sono dei pessimi politici, ci sono anche dei pessimi giornalisti, questo bisogna anche dirlo, vale per tutti, anche per me, leggiamo ogni tanto delle cose incredibili da questo punto di vista – qui non c'è nessuno che si sta divertendo a portare avanti un certo tipo di discussione, qui siamo profondamente preoccupati. Per quanto riguarda la forza politica che rappresento molto spesso riferita ad una minoranza della società, sappiamo che c'è qualcuno nella società civile che aspetta questo provvedimento, come il Presidente Peterlini nelle sue sbrodolate quotidiane ci ha ricordato nei giorni scorsi, ma sappiamo anche che un altro bel pezzo di società non è d'accordo su questo disegno di legge, su nemmeno uno dei provvedimenti che sono qui dentro contenuti e non sono tutti uomini, vi è anche una gran parte dell'altra metà del cielo, come si suol dire, abbiamo sentite anche le organizzazioni femminili della CGIL, della CISL di Bolzano in maniera molto esplicita a cassare, a dire che questo disegno di legge non va bene dalla prima all'ultima parola, quindi anche da questo punto di vista credo che quando usiamo una fetta così consistente del bilancio della Regione Trentino-Alto Adige dobbiamo chiederci a quanta parte della società civile rispondiamo, se è un atto di giustizia anche questo spendere così tanti soldi solo per un pezzetto della società civile, oppure se questi soldi andrebbero spesi da buoni amministratori per una parte maggiore della collettività, della società civile, della gente. Queste sono domande folli? Sono domande da oppositori incancreniti e ostruzionisti? Penso di no. Queste sono le domande che ci siamo posti in questi mesi e questa è la convinzione che anche alla fine della discussione su questo art. 1 prendiamo.

Ultima questione: credo – francamente da questo punto di vista e mi assumo la responsabilità di quello che dico, che secondo me è abbastanza grave, poi a qualcuno può anche non importare – che in quest'aula, mi appello ai consiglieri, che sono convinti delle loro posizioni, da una parte e dall'altra, la cons. Franzelin, convinta sostenitrice, mi piace perché ho visto in lei in questi anni, anche con i suoi emendamenti al bilancio di anni fa, convinta di queste cose, che ha portato avanti la problematica con serietà e convinzione, mi appello ai consiglieri, non solo alla cons. Franzelin: sembra giusto a voi della maggioranza, che la pensate in un certo modo, ma che avete lavorato seriamente attorno a questo disegno di legge, come ad altri, o a noi, che la pensiamo in un altro modo, ma che abbiamo tentato di lavorare intorno a determinate questioni, che tutti noi si debba essere sempre – in quest'aula in particolare, nei Consigli provinciali un po' meno – servi, schiavi e marionette di alcuni maggioranti politici, segretari, capigruppo, capi e capetti di partiti, che qui dentro non ci sono mai, che passano ogni tanto da quest'aula, dettano legge nei loro rapporti arroganti di potere, offensivi anche per l'atteggiamento nei confronti di quelli che lavorano, i peones, di cui sicuramente sono uno, vi sembra giusto che questo sia il modo di procedere in un Consiglio regionale di una Regione a Statuto speciale, per cui siamo tutti tirati per le fila da gente che passa qui tre minuti e poi va a fare liste, va a fare robe al Senato, altre storie sue, poi va a fare l'assessore, poi torna qui tre minuti, se ne va di nuovo ed avanti di questo passo? Credo che anche questo vada rifiutato, anche questo è un problema che riguarda la coscienza soggettiva di ognuno di noi, al di là del partito di appartenenza, è ora di finirla anche da questo punto di vista, secondo me, che appunto decisioni importanti, che riguardano la vita di 880 mila persone, tanti sono gli abitanti della

regione, possano essere prese alla leggera, tra una riunione che fa la lista del Senato ed una che fa quella della Camera, in tre minuti "per liquidare questi quattro sciocchi delle opposizioni, che ci rompono le scatole e non ci fanno lavorare". Questo non è un modo di procedere, rivendico anche da questo punto di vista il fatto che qui dentro facciamo un servizio alla collettività, non ricattiamo nessuno, siamo – almeno credo che molti di noi lo siano – incapaci di ricattare costituzionalmente, fisicamente, siamo capaci solo di portare avanti le nostre idee e le nostre convinzioni.

Questo è il problema, assessore Morandini, – non sono convinto di avere la verità in tasca – ma alcune delle cose che ho detto in questo momento per dichiarare il mio voto contrario all'art. 1 andrebbero riflettute anche da voi, non sono sciocchezze, ne sono profondamente convinto, e lo sapete bene. Ci sono dei nodi attorno ai quali o discutiamo e cerchiamo di risolverli, cerchiamo di dare dignità al dibattito politico che stiamo facendo, oppure penso francamente che alla fine di questa cosa le picconate da una parte e dall'altra non avranno risolto assolutamente nulla, non avranno portato alcun contributo serio ai problemi che abbiamo di fronte, ed in particolare in questo caso alla determinazione o meno di spendere un così consistente pacchetto di miliardi della collettività in una direzione o nell'altra.

PRESIDENTE: La parola alla cons. Berger.

BERGER: Grazie, signor Presidente. Intervengo sull'ordine dei lavori. Come l'ho informata prima, non è stato trattato ancora un mio emendamento all'art. 1. Ora non so come possiamo procedere, però quell'emendamento si inseriva perfettamente nel ragionamento che avevo fino ad ora sviluppato, non so se la prassi consenta che si sospenda la discussione generale sull'art. 1 e si possa trattare l'ultimo emendamento all'articolo medesimo.

PRESIDENTE: La cons. Berger è nel giusto nel fare presente alla Presidenza che c'è stata questa dimenticanza, dobbiamo ritornare sull'emendamento ed allora mi scuso con la proponente, dobbiamo ridiscutere l'emendamento che per noi è stato numerato con il n. 10 e recita: "Emendamento all'art. 1, comma 1: le parole "istituendo forme di previdenza" sono abrogate." Dico bene? Se intende illustrarlo le dò la parola.

BERGER: Grazie, signor Presidente. Credo che ci sbrigheremo molto velocemente, perché si ricollega perfettamente a quello che avevo già detto sia in discussione generale, ma poc'anzi nella discussione dell'art. 1. L'assessore Morandini sa perfettamente che le nostre competenze per quanto ci viene attribuito dall'art. 6 ci consentono solamente competenze previdenziali integrative.

Dovrei essere una di quelle persone che è particolarmente lieta di vedere nell'art. 1 tutta una serie dal punto di vista legislativo e giuridico delle improprietà e motivi di ricsuzione e di rigetto da parte dello Stato, ma l'assessore sa anche quanto sia attenta invece e rispettosa del nostro modo di legiferare. Allora l'inserire nell'art. 1 la definizione "istituendo forme di previdenza" è in palese contrasto con le nostre competenze, quindi l'articolo rimarrebbe molto pulito se noi sopprimessimo questa definizione e rimarrebbe così: "...La Regione integra la normativa previdenziale statale in materia di protezione dei lavoratori sia dipendenti che autonomi..." e via dicendo. Questo dal momento che di solito, e quindi lo dico per l'assessore proponente, sicuramente contro il mio interesse che è dichiaratamente contrario all'impianto generale della legge, se nell'art. 1 mettiamo già delle finalità che sono contrarie a quelle che lo Statuto ci consente, esiste un motivo di più. Qui abbiamo un richiamo all'art. 31 della Costituzione che viene disciplinato attraverso le competenze provinciali in materia di

assistenza, se riteniamo anche di andare oltre quelle che sono le nostre competenze in materia di previdenza, che sono sì competenze regionali, ma esclusivamente integrative, mantenendo questa definizione il Governo rinverrà la legge per illegittimità e contrasto palese con le competenze statutarie.

PRESIDENTE: Vorrei chiarire, collega Berger, che presiedo questo Consiglio da 10 minuti e non è sicuramente un infortunio di questa Presidenza...

(Interruzione)

PRESIDENTE: No, è l'organo collegiale, ma prendo atto che c'è stata questa dimenticanza e siamo in discussione dell'emendamento a firma della cons. Berger.

(Interruzione)

PRESIDENTE: Qualcuno intende intervenire sull'emendamento? ho delle prenotazioni, ma non so se si riferiscono alla discussione generale o all'emendamento.

La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER: Der Art. 1 ist selbstverständlich der Grundsatzartikel des gesamten Gesetzes, sodaß er schon Anlaß zur Auseinandersetzung über die Gesamteinstellung sein kann. Ich kann wohl sagen, ich habe immer wieder Argumente gebracht aufgrund von Gesetzen, von Verfassungsgerichtsurteilen, von bestehenden Gesetzen, von den in der Kammer und im Senat eingereichten Gesetzen und ich bringe jetzt ein neues Argument. Seinerzeit – das war am 16. Jänner 1990 – haben wir, die Union für Südtirol, hier einen Gesetzesentwurf betreffend die "Errichtung von autonomen Sozialvorsorge- und Unfallversicherungsinstituten", aufgrund des Art. 6 des Autonomiestatutes und der Durchführungsbestimmungen, Art. 1 und 2 eingebracht, und haben beantragt, daß die Region pro Provinz eigene Sozialversicherungsinstitute und Unfallinstitute errichten sollte und womit die Aufgaben der bestehenden halbstaatlichen Institute übernommen werden, wie es die Durchführungsbestimmungen vorsehen, bzw. die Aufgaben nicht nur dieser beiden Körperschaften, sondern aller anderen Körperschaften und Institute, die auf diesem Sachgebiet soziale Vorsorge und Sozialversicherung also nicht privat, sondern öffentlich-rechtlich tätig sind, einschließlich des Personals der Region und der autonomen Provinzen und aller unter der Aufsicht der Region oder der Provinzen stehenden Körperschaften. Da haben wir vorgesehen, daß diese Errichtung dann in Kraft tritt, sobald – wie in den Durchführungsbestimmungen vorgesehen – das Dekret des Präsidenten der Republik erlassen sein wird, welches dann bestimmen soll, daß die Versicherungsbeiträge an diese beiden Landesinstitute, die von der Region anstelle der halbstaatlichen Institute eingerichtet werden, abgegeben werden. Und wir haben auch gesagt, wir wissen, daß rein was den Versicherungshaushalt betrifft, bei uns sowohl in Bozen als auch in Trient der Haushalt ausgeglichen ist, sogar eine gewisse Mehreinnahme vorhanden ist, also kein Defizit vorhanden ist. Nur ist, was den Sozialfürsorgehaushalt betrifft, die sogenannte "gestione interventi assistenziali", wie sie dann im Art. 37 des Staatsgesetzes von 1988 genannt worden ist, passiv. Die Region hätte dann, indem sie diese Institute und den ganzen Haushalt übernehmen hätte, selbstverständlich sagen können: Ja, aber was diesen Haushalt der Sozialfürsorgeleistungen betrifft, das ist Sache der Provinz. Entweder die Provinzen übernehmen es durch Gesetz oder solange diese Übernahme nicht erfolgt, müßt ihr Provinzen mitzahlen, damit dieser Haushalt überhaupt dann ausgeglichen bleibt und wir haben gesagt: tun wir es doch, dann nehmen wir

dem Staat etwas ab. Der Staat sagt dann immer: Ja, aber wenn dann ein Defizit eintritt, dann soll ich Staat – so wie für ganz Italien – das Defizit mit den Steuermitteln wieder decken. Dann hätten wir gesagt: Nein, wir übernehmen die Institute und sollte ein Defizit entstehen, ist selbstverständlich die Region in diesem Fall anstelle des Staates verantwortlich. Der Staat wäre entlastet worden, wogegen er sicher keinen Einspruch erhoben hätte und wir hätten dann auch mit der ergänzenden Gesetzgebung freier arbeiten können, weil der Staat auf jeden Fall gewußt hätte, ihm entsteht keine zusätzliche Belastung, weder auf der Sozialversicherungsseite noch auf der sozialen Fürsorgeseite. Wir wissen, die Sozialfürsorge, die heute noch von den Instituten besorgt wird, kostet pro Provinz gemäß Prof. Cerea mindestens 100 Milliarden für die sogenannten Sozialpensionen. Also die hätten die Provinzen übernehmen können.

Damals hat der Regionalrat das abgelehnt und man hat u.a. darauf hingewiesen, daß die Region in der vorherigen Legislaturperiode mit Beschluß des Regionalaussschusses vom 25. September 1986 eine "commissione per la previdenza sociale e assistenza" eingesetzt hatte, unter dem Vorsitz des Assessor Erminio Lorenzini eingerichtet, die wie folgt zusammengesetzt war: Dr. Defforian, ein leitender Angestellter, Dr. Piorgiorgio Donati, Vizegeneralsekretär des Regionalrates, Dr. Carlo Margonari, Direktor der Rechnungsabteilung der Region, Avv. Franco Conci, Direktor des Gesetzgebungsamtes, Prof. Alberto Rocella, Professor für Verwaltungsrecht an der Universität Trient und Dr. Giorgio Zeni, Direktor des Amtes für Sozialvorsorge und Sozialversicherung. Diese haben ein Gutachten ausgearbeitet, das dann in 44 Seiten sehr vorsichtig zusammengefaßt worden ist, was die Zuständigkeit der Region betrifft und was die Übernahme dieser Institute betrifft: Da hat das Gutachten gelautet: Hände weg, die Region hat auch das Geld nicht und zuerst müßte der Staat das übertragen oder insgesamt in ganz Italien die Sozialversicherung dezentralisieren usw. Aber in diesem Gutachten sind einige Dinge drinnen – ich habe sie vorher kurz erwähnt –, die jetzt in diesem Zusammenhang wirklich die Mühe wert sind erwähnt zu werden. Ich habe da den italienischen Text. Ich weiß nicht, ob ein deutscher Text von diesem Gutachten, von diesen Schlußfolgerungen, existiert. "La Corte costituzionale ha esaminato la potestà legislativa della Regione Trentino-Alto Adige nella materia della previdenza e delle assicurazioni sociali con la sentenza 5 maggio 1971, n. 95. La Corte Costituzionale ha riconosciuto che la competenza legislativa integrativa ha una sua delimitazione nel fatto che è di contenuto parlamentare rispetto alla legge statale e non può modificare questa legge ma può oltrepassarne i limiti senza menomarne la normazione. Con la stessa sentenza la Corte Costituzione ha anche riconosciuto il potere della Regione di estendere le prestazioni previdenziali nella specie di malattia oltre i limiti dell'assistenza assicurata dalle leggi dello Stato. La Corte ha infine ammesso il potere della Regione di provvedere al finanziamento delle prestazioni integrative da essa istituite ed in particolare ha riconosciuto che la Regione, fermo restando l'importo dei contributi inerenti alle prestazioni principali, è legittimata a disporre che il costo delle prestazioni integrative gravi su coloro che sono tenuti all'assicurazione relativa all'assistenza principale, ove la Regione stessa non ritenga necessario uno stanziamento di fondi propri." Dann steht noch in diesem eingehenden Gutachten, es wird auch ein Urteil des Verfassungsgerichtshofes angeführt, das dieselbe Zuständigkeit betrifft, aber nicht uns betrifft, sondern das Aostatal: "Per quanto concerne i ticket per le prestazioni sanitarie è indubbio che si versi in materia di sanità piuttosto che di previdenza, con il seguente radicamento della competenza delle Province invece che della Regione; in ogni caso la Corte Costituzionale ha già esaminato sia pure con riferimento alla Valle d'Aosta i limiti dell'autonomia regionale in relazione ai ticket sanitari affermando che non è consentito alla Regione – nell'esercizio di una potestà legislativa di intergrazione e attuazione delle leggi statali – assumere a proprio carico l'onere del ticket convertendo il principio della partecipazione dell'assistito alle spese nel suo contrario e sovvertendo l'indirizzo di

contenimento della spesa assunto dallo Stato nell'ambito della programmazione economica nazionale. Corte costituzionale – 19 dicembre 1986, n. 296." Das ist auch ein Urteil in dieser Sache. Diese Kommission kommt zum pessimistischen Schluß, daß: "non è giustificata l'istituzione di enti previdenziali – wie hier in diesem Gesetz vorgesehen ist – regionali, solo per la gestione delle prestazioni intergrative previste dalla Regione." Ich habe dieses zusätzliche Dokument hier noch gebracht, nachdem ich ja schon eine ganze Reihe von Dokumenten gebracht habe, um zu zeigen, daß es keinen Sinn hat, auf diese Weise vorzugehen und dazu gehört auch dieser Abänderungsantrag, wo es heißt: "istituendo forme di previdenza". Ich will nicht immer dasselbe sagen, aber die Region kann nicht Formen der Vorsorge einführen. Eigentlich müßte man froh sein, wenn es bleibt und wenn das, was später noch im Art. 2 und 3 steht, alles schön drinnenbleibt. Denn ein solches Gesetz ist sicher mit dem Art. 6 des Autonomiestatutes und den diesbezüglichen Durchführungsbestimmungen unvereinbar. Aber selbstverständlich, nachdem ich ein logisch denkender Mensch bin, der konsequent handelt, bin ich trotzdem der Ansicht, daß diese Worte gestrichen werden müssen. Selbstverständlich genügt es nicht nur diese Worte zu streichen, um die Gegnerschaft zum Gesetz aufzuheben, denn es ist nicht der Bezug auf den Art. 31, bzw. der Schutz der Familienarbeit als neuer Gegenstand der Sozialversicherung, den die Region nicht einführen kann und vor allem anderen, wenn nicht aufgrund von Verhandlungen etwas anderes herauskommt, Herr Regionalassessor, wenn man hier nicht doch zu einer verünftigen sachlichen Einigung gelangt, dann bleibt es ja. Soviel man weiß, bleibt es bei diesem Gesetz, aber jedenfalls stimme ich für die Abschaffung dieser Worte, weil sie mit dem, was ich vertrete, nicht übereinstimmen, so wie die Bezugnahme auf den Art. 31 nicht übereinstimmt, so wie die Bezugnahme auf den Schutz der Hausarbeit als sozialversicherungsmäßiger Arbeit nicht mit dem übereinstimmt, was ich da vertrete.

(L'articolo 1 rappresenta il fulcro vero e proprio di questo disegno di legge, per cui si può comprendere perché ci siano tante divergenze anche di ordine sostanziale. In precedenza ho portato in quest'aula numerose argomentazioni a suffragio della mia tesi, basate su leggi, sentenze della Corte costituzionale, disposizioni vigenti, disegni di legge presentati alla Camera e al Senato. Ora desidero portare una nuova argomentazione. A suo tempo – ed era il 16 gennaio 1990 – la Union für Südtirol presentò in Consiglio regionale un disegno di legge relativo all'istituzione di istituti autonomi per la previdenza e le assicurazioni sociali. Alla luce di quanto previsto dall'art. 6 dello Statuto di autonomia e dalle norme di attuazione, art. 1 e 2, si chiedeva che la Regione istituisse in ogni Provincia un proprio istituto di previdenza e assicurazioni sociali, esercitando in tal modo i compiti dell'attuale INPS e INAIL, come prevedono del resto anche le norme di attuazione, e di tutti gli altri enti e istituti pubblici che operano nel campo della previdenza e delle assicurazioni sociali, compreso il personale della Regione e delle Province. Tutto ciò doveva avvenire sotto il controllo di enti facenti capo alla Regione o alle Province. Noi avevamo previsto che l'istituzione di questi enti avvenisse non appena fosse entrato in vigore – come previsto dalle norme di attuazione – il relativo decreto del Presidente della Repubblica il quale sancisce che i contributi assicurativi devono essere versati a questi istituti provinciali (che la Regione avrebbe istituito al posto dei due enti parastatali). E noi facemmo notare in quell'occasione che sia a Bolzano che a Trento il bilancio di questi due istituti è in pareggio, addirittura in attivo. Solo la cosiddetta gestione interventi assistenziali, come è stata definita all'art. 37 della relativa legge del 1988, registra un bilancio passivo. La Regione, assumendosi l'onere del bilancio di questi due istituti, avrebbe potuto dire: Spetta alla Provincia provvedere all'onere delle prestazioni di assistenza sociale. E le Province vi avrebbero provveduto con legge. Ma fino al passaggio vero e proprio, le Province avrebbero dovuto contribuire al finanziamento, in modo che il bilancio rimanesse in pareggio. E allora noi abbiamo detto: facciamolo, in tal modo sgraviamo lo Stato. Lo Stato dopotutto afferma sempre: e se poi c'è

un deficit, lo Stato deve intervenire — come in tutto il territorio nazionale — per rimediare a questi conti in rosso. Allora noi avremmo detto: noi ci assumiamo la responsabilità di questi istituti e se poi dovesse verificarsi un deficit, ne rispondiamo noi come Regione, al posto dello Stato. Lo Stato in tal modo sarebbe stato sgravato e sicuramente non avrebbe avuto niente da obiettare: così noi avremmo potuto esercitare più liberamente la nostra competenza integrativa, poiché allo Stato non ne sarebbe derivato alcun onere, nè per quanto concerne le assicurazioni sociali, nè per l'assistenza sociale. Come ha affermato anche il prof. Cerea, l'assistenza sociale costa alla Provincia almeno 100 miliardi all'anno in pensioni sociali. Questa spesa avrebbe potuto essere assunta dalle Province.

Ma allora il Consiglio regionale non approvò questa legge e in quell'occasione si rilevò che con delibera della Giunta regionale del 25 settembre 1986 era stata istituita un'apposita commissione per la previdenza sociale e l'assistenza, sotto la presidenza dell'Assessore Lorenzini, la quale si componeva delle seguenti persone: Dr. Defforian, funzionario dirigente, Dr. Piergiorgio Donati, vicesegretario generale del Consiglio regionale, Dr. Carlo Margonari, direttore della Ragioneria della Regione, Avv. Franco Conci, direttore dell'Ufficio legale, Prof. Alberto Rocella, professore di diritto amministrativo all'Università di Trento e Dr. Giorgio Zeni, direttore dell'Ufficio di previdenza e assicurazioni sociali. Questa Commissione ha poi redatto un documento (dai toni abbastanza cauti) consistente in 44 pagine, riguardo alla competenza della Regione ed al passaggio di questi due istituti previdenziali all'ente Regione. Il parere in poche parole diceva che sarebbe stato meglio lasciar perdere, che la Regione non disponeva dei mezzi finanziari necessari e che comunque lo Stato avrebbe dovuto decentrare prima le assicurazioni sociali su tutto il territorio nazionale ecc. Ma in questo parere ci sono altre cose che vale la pena di ricordare. Ho qui il testo in lingua italiana. Non so nemmeno se esista un testo tedesco di queste conclusioni. "La Corte costituzionale ha esaminato la potestà legislativa della Regione Trentino-Alto Adige nella materia della previdenza e delle assicurazioni sociali con la sentenza 5 maggio 1971, n. 95. La Corte Costituzionale ha riconosciuto che la competenza legislativa integrativa ha una sua delimitazione nel fatto che è di contenuto parlamentare rispetto alla legge statale e non può modificare questa legge ma può oltrepassarne i limiti senza menomarne la normazione. Con la stessa sentenza la Corte Costituzionale ha anche riconosciuto il potere della Regione di estendere le prestazioni previdenziali nella specie di malattia oltre i limiti dell'assistenza assicurata dalle leggi dello Stato. La Corte ha infine ammesso il potere della Regione di provvedere al finanziamento delle prestazioni integrative da essa istituite ed in particolare ha riconosciuto che la Regione, fermo restando l'importo dei contributi inerenti alle prestazioni principali, è legittimata a disporre che il costo delle prestazioni integrative gravi su coloro che sono tenuti all'assicurazione relativa all'assistenza principale, ove la Regione stessa non ritenga necessario uno stanziamento di fondi propri." In questo parere viene poi citata un'altra sentenza della Corte costituzionale che non riguarda noi, ma la Regione Valle d'Aosta, ma che è comunque pertinente: "Per quanto concerne i ticket per le prestazioni sanitarie è indubbio che si versi in materia di sanità piuttosto che di previdenza, con il seguente radicamento della competenza delle Province invece che della Regione: in ogni caso la Corte Costituzionale ha già esaminato sia pure con riferimento alla Valle d'Aosta i limiti dell'autonomia regionale in relazione ai ticket sanitari affermando che non è consentito alla Regione — nell'esercizio di una potestà legislativa di integrazione e attuazione delle leggi statali — assumere a proprio carico l'onere del ticket convertendo il principio della partecipazione dell'assistito alle spese nel suo contrario e sovvertendo l'indirizzo di contenimento della spesa assunto dallo Stato nell'ambito della programmazione economica nazionale. Corte costituzionale — 19 dicembre 1986, n. 296." E la Commissione arriva alla conclusione pessimistica che "non è giustificata l'istituzione di enti previdenziali regionali," come è previsto da questa legge "solo per la gestione delle prestazioni integrative previste dalla Regione." Ho voluto ricordare anche questo documento, dopo aver già addotto numerose argomentazioni a sostegno della mia tesi, per dimostrare che non ha senso

proseguire su questa via. E in questo senso è da intendersi anche questo emendamento che dice "istituendo forme di previdenza". Io non voglio continuare a ripetere sempre le stesse cose, ma la Regione non può introdurre forme di previdenza. A dire il vero bisognerebbe essere contenti che si insista su questa versione e anche su quanto specificato all'art. 2 e 3, poiché tale dizione sarebbe sicuramente in contrasto con l'art. 6 dello Statuto e con le relative norme di attuazione. Ma poiché mi reputo una persona con un minimo di buon senso, sono comunque dell'avviso che queste parole sarebbe meglio stralciarle. Naturalmente non basta stralciare queste parole per eliminare tutte le contraddizioni di questa legge, perché non è solo il riferimento all'art. 31 ovvero la tutela del lavoro casalingo come nuovo aspetto dell'assicurazione sociale, ciò che la Regione non può introdurre. E se le trattative non porteranno a dei risultati concreti, signor Assessore, se non si dovesse arrivare ad un'intesa, questa cosa rimarrà. La legge dunque rimarrebbe così com'è. Io comunque voterò a favore dello stralcio di queste parole, poiché contrastano apertamente con quanto io affermo, così come non mi trova d'accordo il riferimento all'art. 31, il riferimento alla tutela del lavoro casalingo come attività rientrante nelle assicurazioni sociali.)

PRESIDENTE: Ci sono alcune prenotazioni che sono state fatte per la discussione dell'art. 1. Qualcuno intende intervenire sull'emendamento?

La parola al cons. Rella.

RELLA: Grazie, signor Presidente. Lei ha già chiarito che si è trattato di un errore, ma intervengo per sottolineare quanto sia importante definire nella corretta dizione dell'art. 1 le volontà della legge e la percorribilità giuridica, l'approvazione governativa di un testo così come è formulato, oltre a ripulirlo da alcune altre insistenti affermazioni che abbiamo giudicato in modo critico, presentando appositi emendamenti. Qualcuno è saltato, a me sembra non privo di rilievo il fatto che l'emendamento che era stato proposto per sopprimere la parola "tutela", che era stato dichiarato non solo ammissibile, ma condiviso come esigenza di corretta definizione dell'art. 1 da parte del Presidente del Consiglio e mi pareva anche con la disponibilità della Giunta, sia poi saltato.

Pur mantenendo il giudizio critico, sul quale interverremo successivamente in discussione generale sull'art. 1, ci pare importante che si modifichi il comma 1, togliendo la previsione istitutiva di forme di previdenza, poiché il contrasto con la competenza che ci è riservata dallo Statuto speciale rende non percorribile il disegno di legge così come è formulato di fronte al visto governativo.

Per questa ragione sosterranno l'emendamento, convinti che su questo principio e su questo auspicio dovrebbe concordare anche la Giunta regionale e l'intero Consiglio, posto che si tratta di una facoltà, quella che ci è riservata, di prevedere integrazioni alle prestazioni garantite dallo Stato, ma nell'ambito delle leggi del medesimo, e non di istituire forme proprie di previdenza. L'istituzione significa naturalmente uscire dall'impianto normativo nazionale, rispetto al quale si potrebbero integrare le prestazioni ed invece istituendo delle forme del tutto autonome.

Ci pare che dal punto di vista giuridico ci sia un conflitto con la competenza statutaria.

PRESIDENTE: Altri intendono intervenire sull'emendamento? Nessuno?

Pongo in votazione l'emendamento.

C'è una richiesta da parte dei cons. Meraner ed altri di votazione per scrutinio segreto.

Prego distribuire le schede.

(Segue votazione a scrutinio segreto)

PRESIDENTE: Prego i consiglieri di prendere posto e di fare silenzio.
Comunico l'esito della votazione:

Votanti	52
schede favorevoli	6
schede contrarie	43
schede bianche	2
schede nulle	1

Il Consiglio non approva.
Riprendiamo la discussione sull'art. 1.
La parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Signor Presidente, se lei ritiene che iniziamo la discussione sull'art. 1, piuttosto che non interrompere già ora e tenere la Conferenza dei capigruppo ora, inizio a parlare sull'art. 1. Qualcuno ha chiesto se si poteva fare Conferenza dei capigruppo subito, però...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Devo rispettare una decisione della Presidenza, che stamane ha deciso di sospendere i lavori alle ore 17.30.

ZENDRON: Va bene. Questa è una legge attesa, che dovrebbe applicare l'art. 6 dello Statuto, una legge su cui sono arrivate negli ultimi anni, perché sono tre anni che se ne parla, proposte diverse da molte parti, fra cui anche molte proposte del sindacato tese ad intervenire in modo integrativo nella situazione previdenziale odierna, in modo da togliere le disparità e le ingiustizie esistenti.

Però la discussione a cui abbiamo assistito negli ultimi tempi in quest'aula sulla proposta che è stata concentrata in questo cosiddetto primo pacchetto, ma le leggi — si sa — non possono fare riferimento ad altre e vivono di per sé, questa tensione rivela una profonda diversità delle concezioni della donna e della famiglia, che coinvolgono tutto questo Consiglio.

Credo sia sbagliato ed ingiusto attribuire alla minoranza l'impasse attuale, credo che questo sia dovuto ad una spaccatura che coinvolge anche i partiti della maggioranza e che impedisce di andare avanti nei lavori nel modo in cui alcuni vorrebbero e questo lo si è visto benissimo nei lavori della Commissione...

(Interruzione)

PRESIDENTE: Mi spiace, ma non posso continuamente richiamare l'aula, mi scusi, cons. Zendron. Vi prego di prendere posto e di fare silenzio, se dovete parlare potete uscire, dato che nessuno vi obbliga a rimanere in aula. La parola alla cons. Zendron.

ZENDRON: Diciamo che questa spaccatura la si è notata benissimo durante tutto l'iter dei lavori in Commissione, che hanno visto, come ha scritto esplicitamente il Presidente nella sua relazione, hanno potuto andare avanti esclusivamente per la presenza delle minoranze, senza

minoranze non si sarebbe fatto il pacchetto famiglia. Questo lo voglio ribadire nel momento in cui parliamo dopo 3 giorni di dibattito in generale del primo articolo, ci apprestiamo ad andare avanti chissà con che passo, perché non si continui con questo stravolgimento davanti all'opinione pubblica in cui si attribuisce alle minoranze con tutte le diversità, fra il resto, delle opinioni che ci sono anche all'interno delle minoranze, responsabilità che sono da imputare alla maggioranza.

Voglio anche dire, che a mio parere non è del tutto negativo che non sia scontata un'approvazione così rapida di questa legge. Personalmente non approvo l'ostruzionismo di per sé ed il bloccare i lavori e preferirei discutere più approfonditamente in un confronto più reale sui temi in cui parlano solo le minoranze e la maggioranza sembra non sia interessata ad intervenire sul merito della legge, questo è anche da osservare, salvo qualche rara eccezione qui abbiamo assistito ad un completo scarico di responsabilità da parte della maggioranza rispetto al merito della legge e questo mi dispiace.

Penso però che anche questo rallentamento e questo impasse dimostri proprio il fatto che qui si confrontano due concezioni molto diverse dell'oggetto — o del soggetto, a seconda di come lo si vede — di intervento di questa legge stessa: da una parte quelli che vogliono favorire a tutti i costi una concezione tradizionale della famiglia, della donna, le donne a casa, risparmiando sui servizi sociali, cose che hanno un suono — lo dico francamente — abbastanza reazionario, se inserite in un certo quadro in cui d'altro canto le Province, composte dalle stesse persone, dicono: "non abbiamo bisogno di asili-nido, perché tanto non sono l'ideale della custodia dei bambini", senza poi chiedersi che cosa fanno le donne quando ne hanno bisogno ed anche testimoniato dal fatto che si cerca con questo pacchetto di rivolgersi a delle donne casalinghe che non sono quelle che hanno veramente bisogno di sostegno, e cioè le donne casalinghe che hanno più di 45 anni ed hanno grandi difficoltà nel rientrare nel mondo del lavoro, bensì alle diciottenni o alle ventunenni, cioè a ragazze giovanissime, che invece che essere incoraggiate a partecipare alla vita sociale, come tutte le altre persone, come gli uomini, ecco invece che vengono incoraggiate ad iscriversi in un ridicolo albo delle casalinghe a 21 anni, penso che l'albo delle casalinghe dovrebbe essere previsto per un'età più avanzata e non bisognerebbe incoraggiare l'uscita dal mondo del lavoro prima ancora che vi si entri, oppure questo sarebbe, ad esempio, un segnale di un'impostazione mediata e non ancorata ad una visione tradizionale e reazionaria della famiglia, un sistema per cui si entra e si esce da un determinato intervento, non che uno ci entra e poi ci rimane tutta la vita senza avere un rapporto invece reale con il lavoro e con la realtà.

Abbiamo avuto diversi incontri per avvicinare le posizioni ed abbiamo discusso sul merito anche con la Giunta, e dobbiamo dire che abbiamo raggiunto dei risultati positivi per quello che riguarda una maggiore giustizia sociale; anche in Commissione abbiamo ridefinito le fasce di contribuzione e quindi su questo piano devo dire che si sono ottenuti dei risultati, per quanto personalmente mi preoccupi moltissimo, ad esempio, il giudizio senza pietà, molto duro e secco, che è stato espresso dal K.V.W., cioè dalle ACLI di lingua tedesca sudtirolesi, un'organizzazione attentissima a quelle che sono le questioni sociali e che ha chiaramente dato un giudizio negativo sul piano della giustizia sociale di questo primo pacchetto famiglia. Questo giudizio mi preoccupa molto e dovrebbe preoccupare ancora di più coloro che pensano di pescare i loro voti dai bacini cattolici, questo non è il mio problema, non ho problema di pescare voti.

Invece un punto su cui si è sempre detto di no, su cui non c'è stata nessuna apertura da parte del proponente e della Giunta è stato il no a qualsiasi proposta che tuteli anche le donne non regolari, le donne che lavorino, che porti una maggiore giustizia e che accanto ad un favorire le donne che vogliono rimanere a casa, aiuti anche quelle che intendono

portare avanti tutte e due le presenze nella società, sia nella famiglia, sia anche con un impegno sociale e lavorativo diretto. Lo dimostra il fatto che sia stata respinta anche la proposta di integrare il trattamento di maternità delle lavoratrici dipendenti del settore privato.

Praticamente siamo arrivati ad un punto, in cui non sembra esserci più l'interesse ad arrivare ad una soluzione in cui non siano rappresentate solo le visioni del mondo, come abbiamo detto anche in discussione generale, di una parte che ritengo tutto sommato non maggioritaria in questo Consiglio, che risponde piuttosto a delle logiche di partito e di fedeltà che non posso apprezzare in questo momento. Ci sono state proposte di parti non reazionarie della maggioranza, vedi i socialisti ed anche una parte della D.C., in misura minore anche almeno dei segni di scontentezza all'interno del S.V.P., per riportare la discussione sul contenuto.

E' stata avanzata una proposta, ovviamente non ha avuto il consenso sufficiente in questo irrigidimento che si è voluto per mostrare i muscoli, ed era una proposta in cui si offriva alle minoranze di rimandare la discussione per uscire da questo clima di tensione e per poter fare una valutazione complessiva di tutto l'intervento della Regione, unendo i due pacchetti o trattandoli in qualche modo, secondo le forme che il Regolamento permette, insieme, in maniera che anche gli errori del primo pacchetto vengano mitigati dai contenuti del secondo, ed in cui in un clima diverso non sia solamente il muro a muro che prevale, ma anche il confronto reale sulle proposte e con un atteggiamento di apertura su questo.

Mi sembra che siamo ancora ad un punto in cui non si riesce ad arrivare ad una discussione reale e si preferisce fare una dimostrazione di forza e chi ci perde qui sono tutti quanti, ma soprattutto sono i soggetti che vengono toccati da questa legge e trattati come un'occasione solamente di dimostrazione di forza da parte degli uni e degli altri. Non apprezzo, assessore Morandini, per nulla il suo atteggiamento. Mi dispiace molto, non mi sarei mai aspettata che un assessore, invece che trovare dei punti di confronto per arrivare ad esprimere una legge in cui non solo la propria chiusa concezione della realtà venga rappresentata, ma una concezione della realtà che comprenda anche in parte quella degli altri, e poi ci si atteggi a martire sventolando all'opinione pubblica "non vogliono niente" con la lobby elettorale presente in tribuna: è una cosa penosa, soprattutto per chi come me, ad esempio, si è impegnato a trovare delle mediazioni ed era anche disponibile, e lo è sempre, anche a perdere in parte, perché l'ho detto chiaramente e lo ripeto che so benissimo che una concezione di maggioranza è rappresentata dalla maggioranza, però mi sembra che qui ci siano altre cose in gioco, delle cose che vanno oltre l'opinione politica o ideologica delle singole forze politiche presenti in questo Consiglio e che mal rappresentano quella che invece è la realtà complessa e non così schierata sui fronti della realtà esterna. La realtà esterna non è schierata sui fronti, è vergognoso che si dica "chi non vuole questa legge è contro le casalinghe, o si è per le casalinghe o si è per le donne che lavorano", è ora di smetterla - l'abbiamo detto molte volte -, come donna lo so benissimo, non so chi fa i lavori a casa vostra, cari colleghi o lei, assessore, ma a casa mia me li faccio io e qualsiasi donna sa bene che non si scinde in donna lavoratrice e donna casalinga, perché comunque fa sempre tutt'e due: o fa una cosa sola o le fa tutte e due, ma sicuramente non accade mai o pochissime volte che una donna abbia un marito a casa che le faccia i suoi lavori.

Ecco quindi che mi sembra che siamo arrivati ad un punto in cui non riusciamo ad andare avanti, qui continuiamo a discutere, ci sono delle posizioni rigidissime e mi sembra che l'unica cosa che ci rimane da fare è quella, per ora, di votare contro questo art. 1, votare contro questa legge, con il dispiacere di pensare che poteva essere una legge che non usciva come il successo e la vittoria solamente di una piccola bandiera, ma che poteva essere veramente un intervento all'interno di una realtà più privata di quella che di solito le leggi toccano, ma comunque interessante ed in cui è importante che si intervenga e venga riconosciuta, però è

sbagliatissimo usare il discorso "riconoscimento del lavoro casalingo" quando invece in questa legge c'è dell'altro e soprattutto c'è dell'altro suddiviso e ritagliato al servizio di un'ideologia che io ed il mio gruppo non condividiamo.

PRESIDENTE: E' iscritto a parlare il cons. Meraner, so che utilizzerà più di 10 minuti per il suo intervento. Allora ritengo di sospendere i lavori alle ore 17.20 per dare spazio alla Conferenza dei capigruppo. Comunico all'aula che, come concordato, i lavori riprenderanno alle ore 19.30.
La seduta è sospesa.

(ore 17.20)

(ore 19.43)

Vorsitz des Präsidenten Peterlini
Presidenza del Presidente Peterlini

PRÄSIDENT: Die Sitzung beginnt.
Ich bitte um den Namensaufruf.

PRESIDENTE: Dichiaro aperta la seduta.
Prego procedere all'appello.

(appello nominale)

PRÄSIDENT: Ich bitte die Abgeordneten Platz zu nehmen. Sie wissen, daß wir mit dieser Viertelstunde Verspätung begonnen haben, weil seit der Unterbrechung um 17.30 Uhr Verhandlungen im Rahmen der Fraktionssprecher stattgefunden haben und diese jetzt zu einem Ergebnis geführt haben, daß ich Ihnen kurz mitteilen darf, um Sie zu informieren und die eventuellen Maßnahmen dann gemeinsam festzulegen.

Im Rahmen der Fraktionssprechersitzung wurde ernsthaftes Bemühen von allen Seiten gezeigt, sei es von Seiten der Mehrheit als von der Minderheit, eine Einigung über den Fortgang der Arbeiten zum Familienpaket zu erzielen. Es ist gewünscht worden, eine politische Konfrontation zu den inhaltlichen Maßnahmen des Familienpaketes zu ermöglichen und zwar zwischen Mehrheit und Minderheit, um die wichtigsten meritorischen, politischen Aspekte zu besprechen und abzuklären. Es ist dabei auch in Aussicht genommen worden, eine mögliche Zusammenlegung zweier vorliegender Texte vorzunehmen und damit dem Ersuchen um Einheitlichkeit der Maßnahmen stattzugeben. Deshalb ist folgender Iter geplant: Für morgen, 10 Uhr, soll anstelle der Regionalratssitzung die politische Begegnung zwischen Mehrheit und Minderheit ermöglicht werden, die also hier für morgen um 10 Uhr einberufen ist. Wir hoffen, daß damit eine Einigung erzielt werden kann, die Bereitschaft ist wirklich von allen Seiten signalisiert worden. Wenn dann die Ergebnisse politischer Art vorliegen, hätte man am Nachmittag die Möglichkeit, den Ausschuß und seine Ämter zu beauftragen, die technischen Überarbeitungen und Vorbereitungen vorzunehmen, damit die 1. Gesetzgebungskommission die entsprechenden Abänderungsanträge überprüfen und besprechen könnte und die entsprechenden Maßnahmen beschließen könnte. Das heißt, daß für morgen (Donnerstag) der Regionalrat abgesagt wird. Für Freitag bleibt es offen – so immer laut Beschluß der Fraktionsführer. Wenn morgen nach Mittag feststeht, daß tatsächlich eine Einigung erzielt ist,

was wir alle hoffen wollen, dann fällt auch die Freitagssitzung aus. Wir werden morgen Nachmittag in Telegrammform versuchen, die Abgeordneten darüber zu informieren. Voraussichtlich fällt sie aus. Wenn hingegen am späten Nachmittag, was wir alle nicht wünschen, wirklich keine Einigung erzielt werden sollte, dann bleibt die Sitzung aufrecht. Sie bekommen ein Absagetelegramm nur im Falle, daß die Sitzung ausfällt. Wenn die Sitzung aufrecht bleibt, dann ist sie für Freitag einberufen. Am Dienstag – so hofft man – können dann die Arbeiten im Regionalrat fortgesetzt werden. Das zum Ersten, was die Arbeiten betrifft.

Was das Reglement betrifft, ist der angekündigte Antrag seitens des Kollegen Brugger, mitunterschrieben von den Abg. Ferretti und Sfondrini, über die Abänderung der Geschäftsordnung eingebracht worden und zusätzlich sind im Laufe des Nachmittags weitere Abänderungsanträge, insgesamt 527, zum Reglement eingebracht worden. Diese Abänderungsanträge werden, wie von der Geschäftsordnung vorgesehen, im Rahmen der Geschäftsordnungskommission, die sich aus den Fraktionssprechern und dem Präsidenten zusammensetzt, behandelt. Soweit meine Erklärungen.

Wenn keine Wortmeldungen dazu sind, dann bedeutet das... Sind Wortmeldungen? Abg. Meraner? Sind das aktuelle oder alte Wortmeldungen? Ich möchte aber jetzt wenn schon die Debatte über diesen Fortgang der Arbeiten eröffnen, bevor wir zum Art. 1 kommen, wenn Wortmeldungen gewünscht sind zu diesem Procedere. Der Abg. Meraner wäre zum Art. 1 vorgemerkt. Gut, dann bleibt es so wie vereinbart: Morgen keine Sitzung, Freitag ist einberufen, wird morgen Nachmittag im Falle einer positiven Erledigung abgesagt und auf jeden Fall sehen wir uns am Dienstag wieder.

Morgen bitte um 10 Uhr ladet der Präsident des Ausschusses Andreolli zur Tagung mit den Minderheiten ein. Ich bitte alle, die daran interessiert sind, teilzunehmen und wünsche diesen Arbeiten einen guten Erfolg.

Damit ist die Sitzung geschlossen. Ich danke Ihnen für die Mitarbeit.

PRESIDENTE: Prego i sigg. consiglieri di volere prendere posto. Voi sapete che abbiamo iniziato con un quarto d'ora di ritardo, poiché dopo l'interruzione delle ore 17.30 hanno avuto luogo delle consultazioni in seno al collegio dei capigruppo. Queste consultazioni hanno avuto l'esito che ora vorrei illustrare anche a tutti gli altri consiglieri, al fine di informarli e decidere insieme gli ulteriori passi da fare.

Nel collegio dei capigruppo si è cercato seriamente, e questo sia da parte della maggioranza che della minoranza, di trovare un accordo su come procedere nella trattazione del cosiddetto pacchetto famiglia. E' stato chiesto un confronto politico tra la maggioranza e la minoranza sui contenuti del pacchetto, al fine di chiarire e delineare alcuni aspetti di carattere politico e meritorio. E' stato anche ipotizzato un eventuale fusione di due disegni di legge in discussione, al fine di rendere la materia più unitaria e compatta possibile. E' stato quindi proposto il seguente iter: domani, alle ore 10.00 al posto della seduta del Consiglio regionale ci sarà un incontro tra la maggioranza e la minoranza. E speriamo che in quella sede venga trovata un'intesa. A tal proposito è stata manifestata da parte di tutti la piena disponibilità a collaborare. Se poi si dovesse arrivare a dei risultati politici positivi, la Giunta e gli uffici competenti procederanno nel pomeriggio alla revisione del testo, in modo che la prima Commissione legislativa possa poi esaminare gli emendamenti ed approvare il testo modificato. Ciò significa dunque che domani (giovedì) non ci sarà Consiglio regionale. Invece per la giornata di venerdì bisognerà ancora vedere. Se domani a mezzogiorno vediamo che è stata raggiunta un'intesa (cosa che peraltro auspichiamo tutti), allora la seduta di venerdì del Consiglio regionale non avrà luogo. Se invece nel tardo pomeriggio di domani non dovesse purtroppo essere stata raggiunta ancora alcuna intesa, la seduta del Consiglio regionale di venerdì invece

avrà luogo comunque. In ogni caso i lavori del Consiglio regionale proseguiranno nella giornata di martedì. Questo era la prima cosa che volevo comunicare.

Per quanto concerne il Regolamento è stata presentata la proposta di modifica al Regolamento preannunciata dal collega Brugger, firmata anche dai consiglieri Sfondrini e Ferretti. Nel corso del pomeriggio sono state presentate altre proposte, complessivamente 527. Queste proposte di modifica verranno esaminate dalla Commissione del Regolamento che si compone dei rispettivi capigruppo e del Presidente stesso. Questo è quanto volevo puntualizzare.

Se non ci sono altri interventi, allora... Qualcuno intende intervenire? Cons. Meraner? Lei intende parlare sull'argomento? Ora vorrei aprire la discussione su come procedere con i lavori, prima di passare alla discussione sull'art. 1. Bene, allora tutto rimane come lo abbiamo concordato. Domani non c'è seduta del Consiglio; per venerdì la seduta è già convocata, ma verrà annullata nel caso domani si dovesse arrivare ad una conclusione positiva della vertenza. Ci vediamo in ogni caso martedì prossimo.

Domani il Presidente Andreolli si incontrerà con le minoranze. Invito tutti gli interessati a parteciparvi ed auspico che questa consultazione sortisca l'esito auspicato.

La seduta è tolta. Grazie per la collaborazione.

(ore 19.56)